



Plenarprotokoll

33. Sitzung

Donnerstag, 18. November 2010

Gemeinsame Beratung

a) Offshore-Strategie..... 2744

Antrag der Fraktionen von CDU
und FDP
Drucksache 17/900

b) Sicherheit von Atomkraftwer-
ken bei Laufzeitverlängerung..... 2744

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/929

c) Kohlekraftwerke in Brunsbüttel. 2744

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/961

Änderungsantrag der Fraktionen
von CDU und FDP
Drucksache 17/1031

d) Bericht zu den Auswirkungen
des 11. und 12. Änderungsge-
setzes zum Atomgesetz auf
Schleswig-Holstein..... 2744

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/969

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1020

Jost de Jager, Minister für Wis-
senschaft, Wirtschaft und Ver-
kehr..... 2745, 2764

Emil Schmalfuß, Minister für Ju- stiz, Gleichstellung und Inte- gration.....	2746	Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 17/997 und der Tagesord- nungspunkt insgesamt mit der Be- richterstattung der Landesregie- rung erledigt.....	2781
Jens-Christian Magnussen [CDU].	2747, 2764		
Olaf Schulze [SPD].....	2750		
Ranka Prante [DIE LINKE].....	2753		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2755, 2771	Konnexität beim Ausbau der U3- Kinderbetreuung	2781
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2757		
Lars Harms [SSW].....	2760, 2770	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/959	
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	2763	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	2781
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2765	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2782
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2767	Marion Herdan [CDU].....	2783
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2768	Detlef Buder [SPD].....	2784
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	2769	Gerrit Koch [FDP].....	2785
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2773	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	2786
Beschluss: 1. Berichts anträge Druck- sachen 17/900 und 17/929 und die Tagesordnungspunkte insgesamt mit der Berichterstattung der Lan- desregierung erledigt		Lars Harms [SSW].....	2787
2. Überweisung des Be- richts Drucksache 17/1020 an den Wirtschaftsausschuss zur ab- schließenden Beratung		Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 17/959 und der Tagesord- nungspunkt insgesamt mit der Be- richterstattung der Landesregie- rung erledigt.....	2789
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/961			
4. Annahme des Antrags Drucksache 17/1031.....	2773	Gemeinsame Beratung	
Landesstraßenbau	2773	a) Sanktionen gegen Hartz-IV-Be- ziehende aussetzen!	2789
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/997		Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/911	
Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	2773	b) Mobilitätskosten im Regelsatz berücksichtigen	2789
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2775	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/984	
Marion Sellier [SPD].....	2775	c) Teilhabe stärken, Regelsätze transparent gestalten - Neurege- lung im SGB II und SGB XII	2789
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2776	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/992	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2777	Neuberechnungen der Regelleis- tungen des Arbeitslosengeldes II	2789
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	2779	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1033	
Lars Harms [SSW].....	2780		

d) Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums bei der Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze umsetzen!.....	2789	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/999 (neu)	
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1001		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2819
Antje Jansen [DIE LINKE].....	2789	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	2820
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2791, 2816	Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]..	2821
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2793, 2803	Kirstin Funke [FDP].....	2822
Werner Kalinka [CDU].....	2796	Ranka Prante [DIE LINKE].....	2824
Christopher Vogt [FDP].....	2798	Silke Hinrichsen [SSW].....	2825, 2830
Flemming Meyer [SSW].....	2801	Barbara Ostmeier [CDU].....	2826
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	2804	Mark-Oliver Potzahr [CDU].....	2827
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2804	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	2828
Ursula Sassen [CDU].....	2806	Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 17/983 (neu) und 17/999 (neu) an den Sozialausschuss.....	2831
Anke Spoorendonk [SSW].....	2806		
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	2807	Gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ersatzwahl eines ständigen richterlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses	2831
Lars Harms [SSW].....	2808		
Günther Hildebrand [FDP].....	2808	Drucksache 17/990	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2809	Beschluss: Annahme.....	2832
Silke Hinrichsen [SSW].....	2810	Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas.....	2832
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	2811, 2817	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/968	
Wolfgang Baasch [SPD].....	2815	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	2832
Bernd Heinemann [SPD].....	2816		
Martin Habersaat [SPD].....	2816		
Rainer Wiegard [CDU].....	2817		
Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 17/911, 17/984, 17/992 und 17/1001 2. Annahme des Antrags Drucksache 17/1033.....	2818		
Gemeinsame Beratung			
a) Erhalt der Frauenfacheinrichtungen in Schleswig-Holstein.....	2818		
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/983 (neu)			
b) Mädchentreffs in Schleswig-Holstein erhalten und ausbauen.....	2818		

* * * *

Regierungsbank:

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Begrüßen Sie mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer der Grund- und Regionalschule Schönkirchen! - Wir heißen Sie herzlich willkommen.

(Beifall)

Erkrankt ist Herr Ministerpräsident Carstensen. Wir wünschen ihm von dieser Stelle gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordnete Luise Amtsberg hat nach § 47 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass sie von 13 Uhr bis 16 Uhr an der Teilnahme an der heutigen Sitzung gehindert ist.

(Unruhe)

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und rufe die Tagesordnungspunkte 13, 17, 20 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Offshore-Strategie**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/900

b) Sicherheit von Atomkraftwerken bei Laufzeitverlängerung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/929

c) Kohlekraftwerke in Brunsbüttel

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/961

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1031

d) Bericht zu den Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz auf Schleswig-Holstein

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/969](#)

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1020](#)

(Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss doch darum bitten, dass jetzt etwas mehr Ruhe einkehrt! Insbesondere auf der linken Seite des Hauses herrscht eine deutliche Unruhe.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit den Anträgen in der Drucksache 17/900 - Offshore-Strategie - und in der Drucksache 17/929 - Sicherheit von Atomkraftwerken - werden mündliche Berichte in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob die Berichte in dieser Tagung gegeben werden sollen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Landesregierung hat zum Berichtsantrag zu den Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz mit der Drucksache 17/1020 bereits einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Zur Berichterstattung hat die Landesregierung ihre Redezeit auf die Minister de Jager und Schmalfuß aufgeteilt. Ich erteile zunächst für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor mein Kollege Schmalfuß zuständigkeithalber zu den Atomthemen spricht, möchte ich, wie soeben von der Präsidentin angekündigt, einige Bemerkungen zu den Kohlekraftwerken in Brunsbüttel und zur Offshore-Strategie hier in Schleswig-Holstein machen.

Ich möchte mit der **Offshore-Strategie** beginnen. Die Offshore-Windenergienutzung ist einer der zentralen Bausteine der Energiepolitik Schleswig-Holsteins der nächsten zehn Jahre. Zurzeit sind sieben Windparks in der Nordsee und einer in der Ostsee genehmigt. Wir gehen davon aus, dass in der ersten Ausbaustufe bis zum **Jahr 2020 2.700 MW** realisiert werden können.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich vor wenigen Wochen, dort, wo unsere erste Offshore-Hochburg

entsteht, nämlich auf Helgoland, mit dem Stand der Entwicklung befasst. Dabei ist deutlich geworden, dass die drei Windparkbetreiber des Helgoland-Clusters, RWE Innogy, Meerwind und E.ON, ihre Projekte in den Jahren 2012 bis 2014 realisieren werden. Nach den neuesten Abschätzungen ist das **Potenzial** noch größer, sodass insgesamt bis zu 5.900 MW mit 23 TWh aus Offshore-Windenergie vor unseren Küsten gewonnen werden könnten.

Der Offshore-Wind bedeutet damit eine neue Dimension für die erneuerbaren Energien und den Schutz des Klimas, er ist aber auch ein starker Impuls für die **Wirtschaft** und schafft zudem zukunftssichere **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein. Aus beiden Gründen lohnt es sich, das Offshore-Potenzial voll auszuschöpfen. Dafür sind die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich. Unser **Clustermanagement windcomm SH** hat zusammen mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften und anderen Kooperationspartnern Empfehlungen für eine solche **Strategie** erarbeitet. Dabei geht es um die Nutzung der schleswig-holsteinischen Häfen, es geht um die Frage der Aus- und Weiterbildung - übrigens nicht nur im akademischen Bereich, sondern zunehmend auch im gewerblichen Bereich; der Fachkräftemangel ist im Bereich Offshore eminent; insofern geht es darum, jetzt die richtigen Antworten hierauf zu finden -, es geht um die Forschung, es geht um die Standortvermarktung und vieles mehr.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass neben **Helgoland** als Stützpunkt für Service und Wartung auch **Brunsbüttel** für Montage, Produktion und Verschiffung von Großkomponenten interessant ist. Weitere Häfen haben sich zusammengeschlossen, um ihre Chancen wahrzunehmen. In Kürze wird diese **Kooperation** auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Diese Nutzung der Häfen bindet Arbeitsplätze. Je nachdem, wie sich dies ausgestaltet, gehen wir davon aus, dass allein auf Helgoland durch den **Service-Hafen** bis zu 100 Arbeitsplätze entstehen könnten. Wir glauben, dass die Großkomponenten in Brunsbüttel zusätzliche Arbeitsplätze in hohem Maße dort schaffen werden. Daher haben wir auch eine **Machbarkeitsstudie** unterstützt, die gegenwärtig dieses Projekt für Brunsbüttel angeht.

Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit, dass wir uns neben der Frage, wie wir unsere Häfen positionieren, auch darüber einig sein müssen, wie wir diese Investitionen eigentlich finanzieren. Ohne einen großen Beitrag der öffentlichen Hand wird dies nicht möglich sein. Es ist die Absicht der Lan-

(Minister Jost de Jäger)

desregierung, diese **Investitionen** in der Größenordnung eines nennenswerten zweistelligen Millionenbetrages dadurch zu realisieren, dass wir innerhalb der **Förderung** umschichten. Wir wollen diese Investitionen vor allen Dingen mit Mitteln aus dem **EFRE-Programm** und aus der **Gemeinschaftsaufgabe** „Regionale Wirtschaftsstruktur“ vornehmen. Aus diesem Grunde fahren wir die **einzelbetriebliche Förderung** im Land zurück und reduzieren sie auf die wirklich strukturschwachen Zielgebiete an der Westküste, im Norden des Landes und in Teilen Ostholsteins, um dadurch mehr wettbewerbsneutrale Infrastruktur schaffen zu können.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben, dass wir dadurch in der Lage sein werden, diese Investition zu tätigen, auch wenn dies für die betroffenen Betriebe schmerzhaft sein kann.

Zur weiteren Infrastruktur rund um Offshore gehört das **Gewerbegebiet Rendsburg-Osterröfeld**. Ich denke, dass wir diesbezüglich in guten Gesprächen mit dem Unternehmen **REpower** sind, das dort verschiedene Betriebsteile konzentrieren will.

Für die Zukunft des Windstandorts Schleswig-Holstein, onshore wie offshore, sind weitere Punkte sehr wichtig, die ich nennen möchte. Dabei geht es selbstverständlich um das **Stromversorgungsnetz**. Wir haben Gespräche hierüber auf regionaler Ebene angefangen und werden demnächst eine Kabinettsvorlage über die Kapazitäten, die erforderlich sind, vorstellen und Ihnen danach einen Bericht hierüber vorlegen, der das Ausmaß des Ausbaus auch tatsächlich beschreibt.

Wir brauchen auch deutlich mehr Technologie im Bereich **Speicherung**, das kann unter der Erde sein, das kann aber auch durch verschiedene Technologien sein. Gerade letztens hat es die Eröffnung eines neuen Betriebszweigs am **ISIT** in Itzehoe gegeben, wo es um solche Speicherungsmöglichkeiten in **dezentralen Batterien** geht.

Aber selbst bei den allergrößten Anstrengungen wird es nach unserer Einschätzung noch Jahrzehnte dauern, bis wir das Ziel erreichen, uns allein aus **regenerativen Energiequellen** versorgen zu können. Bis dahin brauchen wir einen **Energiemix** aus immer mehr erneuerbaren Energien - ja, ein klares Bekenntnis dazu -, aber auch aus Kohle und Kernkraft. An dieser Vorgehensweise ändert übrigens auch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nichts. Denn der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien vor den konventionellen bleibt erhalten. Ich sehe insofern nicht, dass die **Laufzeitverlänge-**

rung der Kernkraftwerke Investitionen in erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein bremsen oder verhindern wird.

(Beifall bei der CDU)

Zum notwendigen Energiemix gehört - wie gesagt - auch die **Kohle**. Aus dem Grund unterstützt die Landesregierung weiterhin den geplanten Bau von Kohlekraftwerken im **Raum Brunsbüttel**. Sie werden - auch das sage ich in aller Deutlichkeit - **CCS-ready** gebaut, weil die europäischen Richtlinien das vorschreiben. Steuerungsanlagen ab 300 MW müssen Platz für die Anlagen zur Abscheidung und Kompression von CO₂ vorhalten.

Gebaut und genutzt werden können diese Anlagen allerdings nur, wenn geeignete Transportnetze und Speicherstätten zur Verfügung stehen. Daran fehlt es in Schleswig-Holstein, denn die Landesregierung wird die **Einlagerung von CO₂** im Untergrund nicht unterstützen und einem Gesetzentwurf dazu nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus dem Grund ändert auch der Bau eines oder auch zweier Kohlekraftwerke in Brunsbüttel nichts an dem Kurs der Landesregierung im Punkt CCS.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich erteile dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Emil Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! CDU und FDP in Schleswig-Holstein haben zur Frage der **Verlängerung von Kernkraftwerkslaufzeiten** unterschiedliche Positionen. Diese sind seit Langem klar, diese sind bekannt und in diesem Hohen Haus zuletzt in der Landtagssitzung im September in der Rede meines Kollegen, des Wirtschaftsministers de Jäger, deutlich benannt worden. Es wird deshalb niemanden überraschen, wenn ich Ihnen heute an dieser Stelle sage, dass sich hieran nichts geändert hat.

Ungeachtet dieser Grundpositionierung stellen sich im Zusammenhang mit der Verlängerung von Laufzeiten eine Reihe sicherheitstechnischer und atomaufsichtsrechtlicher Fragen. Darauf zielen die beiden hier heute diskutierten Berichtsansträge der SPD

(Minister Emil Schmalfuß)

einerseits und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN andererseits ab.

Soweit die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht der **Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz** auf Schleswig-Holstein gebeten worden ist, haben wir Ihnen einen solchen zugeleitet. Darin sind wir auch präzise auf die neun aufgeworfenen Eckpunktfragen eingegangen.

Zu den Kernpunkten und den mit dem mündlichen Berichtsantrag aufgeworfenen Fragestellungen will ich hier Folgendes besonders betonen: Für die Landesregierung steht es außer Frage, dass Kernkraftwerke der genehmigten Anlagenkonzeption auf einem bestmöglichen **Sicherheitsniveau** betrieben werden müssen. Die Verantwortung dafür tragen primär die Betreiber von Kernkraftwerken. Das gilt auch bei einer Verlängerung von Laufzeiten. Sicherheit muss immer **Vorrang** vor allen anderen Erwägungen haben.

(Vereinzelter Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Dies zu überwachen, ist die Aufgabe der **Atomaufsicht**. Die Überwachung als solche ist ein dynamischer Prozess. Nach dem vom Bundesverfassungsgericht postulierten Grundsatz der bestmöglichen Schadensvorsorge sind entsprechend dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik aufsichtliche Prüfungen wahrzunehmen. Dies gilt auch bei einer Laufzeitverlängerung. Wir werden uns atomaufsichtlich dafür einsetzen, dass das Sicherheitsniveau gerade älterer Anlagen möglichst vor dem Wirksamwerden einer in Anspruch genommenen Laufzeitverlängerung weiter verbessert wird und die Sicherheitsreserven erhöht werden. Dies ist mein klares Ziel und Mandat. Ich hätte es begrüßt, wenn der Bundesgesetzgeber durch eine gesetzliche Regelung sichergestellt hätte, dass die Nutzung neu gewährter Strommengenkontingente und die damit eingeräumte Laufzeitverlängerung erst hätten genutzt werden dürfen, wenn **sicherheitstechnische Nachrüstungen** zur Hebung der Sicherheitsniveaus der betreffenden Anlagen zuvor tatsächlich realisiert worden wären.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ungeachtet dessen werden wir auf der Basis des geltenden Rechts sowie des gültigen sogenannten untergesetzlichen Regelwerkes den Dialog mit dem Bundesumweltministerium wie auch mit den Betreibern der schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke zu Nachrüstungsmaßnahmen fortsetzen.

Unter Berücksichtigung der anlagespezifischen Gegebenheiten werden wir die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Eine zunehmende Bedeutung wird bei einer Laufzeitverlängerung auch das **Alte-rungsmanagement** bei Kernkraftwerken erlangen. Es liegt auf der Hand, dass ältere Anlagen im Vergleich zu jüngeren eine noch höhere **Überwachungsintensität** erfordern. Betreiber, Sachverständige und Aufsichtsbehörden stehen damit vor anspruchsvollen Herausforderungen. Auf allen Ebenen wird eine quantitativ wie qualitativ angemessene Personalausstattung zu gewährleisten sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf die von Ihnen angesprochene Frage der Notwendigkeit neuer gesetzlicher Regelungen zur Durchsetzung sicherheitstechnischer Nachrüstungen eingehen. Nach Auffassung der Landesregierung sind **Kernkraftwerksbetreiber** bereits auf der Basis des geltenden Rechts zu einer dynamischen Anpassung ihrer Anlagen an aktuelle Entwicklungen und damit zu einer bestmöglichen Schadensvorsorge verpflichtet.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Kommen Sie diesen Verpflichtungen nicht nach, haben die Reaktorsicherheitsbehörden mit der Regelung des § 17 Abs. 1 Satz 3 des Atomgesetzes die Möglichkeit, mit **nachträglichen Auflagen** die Betreiber zur Durchführung ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Auf Basis dieser Rechtsgrundlage können die Atombehörden selbstverständlich auch im Fall einer Laufzeitverlängerung unter Zugrundelegung des Standes von Wissenschaft und Technik Nachrüstungen und Anpassungen auf hohem Niveau durchsetzen. Einer konstitutiven weiteren Ermächtigung bedarf es dazu deshalb nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich eröffne die Aussprache. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für die Debatte und insbesondere für das Zusammenfassen der einzelnen Punkte. Aber noch ausgewogener wäre die Debatte gewesen, wenn wir das Thema **Elektromobilität**, das mittlerweile ein gemeinsames Thema ist, und den Bericht der Landesregierung zur globalen Netzsituation mit angesprochen und besprochen hätten.

(Jens-Christian Magnussen)

Dann hätten wir die Gesamtproblematik allumfassend herausstellen können.

(Zurufe von der SPD)

- Es liegen Anträge vor, Sie müssen nur einmal in die Unterlagen gucken.

Also eine Vertagung dieses Zukunftsthemas auf die Dezember- oder Januar-Tagung in Gänze wäre zielführender und umfassender gewesen.

Liebe Kollegen der SPD, zum Thema Dringlichkeit in der letzten Sitzung und Ihrem Antrag ist noch einmal ganz klar herauszustellen: Wir haben nicht Ihren Antrag abgelehnt, sondern nur die Dringlichkeit wegen der fehlenden Notwendigkeit.

(Zuruf von der SPD)

Uns liegen neue **Gesetze des Bundes** vor, die auch wir erst einmal intensiv prüfen. Das Thema ist uns zu ernst und zu vielschichtig, als dass man jedes Mal Emotionen schüren sollte.

Ich danke den beiden Ministern für ihre Berichte. Sie tragen zur Versachlichung bei und stellen viele Punkte klar. Die ernsthafte Diskussion kann beginnen.

Zuerst möchte ich mit dem Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Energiepolitik beginnen, dem **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Dies hat für uns erste Priorität. Die Wege dahin sind wahrscheinlich unterschiedlich, Herr Kollege Dr. Stegner.

Die Koalitionspartner haben den Bericht der Landesregierung zur Offshore-Strategie erbeten, da sich viel getan hat und noch viel tun wird. Aber wir werden auch noch viel zu tun haben. Wir müssen diese Probleme gemeinsam offensiv angehen. Es zeigt sich: Schleswig-Holstein befindet sich im Offshore-Bereich trotz beschränkter finanzieller Ressourcen auf einem guten Weg. Die Berichte unterstreichen eindeutig, welche Bedeutung der Ausbau der erneuerbaren Energien für CDU und FDP hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme noch einmal auf Ihren Einwurf, Frau Heinold, von gestern zurück: Im Wirtschaftsausschuss ist etwas los. Dazu kann ich erwidern: Im Wirtschaftsausschuss führt Kollege Matthiessen die Wirtschaftlichkeitsdebatte bei Offshore-Windkraft. Bei den deutlich teureren Solarenergien kritisiert er die Absenkung der Einspeisevergütung. Im Übrigen sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt, dass dieses Jahr circa 10 GW neue Solarkapazität installiert werden - allein hierfür Einspeisevergütungen bis 2030 in Höhe von circa 20 Milliarden €.

Unser Weg ist der ausgewogene, der vernünftige und der im Energiekonzept dargelegte politische Weg für eine Energiepolitik der Zukunft.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Unsere Lobbyarbeit richtet sich an alle,

(Martin Habersaat [SPD]: An alle vier!)

die sich als Hersteller, Ideengeber und Realisierer in diesem Themenkomplex einbringen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer hat denn die vier geschaffen? - Zuruf: Jetzt ist Herr Vogt aufgewacht! Guten Morgen!)

Ich bin dem Ausschussvorsitzenden Bernd Schröder sehr dankbar für die Initiative, den Wirtschaftsausschuss am 4. und 5. Oktober 2010 auf Helgoland getagt haben zu lassen. Der Dank geht ebenfalls an den Landtagspräsidenten, der mit seiner Anwesenheit und seinem Besuch auf der Insel und dem sich daran anschließenden Empfang die Bedeutung des Themas unterstrichen hat. - Vielen Dank auf diesem Weg an beide Kollegen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen **Helgoland** zum **Service-Hafen** ausbauen. Das ist das erklärte Ziel. Das schafft auf der Insel Wertschöpfung und Arbeitsplätze, generiert Steuereinnahmen, und ein neues Standbein für die einzige deutsche Hochseeinsel ist damit geboren. Aber Helgoland ist nur ein **Baustein** in der Offshore-Strategie. Auch **andere Häfen** sind potenziell wichtige Standorte, in erster Line der Hafen **Brunsbüttel** als Schnittstelle, als Festlandanbindung zu Helgoland.

Aber es ist auch klar: Das Land hat wenig Geld. Der Minister hat es ausgeführt. Allen ist es bekannt. Wir handeln verantwortungsvoll im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten. Häfen auf Verdacht auszubauen, wie Niedersachsen und Bremen, können wir nicht, so leid uns das tut. Bremen hat es sich trotzdem geleistet. Schauen wir einmal, wo der Weg für Bremen endet.

Wir stehen notgedrungen für Zukunftsinvestitionen mit Augenmaß, brauchen aber für Brunsbüttel ein klares **Konzept**, an dem intensiv gearbeitet wird. Kommunen, Betreiber - hier tut sich insbesondere der Hafen Brunsbüttel Ports als Motor der **Hafenkooperation Offshore** aller schleswig-holsteinischen Nordseehäfen mit dem Untertitel „Produktions-, Logistik- und Service-Häfen für Offshore-Windparks“ hervor, und selbstverständlich die

(Jens-Christian Magnussen)

Wirtschaftsförderung der Region, die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel.

Die Landesregierung unterstützt das Vorhaben dankenswerterweise mit einer **Machbarkeitsstudie**. Wir, CDU und FDP, begleiten den Weg intensiv.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aha!)

Auf der HUSUM WindEnergy wurde deutlich, wie stark Windkraft und Offshore-Bereich wachsen. Dort wurde auch die Offshore-Strategie der Landesregierung ausdrücklich gelobt. Energie- und wirtschaftliche Perspektiven des Landes sind aufgrund der hervorragenden Arbeit des Wirtschaftsministers sehr gut. Windenergie ist regionale Wirtschaftspolitik. Rot-Grün hat das Thema nicht intensiv genug besetzt, geschweige denn vorangetrieben. CDU und FDP haben sich aufgemacht, den Weg für neues Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein freizuräumen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum Ausbau der erneuerbaren Energien gehören Fakten. Auch wenn wir in der Jahressumme mehr Strom aus **regenerativen Energiequellen** erzeugen als wir verbrauchen, können wir noch nicht auf konventionelle Kraftwerke verzichten. Schleswig-Holstein ist in Anbetracht der Tatsache, dass wir außer Wind und Sonne begrenzte Rohstoffressourcen besitzen, ein Energieexportland. Der Ausbau der **Stromnetze** muss erheblich beschleunigt werden. Insgesamt 4.300 km neue Leitungen - sprich: Investitionen von 600 Millionen € jährlich in den nächsten zehn Jahren laut dena-Netzstudie II - sprechen eine deutliche Sprache. **Speichertechnologien** müssen erforscht werden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Erneuerbare Energien sind noch nicht grundlastfähig. Es gibt noch keine Kapazitäten, die **überschüssige Windenergie** in großem Umfang speichern können. Außerdem ist die **Netzinfrastuktur** dafür nicht ausgelegt.

Um beispielsweise Schwankungen bei der Windstromerzeugung europaweit auszugleichen, sind dafür erhebliche Investitionen intelligente Leistungs- und Steuerungsnetze erforderlich. Dieses Problem hat verschiedene Aspekte. Überall - das ist leider mit zunehmender Tendenz wahrnehmbar - werden Bürgerinitiativen gegen den Bau von Überlandleitungen gegründet - mit den Grünen vorneweg. Das ist ein Problem, das auch durch Erdkabel nicht gelöst werden kann. Mit zunehmender Tendenz entstehen Bürgerinitiativen gegen Windkraft, bei der Solarenergie lassen sie nicht lange auf sich warten. Wir brauchen viel Geld für Investitionen in Netze und Speichertechnologien.

(Der Abgeordnete Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Matthiessen, Sie können sich setzen, die belehrenden Zwischenfragen lasse ich in diesem Fall nicht zu.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Hans Hinrich Neve [CDU])

Wir brauchen viel Geld für Innovationen bei Netzen und Speichertechnologien. Wir brauchen Zeit für die Durchführung der Maßnahmen. Zusammengefasst: Mit diesem Problem ist Rot-Grün seinerzeit fahrlässig umgegangen.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Ihr Gedanke, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren und der Rest kommt schon von allein, war grundlegend falsch. Die angesprochenen Themen wurden ignoriert. Rot-Grün hat in diesem Fall versagt.

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht nur in diesem Fall!)

Das Thema europäisches Netz mit einem Nordseekabel ist mir als Ratsmitglied der Stadt Brunsbüttel in guter Erinnerung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das Norwegenkabel nach Brunsbüttel war so gut wie genehmigt. Umweltverbände haben leider ein Veto eingelegt. Ansonsten hätten wir die Anbindung an Norwegen heute schon gehabt.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es! Die grünen Umweltverbände!)

Heute diskutieren wir das als Allheilmittel. Vielen Dank für das Vertrauen seinerzeit. Ich freue mich auf die weitere Beratung zu diesem Thema in den Ausschüssen.

Das Thema Energiespeicherung bedarf einer besonderen Beachtung und einer besonderen Beurteilung. Das **Thema CCS** ist in Schleswig-Holstein verbrannt und politisch auf Eis gelegt, aber die Erkundung des unterirdischen Wirtschaftsraumes - insbesondere zur Forschung von Speichertechnologien - darf durch CCS kein Tabuthema sein. Schleswig-Holstein lebt auch von hochwertigen Innovationen aus unserer Wissenschaftslandschaft. Wir sollten uns des Artikels 5 des Grundgesetzes erinnern: Das Recht auf Freiheit von Forschung und Lehre.

(Jens-Christian Magnussen)

Ich muss ein bisschen auf die Zeit gucken. Es gibt so viel zu dem Thema zu sagen. - Zu dem **Thema Sicherheit** haben wir in der Vergangenheit des Öfteren gesprochen. Die Position der CDU ist eindeutig: Sicherheit geht vor, Sicherheit geht generell vor, das gilt auch im Bereich der Kernenergie. Zu dem Kohlekraftwerk Brunsbüttel möchte ich noch Folgendes ausführen. Ich begrüße erst einmal den Geschäftsführer der StadtKraftWerke Brunsbüttel GmbH, Herrn Yapici, recht herzlich, der heute der Debatte beiwohnt. Ich bedanke mich noch einmal außerordentlich für Ihr persönliches Engagement am Standort Brunsbüttel für die Weiterentwicklung des Industriestandortes Brunsbüttel. - Vielen Dank von dieser Stelle.

In der Konsequenz: Wenn ein Unternehmen in **Brunsbüttel ein Kohlekraftwerk** bauen will und alle Voraussetzungen erfüllt, dann darf es das auch bauen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Es besteht ein Genehmigungsanspruch, den wir nicht einfach außer Kraft setzen können. So ist die Gesetzeslage.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Mir persönlich ist lieber, dass ein modernes und effizientes Kraftwerk in Brunsbüttel in Betrieb genommen wird, als dass im Ruhrgebiet die alten und deutlich emissionsstärkeren Anlagen weiterlaufen. Es ist an der Zeit, dass auch die Grünen in Nordrhein-Westfalen das einsehen. Aber vielleicht sprechen ja Gewerbesteuerereinnahmen dagegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Die wollen doch Kohle abbauen!)

Zur Position der Landesregierung zu CCS hat der Wirtschaftsminister ausgeführt. Die CDU steht dazu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Haben Sie Ihre Redezeit im Blick?

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Meine Redezeit habe ich im Blick. Ich habe noch so viel auf dem Zettel; vielleicht melde ich mich noch zu einem Dreiminutenbeitrag.

(Zurufe)

Ich bedanke mich, dass Sie mir so lange Zeit gegeben haben.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Renaissance der Anti-Atomkraft-Proteste nicht nur in Gorleben, die Westküste im Aufstand gegen CO₂-Einlagerung mit einem in Berlin ignorierten Ministerpräsidenten Carstensen, Bürgerprotestwellen in Brunsbüttel gegen Kohlekraftwerke und langer Stillstand bei der Offshore-Windkraft: Herzlichen Glückwunsch an die CDU/FDP-Regierungen in Kiel und Berlin!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Erfolgreicher kann man Energiepolitik gegen die Menschen in unserem Land nicht machen.

Wir erinnern uns an das letzte halbe Jahr: Der von der überwältigenden Mehrheit in Deutschland unterstützte Vertrag zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den vier Energiekonzernen

(Christopher Vogt [FDP]: Die Sie geschaffen haben!)

galt zwar noch, aber CDU und FDP wollten ihn - wie im Koalitionsvertrag angekündigt - aufheben. Mit der vielseitig interpretierbaren, blumigen Formulierung „Brückentechnologie“ verschleiert, sollte über verlängerte Laufzeiten - korrekt: Reststrommengen - nicht nur die **Wende im Atomausstieg**, sondern auch die **Konsolidierung des Haushalts** über Zusatzzahlungen der Energiekonzerne erreicht werden.

Lange Zeit schossen die sich widersprechenden Vorschläge von CDU und FDP über konkrete **Laufzeiten** und Pläne, was mit den Zusatzmilliarden gemacht werden sollte, quer über den Stammtisch und durch die Zeitungen. Auch Ministerpräsident Carstensen beteiligte sich am Wunsch-dir-was-Spiel der Laufzeitverlängerung gegen Cash für die Staatskasse. Einig war man sich allerdings weitgehend, dass eine pauschale **Verlängerung** auch für Pannereaktoren nicht erfolgen durfte, sie sollten nach Auffassung der FDP hier im Land von einer Verlängerung ausgeschlossen werden.

(Olaf Schulze)

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Dann lag Ende August endlich das lange ersehnte **Gutachten** über die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung vor und wurde der Öffentlichkeit geradezu legendär präsentiert. Minister Röttgen und Brüderle lasen aus demselben Gutachten im Chor gemeinsam, im Ergebnis aber unterschiedlich vor. Umweltminister Röttgen erklärte, eine Laufzeitverlängerung bringe keinen wesentlichen Unterschied für den Strompreis und habe keine substantielle Auswirkungen auf die Emissionsreduzierung, im Gegenteil, Laufzeiten nähmen auch den Druck zur Modernisierung. Ihre Verlängerung könne so den Ausbau erneuerbarer Energien verzögern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch habe die Laufzeitverlängerung marginale und keinesfalls entscheidende Bedeutung für das **Energiekonzept**, das die **Bundesregierung** bis Ende September erarbeite. - So Minister Röttgen. Schade, dass nicht er sich, sondern das Sprachrohr der Energiekonzerne Brüderle in der Folge durchsetzen konnte.

Ende September kam er dann, der **Energiekompromiss** der Bundesregierung, im Kern nur eine **pau-schale Laufzeitverlängerung** für alle **Atomkraftwerke** in Deutschland. Statt der angeblichen Revolution in der Energiepolitik fand ein Kniefall der Bundesregierung vor der Atomlobby statt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zurufe von CDU und FDP)

Der Versuch, dies mit verbalen Nebelkerzen zu verstecken, scheiterte grandios, genau wie Ihre Zwischenrufe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst auf öffentlichen Druck wurde ein nächtlich erstelltes Geheimpapier zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen veröffentlicht, das den Konzernen jede Menge **Rücktrittsklauseln** bei finanziellen Forderungen nach **mehr Sicherheit** einräumt. Das muss man der Bundesregierung schon lassen: Sie tun, was sie sagen, aber sie können nicht, was sie tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Der Energiekompromiss der Bundesregierung blockiert durch seine willkürlichen Laufzeitverlän-

gerungen den Ersatz von Atomkraftwerken Schritt für Schritt durch **erneuerbare Energien**, so wie im noch geltenden Atomausstieg unter Rot-Grün vorgesehen. Zu diesem von der Gesellschaft gewollten Stufenplan für eine ausschließlich auf regenerative Energien basierende Zukunft stehen wir als SPD weiterhin.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Rot-Grün will doch Kohle! - Weitere Zurufe)

- Ich spreche sonst gern für die Grünen mit, das ist kein Problem.

Kaum war der Energiekompromiss beschlossen, fingen die **Energiekonzerne** auch schon an zu tricksen: RWE tauschte einmal eben schnell vorzeitig Brennelemente in Biblis B aus und umgeht so rund 280 Millionen € sonst ab Januar anfallender Steuern.

Über die **Sicherheit** von Atomkraftwerken und ein **Endlager** für die neuen Mengen Atom Müll wurde von der Bundesregierung und den Energiekonzernen allerdings weitgehend geschwiegen. Erst ein Schreiben von Justiz- und Atomminister Schmalfuß brachte dieses Thema wieder in den Fokus. Unser Dringlichkeitsantrag für die letzte Tagung fand leider keine Zustimmung bei CDU und FDP. Heute liegt uns ein schriftlicher Bericht von Minister Schmalfuß vor - auch mündlich hat er das bestätigt -, der die von uns in der letzten Tagung geforderten Informationen gibt. Er legt den Finger in die Wunde, die offen in der Frage des Atomausstiegs zwischen CDU und FDP klafft.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hier muss ich der FDP im Land Respekt zollen;

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

sie steht zum Atomausstieg und damit gegen den Atomkompromiss. Ich weiß aus eigenem Erleben beim Thema CCS sehr wohl um die Schwierigkeit, gegen die eigene Bundespartei eine Position zu vertreten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Sicherheit von Atomkraftwerken muss höchste Priorität haben. Es dürfte aber schwer werden, die Konzerne tatsächlich zur Finanzierung der erforderlichen **Sicherheitsaufwendungen** zu bringen.

(Olaf Schulze)

Die Deutsche Umwelthilfe hat bereits auf unkalkulierbare Risiken für die jeweiligen Landesetats hingewiesen, die sich aus der im Bundestag beschlossenen Laufzeitverlängerung alter Atomkraftwerke ergeben. Wegen einer wohl vergessenen Entschädigungsvorschrift im Atomgesetz können sich Atomkonzerne die finanziellen Aufwendungen für anstehende Sicherheitsnachrüstungen bei den Ländern wiederholen. Dies wäre der finanzielle GAU für den Landeshaushalt mit den beiden störanfälligsten Atomkraftwerken Deutschlands.

Angela Merkel und ihre Regierung setzen die Erregenschaften der letzten Jahre aufs Spiel. Sie richten sich nach den Wünschen der vier großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke betreiben. Dies wird zur Schwächung der erneuerbaren Energien führen und die **Investitionen der Stadtwerke** in eine dezentrale, nachhaltige Energieversorgung und die Stellung von deutschen Unternehmen der Energiebranche auf dem Weltmarkt gefährden. Weil kein wirklicher **Wettbewerb** auf dem Strommarkt entstehen kann, werden auch Verbraucher unter dieser Entscheidung leiden.

Auch handwerklich machen die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen nur Murks. Ein Bundestagsverfahren, das im Plenum zu einem Eklat führte und von Bundestagspräsident Lammer wegen des Verdachts mangelnder Sorgfalt und wegen fehlender sachlicher Begründung der verlängerten Laufzeiten kritisiert wurde, wird der Dimension der Entscheidung nicht gerecht.

Der Zick-Zack-Kurs im **Bundesrat** zur Frage der Beteiligungsrechte steht im Widerspruch zur überwältigenden Mehrheit der Verfassungsrechtler, die eine Bundesratsbefassung als zwingend erforderlich ansehen. Ich hoffe sehr, dass Bundespräsident Wulff noch zu den Worten steht, die er als Ministerpräsident Niedersachsens seinen Regierungssprecher im Mai sagen ließ: „Niedersachsen geht davon aus, dass das Gesetz zustimmungspflichtig wird“, und er das Gesetz nicht unterschreibt. Dabei sollte das aktuelle eindeutige Angebot von Charlotte Roche allerdings nicht seine Entscheidung leiten.

Meine Damen und Herren, wir müssen weiter alles dafür tun, dass die Pläne der Bundesregierung niemals Wirklichkeit werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Auch zur Frage der **Kohlekraftwerke in Brunsbüttel** sollte das Parlament klar Stellung beziehen, wie es der Antrag der Linken vorsieht.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Zum nun vorliegenden Änderungsantrag von CDU und FDP kann man nur den Kopf schütteln. Nebulös formuliert, unterstützt der Antrag den Bau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel. Wenn ich Herrn de Jager richtig verstanden habe, sagt er ganz klar: Kohlekraftwerke dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie CCS-ready sind. Sie dürfen nur noch gebaut werden, wenn eine **Lagerung des CO₂** erfolgen kann, allerdings nicht bei uns in Schleswig-Holstein. Wir wollen zwar die Kohlekraftwerke, aber die Einlagerung wollen wir hier nicht haben. Dafür kämpfen wir, und dafür werden wir uns einsetzen. So die Regierung.

Wo soll das denn eingelagert werden, wenn nicht in Schleswig-Holstein? Wollen Sie das nach Niedersachsen exportieren, die auch schon angekündigt haben, dass sie das nicht haben wollen?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Dann seien Sie doch endlich ehrlich und sagen: Kohlekraft hat keine Zukunft mehr. Wenn Sie weiter für Kohlekraft sind, seien Sie ehrlich und sagen Sie den Menschen: Dann müssen wir auch das CO₂ hier verpressen, und dafür stehen wir als Landesregierung ein. Das müssen Sie den Menschen sagen. Sie können nicht auf der einen Seite gegen die CO₂-Einlagerung und auf der anderen Seite für neue Kohlekraftwerke sein, während sich der Minister hinstellt und sagt: Das geht gar nicht. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Es ist eine gute Nachricht, dass immer mehr Stadtwerke in Deutschland der Energieerzeugung durch Kohle die rote Karte zeigen und ihre Investitionen zurückziehen.

(Johannes Callsen [CDU]: Gegen alles und kein Konzept!)

Was wir brauchen, ist eine **Energiepolitik**, die neben den Eckpfeilern Energieeinsparung und Energieeffizienz ausschließlich auf **erneuerbare Energien** setzt. Hierbei ist die **Windenergie** auf dem Land und auf dem Meer der wichtigste Baustein für unser Land.

Ich freue mich sehr, dass zur **Kabelanbindung** für Offshore-Windkraft **im Wattenmeer** ein guter Kompromiss zwischen Antragsteller und Naturschutzverbänden gefunden worden ist. Dies zeigt,

(Olaf Schulze)

wie wichtig die haupt- und ehrenamtliche Arbeit der Naturschutzverbände ist. Durch weniger Kabel und nur noch eine Trasse wird die einzigartige Natur im Wattenmeer geschont, und es wird ein wichtiger Schritt für die Realisierung der künftigen Offshore-Windparks vor unserer Nordseeküste erreicht. Ich hoffe sehr, dass die Bedeutung der Offshore-Windkraft insgesamt wieder mehr ins Bewusstsein der Landesregierung kommt. Nach unseren Gesprächen mit Wissenschaftlern wurde uns deutlich gemacht, dass das Wirtschaftsministerium hier lange Zeit geschlafen hat und dass viele Forschungsaufträge durch Nichtstun jahrelang blockiert wurden.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ranka Prante [DIE LINKE])

Nicht nur in der Gesundheits- und Energiepolitik machen die aktuellen Regierungen in Bund und Land Politik für Lobbyisten und gegen die Bevölkerung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer einseitig auf die finanziellen Vorteile von nur wenigen setzt, gefährdet die Grundlagen des Allgemeinwohls und ruft Bürgerproteste ins Leben. Das wollen und werden wir verhindern; möglichst bald auch hier in Kiel.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich nun der Frau Abgeordneten Ranka Prante das Wort.

(Unruhe)

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über drei Technologien. Es scheint so, als seien diese Technologien vergleichbar. Darum wurden die vier Anträge wohl auch zusammengelegt. Doch dies ist ein fataler Fehler in den Augen der LINKEN, denn **Kohle und Atom** gehören zu einer Energieerzeugung, die der Vergangenheit angehören muss, und zwar sofort. Beide, Atomkraft und Kohlekraft, zerstören unsere Umwelt, schaden der Gesundheit und sind mit den erneuerbaren Energien nicht zu vereinbaren.

Die andere Technologie ist die **Offshore-Technologie**. DIE LINKE befürwortet den Ausbau von

Offshore. Dies ist eine zukunftsfähige Technologie zur Energiegewinnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fange mit den Kohlekraftblöcken in und um **Brunsbüttel** an: Um das 40-Prozent-Ziel der Bundesregierung bis 2020 einhalten zu können, bräuchten wir fossile Kraftwerke, die die durchschnittliche **CO₂-Emission** von 368 g pro kWh nicht überschreiten. Die Kohleblöcke in Brunsbüttel erreichen aber CO₂-Emissionswerte von mindestens 750 g pro kWh; also fast doppelt so viel. Zudem sollen die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel **CCS-ready** gebaut werden, was mir noch einmal bestätigt worden ist. Sonst können sie nicht emissionsarm arbeiten und wirken. Das bedeutet, dass der Kraftwerksneubau für nachträgliche Installationen zur Abscheidung von CO₂ vorbereitet wird.

Der Landtag hat in der 10. Tagung einem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugestimmt, der eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme einer Länderklausel in das **CCS-Gesetz** vorsieht, Drucksache 17/818. Dies sage ich noch einmal zur Erinnerung. Daher stellen wir unseren Antrag.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Gut aufgepasst!)

- Danke schön. Begründet wurde dieser durch die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP mit der generellen **Ablehnung der CCS-Technologie** für Schleswig-Holstein. Der Bau der geplanten CCS-ready-Kohlekraftwerke widerspricht dieser Begründung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die drei Kohlekraftwerke werden die von der Bundesregierung für 2020 angestrebte Minderung des nationalen Kohlendioxidausstoßes um 40 % gegenüber 1990 ohne die CCS-Abspeisung nicht erreichen. Zudem bleibt zu befürchten, dass bei der tatsächlichen Anwendung der CCS-Technologie für die Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein der nächste Schritt die Installation eines Endlagers für CO₂ in Schleswig-Holstein ist. Das würde bedeuten, dass wir dieser Landesregierung einmal wieder nicht trauen können.

16 Millionen t CO₂ würden pro Jahr aus Brunsbüttel in die Luft gehen. Das entspricht dem ungefähren CO₂-Jahresverbrauch von Schleswig-Holstein. Auch Ihr schwammig formulierter Änderungsantrag kann dies nicht vertuschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall bei der LINKEN)

(Ranka Prante)

Ich würde sogar behaupten, Sie haben den Inhalt unseres Antrags entweder nicht verstanden oder verständlicherweise nicht verstehen wollen, wie ich es eben gehört habe. Es geht nicht um eine Bevormundung von Betrieben, sondern unter anderem um die Vermeidung von CCS- Technologie in Schleswig-Holstein und damit auch um die von Ihnen gewollte Länderklausel gegen die CCS-Technologie. Ich möchte aber auch gleich klarstellen, dass wir uns durch die Studie „Klimaschutz: Plan B 2050“ von Greenpeace in unserer Grundforderung bestätigt sehen, dass wir keinerlei neue Kohlekraftwerke brauchen; egal ob mit oder ohne CCS.

(Beifall bei der LINKEN)

Kohle ist unter den **fossilen Energieträgern** der Rohstoff mit dem höchsten Kohlenstoffanteil. Bei der Verbrennung einer Tonne Steinkohle wird nicht nur Wärme, sondern auch jede Menge **Kohlendi-oxid**, nämlich 2,68 kg, freigesetzt. Wenn wir - wie die Landesregierung immer wieder gesagt hat - auf Offshore setzen wollen, dann sollten Sie sich die dazu vorhandenen Gutachten in Bezug auf Kohlekraft und Offshore durchlesen. Der Ausbau von Kohlekraft schließt den Ausbau von **Offshore-Anlagen** aus. Sie müssen sich schon entscheiden. Moderne Kohlekraftwerke sind aus technischer Sicht und aus Kostensicht auf eine hohe Auslastung festgelegt. Die Verwendung von hohen Temperaturen und Drücken, die für einen Wirkungsgrad von 46 % erforderlich sind, reduzieren die flexiblen Einsatzmöglichkeiten und schlagen sich in den Investitionskosten nieder. Um es kurz zu fassen: Kohlekraftwerke sind nicht flexibel steuerbar und somit nicht teamfähig mit der Windkraft.

Abweichungen vom **Grundlastbetrieb** gehen vor allem bei modernen Kohlekraftwerken mit hohen Wirkungsgradverlusten einher. Auch der **Ausbau des Stromnetzes** widerspricht dem Gesagten der Landesregierung. Durch die bisherige verzögerte Netzverstärkung in Schleswig-Holstein werden allein heute schon circa 15 % der Jahresleistung der installierten Windkraftanlagen abgeschaltet, da der Strom nicht ins Netz gespeist werden kann. Wenn Sie es also mit dem Ausbau von Windkraft in Schleswig-Holstein ernst meinen, dann sollten Sie unserem Antrag zustimmen,

(Beifall bei der LINKEN)

denn erstens ist unser Antrag das Fazit aus dem Antrag Drucksache 17/961, der die Aufnahme einer Länderklausel in das CCS-Gesetz vorsieht. Zweitens würden die Netze nicht durch Strom aus weiteren fossilen Kraftwerken verstopft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gehe jetzt noch einmal auf das Thema Atomkraft ein. Das Tempo, mit dem die Bundesregierung gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung - wir haben es im Wendland gesehen - die **Verlängerung der Atomlaufzeiten** durch den Bundestag jagt, ist absolut dreist und aus unserer Sicht völlig verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Die Regierung hat dabei nicht nur gegen die Interessen der Bevölkerung und zukünftiger Generationen gehandelt, sie behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Altleiter und pannenanfälligen Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel sind ein untragbares Risiko für uns alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem hat sich gezeigt, dass es unmöglich ist, jede denkbare Gefahrenquelle von vornherein auszuschließen. Jeder Kabelbrand und jedes geplatze Rohr können aus einem Atomkraftwerk innerhalb von Minuten eine Bombe machen.

Wir haben auch das Problem mit den ungelösten Entsorgungsfragen. Da die Atomkraftwerke trotz der ungelösten **Entsorgungsfrage** weiter laufen, kommen jährlich 400 t hochradioaktiven Atom- mülls zum bereits existierenden Atom- müllberg hinzu. Im Jahr 2030 wird die Bundesrepublik mit etwa 24.000 m³ hochradioaktivem Atom- müll irgendwie umgehen müssen, weil es immer noch keine Lösung gibt. Ein Millionstel Gramm des radioaktiven Schwermetalls, eingeatmet in die Lunge, reicht, um Krebs zu verursachen. Wir sprechen hier von 24.000 m³. Auch das Märchen vom billigen Atomstrom kann man allein durch die Zahlen des letzten Castor-Transportes widerlegen. Der vergangene Castor-Transport hat das Land Niedersachsen 25 Millionen € gekostet.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Und warum?)

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und auch der Betrieb von Atomkraftwerken sind energiepolitisch kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist rückwärtsgewandt und gefährlich. Atomkraft ist keine geeignete **Brückentechnologie** hin zu den erneuerbaren Energien. Die Atomkraft gefährdet zudem die Existenz der kommunalen Energieversorger, die zunehmend auf erneuerbare Energien setzen.

(Ranka Prante)

Aus den oben genannten Gründen fordern wir die sofortige **Stilllegung** der drei **Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein**.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern den **Stopp** des Baus der drei geplanten **Kohlekraftwerke** in und um Brunsbüttel. Wir fordern außerdem einen ökologisch unbedenklichen und zügigen **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Ferner fordern wir die Überweisung des Antrages „Kohlekraftwerke in Brunsbüttel“ an den Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich im Namen der Grünen-Fraktion für die Berichte der Landesregierung. Jedoch bleibt nach dieser höflichen Eingangsbemerkung nur Platz für Enttäuschung, für Wut und für Verachtung einer schwarz-gelben Politik, die unser Land um Jahrzehnte zurückwirft.

Der Bundestagsabgeordnete Wadehul - hier im Haus kein Unbekannter - klagt, es sei nicht hinreichend klar, wofür die CDU stehe, was ihr Markenzeichen sei. Dabei ist völlig klar, was das Markenzeichen der CDU ist. Die Energiepolitik der CDU ist von gestern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie setzen auf Großkraftwerke, die die Netze für Zukunftsenergien verstopfen. Sie verlängern die Laufzeit von Atomkraftwerken. Sie bauen neue Kohlekraftwerke. Sie setzen auf alte Technik und sprechen von Revolution.

Der **Atomkonsens** bedeutete keineswegs den Sofortausstieg. Krümmel durfte danach bis 2016, Brokdorf bis 2018 weiter laufen. Das war also ein sanfter Übergang oder - wie es das Gesetz formuliert - eine geordnete Beendigung des Atomzeitalters. Es war also eine Brücke in ein neues Zeitalter.

Die CDU und der FDP-Bundeswirtschaftsminister reden bei der **Laufzeitverlängerung** von Übergangstechnologien, von Brücken. Die erneuerbaren Energien sind allerdings viel erfolgreicher als man ursprünglich annahm. Sie übertreffen regelmäßig

die Erwartungen. Gemessen an den Annahmen von gestern ist die Brücke also kürzer geworden. Sie wollen mit dem neuen Gesetz die Brücke aber verlängern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie lassen zwei Systeme, die nicht zusammenpassen, aufeinander zulaufen. Nach 2015 ist rechnerisch Schluss mit dem weiteren Ausbau der Windenergie, würde man die Ausbaudynamik von heute hochrechnen.

Die CDU fragt sich, wo das Konservative geblieben ist. Meine Damen und Herren, die Fakten geben eine Antwort. Konservativ à la CDU heißt: auf dem Schoß der Großkonzerne sitzen und ein taktisches Verhältnis zu Mittelstand und kommunaler Energiewirtschaft pflegen. Vier gewinnen, Millionen verlieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konservativ à la CDU heißt: unklare Maßstäbe, unklare Sprache. Atomkraftwerke nicht abschalten und Kohlekraftwerke neu bauen heißt auf CDU-Deutsch: ausgewogener **Energiemix**. Dabei spielen Vernebelungswörter wie Entsorgungspark eine Rolle. Alternative Standorte insbesondere im Süden der Republik werden nicht gesucht. Eine angeblich ergebnisoffene Standortsuche findet also nicht statt.

Meine Damen und Herren, in **Schweden** und in der **Schweiz** werden zahlreiche **Alternativen** intensiv geprüft. In Deutschland spielt nur Gorleben eine Rolle. Ist das ergebnisoffen, meine Damen und Herren? Da lachen doch die Hühner.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem Asse abgesoffen ist, heißt es nun: fröhlich auf nach **Gorleben**.

Die CDU, so sagt Herr Wadehul, wolle die Politik am Blickwinkel unserer Kinder ausrichten. Daher wird das Atomprogramm verlängert, obwohl es kein **Endlager** gibt. Unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wir Müll für die Ewigkeit von Strom, den wir verbraucht haben werden. Die CDU eignet sich die Wortwahl der Grünen an, macht aber nicht die dazu passende Politik. Glauben Sie denn, das merkt keiner hier im Land?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konservativ à la CDU heißt: verstecken hinter sogenannten **Grenzwerten**. Das Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas multipliziert sich bei den Kohlegiganten in Brunsbüttel millionenfach zu Giftwolken, die den Acker unserer Heimat mit Feinstaub

(Detlef Matthiessen)

kontaminieren und die Elbe mit Quecksilber belasten.

In Niebüll, Stadum und Leck verspricht die CDU, dass kein CO₂ im Boden Nordfrieslands verpresst werde. In Brunsbüttel verspricht die CDU, dass Kohlekraftwerke nur dann genehmigt würden, wenn sie capture-ready errichtet werden. Die Bereitschaft zur CO₂-Abscheidung, zur **CCS-Technik**, ist also Genehmigungsvoraussetzung für neue Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein. Der Minister hat das heute wiederholt.

Der Energieminister singt also unbeeindruckt das Lied von der sauberen Kohle weiter, auch wenn die Bauern im Umland von Brunsbüttel zu Hunderten auf die Straße gehen und rufen: Saubere Kohle ist eine dreckige Lüge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben damit im doppelten Wortsinn recht. Kohle ist nicht sauber für die Umwelt. **Kohle** ist auch sozial nicht sauber, wenn zum Beispiel in Kolumbien für den Abbau unserer Importkohle Menschen umgebracht werden, wenn sie ihre Dörfer nicht räumen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der 28. Oktober 2010 war ein schwarzer Tag für die deutsche Energiezukunft. An diesem Tag beschloss die schwarz-gelbe Koalition die **Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke**. Eine Novelle des Atomrechts müsste doch zumindest die neue und wachsende Bedrohung durch terroristische Einwirkung berücksichtigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere schlichte Frage nach **Sicherheit**, insbesondere gegen Terrorgefahren, wird wie folgt beantwortet:

„Das 11. und das 12. vom Bundestag verabschiedete Atomrechtsänderungsgesetz enthalten keine gesetzliche Regelung, dass die Inhaber einer Genehmigung zum Betrieb einer Anlage zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität zur weiteren Vorsorge gegen Risiken verpflichtet sind, innerhalb eines bestimmten Zeitraums nachzuweisen, dass bautechnische Maßnahmen zum Schutz des Reaktorgebäudes vor Flugzeugabstürzen nach Maßgabe im Einzelnen technisch näher auszuführender Spezifikationen in der jeweiligen Anlage verwirklicht sind.“

Reduziert auf das Wesentliche steht da also: Das Gesetz enthält keine Regelung. Daher sagte soeben Herr Minister Schmalfuß in seiner vornehmen und zurückhaltenden Art, er hätte es begrüßt, wenn der Bundesgesetzgeber durch eine gesetzliche Regelung sichergestellt hätte, dass sicherheitstechnische Nachrüstungen zur Hebung des Sicherheitsniveaus der betreffenden Anlagen zuvor realisiert worden wären.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Herr Minister, wir teilen die Sorge Ihres Hauses und der Reaktoraufsicht, dass Gefahren im Land gegeben sind. Von fünf alten und besonders gefährdeten Atomkraftwerken stehen zwei in Schleswig-Holstein. Der Innenminister ist heute in dieser Angelegenheit unterwegs.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, machen Sie doch Ihre Witze an anderer Stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, dass ich nicht in der Stimmung bin, bei diesem Thema auf Kubicki-Witze einzugehen. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Am 28. Oktober 2010 haben viele **Stadtwerke** große Zeitungsanzeigen geschaltet, in denen sie darauf hingewiesen haben, dass sie ihre **Investitionen** in die Zukunft gefährdet sehen.

Durch die einseitige Stärkung der Atomkraftwerksbetreiber wird der **Wettbewerb** in Deutschland behindert. Notwendige Investitionen in den Umbau der Energieversorgung werden gestoppt. Im Vertrauen auf den Atomausstieg im Konsens mit den AKW-Betreibern und im Vertrauen auf die Verlässlichkeit der Politik haben Stadtwerke und regionale Energieversorger seit dem Ausstiegsbeschluss 6,5 Milliarden € in eine CO₂-arme Energieversorgung investiert.

Ich habe meinen Fraktionsvorsitzenden bei zahlreichen Besuchen bei Stadtwerken begleitet. Es ist befremdlich, dass es im schriftlichen Bericht der Landesregierung nur heißt, die Landesregierung habe keine Kenntnisse über Investitionsvorhaben, die zurückgestellt worden seien. Uns wurden Millionenbeträge genannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Detlef Matthiessen)

Redet die Landesregierung, oder reden Sie etwa nicht mit dieser Seite der Energiewirtschaft, meine Damen und Herren, die im Übrigen ein Vielfaches der Endversorger der großen Vier versorgt?

Meine Damen und Herren, Wirtschaftsminister Brüderle hat eigentlich die Aufgabe, den Mittelstand und den Wettbewerb zu stärken. Er macht mit der Laufzeitverlängerung genau das Gegenteil: Er schwächt die Stadtwerke, er stärkt die Oligopole!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Noch eine Bemerkung zu den Preisen. Es wird immer gesagt, **Atomstrom** oder die alte Technik sei so billig. Wir vergleichen dort Alt mit Neu. Neue erneuerbare Energieanlagen, neue Blockheizkraftwerke und Wärmekopplungsmaschinen werden verglichen mit 35, 40 Jahre alten Großkraftwerken - das ist das eine -, und sie werden verglichen mit bestimmten Technologien. Dabei sind im Falle der Atomkraft 167 Milliarden € **öffentliche Transferleistungen** und im Falle der Kohle auch Hunderte von Milliarden in diese Sektoren geflossen. Dann kann ich allerdings mit diesem Rückenwind sehr schön billigen Strom produzieren.

Das ist auch eine der vielen Vernebelungstaktiken. Man redet heute ja von „Falsch Wording“. Da ist die CDU groß. In der Energiepolitik ist sie ein Zwerg. Die Energiepolitik der CDU schadet unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Statt Vorbild für Länder zu sein, die sich an uns orientieren, Energie von gestern! Wenn es um Klimaschutz und Atomenergie geht, muss unser Handeln so sein, wie wir es uns von anderen Ländern wünschen. Wir haben nur eine Welt. Wir könnten gerade hier in Schleswig-Holstein zeigen, dass es anders und besser geht. Daher muss die schwarz-gelbe Regierung schleunigst abgelöst werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Wir müssen raus aus der Technik von gestern, wir müssen rein in ein solares Zeitalter auf hohem technischen Niveau!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Prante, ich freue mich, dass wir die drei Themen hier zusammen behandeln. Wenn ich mich richtig erinnere, haben doch auch DIE LINKEN zugestimmt, dass wir diese Tagesordnungspunkte zusammenziehen.

Herr Matthiessen, schade, dass Sie nichts über Offshore gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

Denn Offshore ist ein wirklich wichtiges Thema, aber dazu haben Sie ja eine ganz eigenwillige Meinung.

Meine Damen und Herren, unabhängig von der politischen Festlegung und gesellschaftlicher Präferenz sind die **Anforderungen an die Energiepolitik** immer dieselben: ein hohes Maß an Versorgungssicherheit, ein wirksamer Klima- und Umweltschutz sowie eine wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung. Das wird deshalb gemacht, damit Deutschland und auch Schleswig-Holstein langfristig ein **wettbewerbsfähiger Industriestandort** bleiben und so auch Arbeitsplätze gesichert werden.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der Ausbau der **erneuerbaren Energien** im Zentrum schwarz-gelber Politik steht. Aber um Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz sicherzustellen, brauchen wir auf absehbare Zeit noch einen **Energiemix** aus konventionellen Kraftwerken und erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der FDP)

Derzeit ist eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien schlicht noch nicht möglich, Frau Prante.

Ein großer Zukunftsmarkt ist aber die **Offshore-Windenergie**. Ich danke an dieser Stelle Minister de Jager für seinen Bericht und für seine Aktivitäten zum Thema Offshore. In den nächsten Jahren wird die Offshore-Windenergie eine der treibenden Kräfte der Windbranche in Deutschland werden. Die entsprechenden Bereiche an Schleswig-Holsteins Küsten spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Organisatoren und Teilnehmern des sogenannten Helgoland-Tages des Wirtschaftsausschusses. Insgesamt war der Helgoland-Tag eine wichtige Veranstaltung zum richtigen Zeitpunkt mit sehr fachkundigen Referenten und vielen konstruktiven Gesprächen zwischen Politik und Wirtschaft. Die Potenziale der In-

(Oliver Kumbartzky)

sel und der Wille bei den Beteiligten, diese auch zu nutzen, sind noch einmal deutlich geworden. Jetzt gilt es, auch bei der Umsetzung weiter an einem Strang zu ziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nicht nur das **Beispiel Helgoland** zeigt, dass Schleswig-Holstein in vielen Segmenten profitieren kann und profitieren wird. Als Mutterland der Onshore-Windenergie sind gute Voraussetzungen vorhanden, die sich auch für die Offshore-Branche als interessant und nützlich erweisen werden. Durch die anstehende Realisierung der genehmigten **Offshore-Windparks** vor der **Westküste** werden künftig besonders im **Service- und Wartungssektor** sowie in der **maritimen Wirtschaft** viele neue Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

- Herr Matthiessen hat genickt; das ist doch gut.

Die Handlungsempfehlungen in der von der Netzwerkagentur windcomm schleswig-holstein verfassten **Offshore-Strategie** dokumentieren eindrucksvoll, dass Schleswig-Holsteins Häfen sehr geeignet sind. Gute Bedingungen gibt es in unserem Bundesland zudem bei den Themen Service und Wartung, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Marketing. Mit der Offshore-Strategie gibt es nun eine gute Grundlage, um gezielt Unternehmen anzusprechen und ihnen die Umfeldbedingungen für Investitionen zu verdeutlichen.

Ich möchte das mit den Häfen noch ein bisschen vertiefen. Nicht nur Helgoland als Hafenstandort wird profitieren, sondern auch **andere Häfen** positionieren sich. Begrüßen möchte ich, dass die Hafenstandorte Büsum - Herr Buder -, Brunsbüttel, Dagebüll, Helgoland, Husum, Rendsburg, Wyk sowie Hörnum und List vor Kurzem eine enge **Zusammenarbeit** mit dem Schwerpunkt Offshore Windpark Logistik beschlossen haben. Daran soll nun gemeinsam gearbeitet werden.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Hafen **Brunsbüttel** werden in einem Gutachten gute Perspektiven bescheinigt, sich als Hafen für Montage, Produktion und Verschiffung von Großkomponenten zu entwickeln. Aufgrund der umfangreichen hafennahen Freiflächen, der vorhandenen Hafenstrukturen und Wassertiefen sowie dem umfangreichen **Know-how** der Hafentreiber im Umschlag von Windenergieanlagen kann sich Brunsbüttel durchaus mit den Mitbewerbern aus Cuxhaven oder Bremerhaven messen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Fraktion DIE LINKE eingehen und dabei auf das Thema **Kohlekraft** überleiten. Liebe Kollegen, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung vom 1. Oktober wieder einmal eindrucksvoll dokumentiert, wie gut Sie recherchieren können. Sie schreiben dort - ich zitiere mit Erlaubnis -:

„Die Fraktion DIE LINKE ... spricht sich gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Brunsbüttel aus und fordert den Ausstieg aus der Kohleverstromung.“

Jetzt kommt es:

„Hintergrund ist die heutige Sitzung der Stadtverwaltung Brunsbüttel,“

- gemeint war, glaube ich, die Ratsversammlung -

„auf der über die Aufstellung eines B-Plans ... entschieden werden soll.“

Dann sprechen Sie die Studie zur Positionierung Brunsbüttels im Windenergiemarkt an, und Sie sprechen von Nutzungskonkurrenzen innerhalb des Hafens. Also, dass es **Nutzungskonkurrenzen** gibt, wenn in einem Hafen Kohle, aber beispielsweise auch Offshore-Komponenten umgeschlagen werden, ist eigentlich logisch. Im Übrigen ist es doch auch bereits heute so, dass im Hafen mehrere verschiedene Sachen umgeschlagen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Was Sie auch nicht erwähnen, liebe Kollegen von den Grünen - ich lade Sie ganz herzlich ein, mal nach Brunsbüttel zu kommen -,

(Zuruf von der LINKEN)

- von den LINKEN, Entschuldigung - ist, dass es am Brunsbütteler Hafen noch **freie Grundstücke** gibt. Wenn das alles so läuft und sich positiv entwickelt, dann soll der Hafen natürlich auch ausgebaut werden. Sie verschweigen in Ihrer Pressemitteilung also ganz elementare Fakten. Aber gut, wer den Unterschied zwischen Ratsversammlung und Stadtverwaltung nicht kennt, dem ist auch nicht zuzutrauen, dass er zwischen zwei verschiedenen Grundstücken unterscheiden kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Als erste Reaktion auf das eben erwähnte Gutachten wird nun eine **Machbarkeitsstudie** für die neue **Offshore-Pier** in Brunsbüttel in Auftrag gegeben und damit ganz konkrete Handlungsempfehlungen für die Hafenplanung

(Oliver Kumbartzky)

Lassen Sie mich nun auf die geplanten **Kohlekraftwerke** eingehen. Glauben Sie mir, als Ratsherr in Brunsbüttel beschäftigt man sich schon automatisch und schon sehr lange und intensiv mit den **Ansiedlungsprojekten**. In der eben angesprochenen Sitzung der Ratsversammlung - nicht Stadtverwaltung, sondern Ratsversammlung - ging es um den Bebauungs-Plan Nummer 56, also das von SWS beantragte Steinkohlekraftwerk. Es wird Ihnen bekannt sein, dass die Grenzwerte für Emissionen wie zum Beispiel Quecksilber oder Staub deutlich unterhalb der Grenzwerte der Bundes-Immissionsschutzverordnung liegen. Luftgetragene Schadstoffe werden weitestgehend durch eine Rauchgasreinigung zurückgehalten. Das geplante Kraftwerk sowie das geplante Kohlelager entsprechen dem Stand der Technik. Außerdem sorgt eine Erneuerung des Kraftwerksparks für eine **CO₂-Reduktion**, da alte, weniger effiziente Kraftwerke abgeschaltet werden. Auch das vergessen Sie immer wieder zu erwähnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wie Sie wissen, lehnt die FDP in Schleswig-Holstein den **Zubau** weiterer Kohlekraftwerke zusätzlich zu denen, die sich in der Planung befinden, natürlich ab. Außerdem möchte ich festhalten, dass die Entscheidung über den Bau von Kohlekraftwerken den jeweiligen Betreibern obliegt, so denn die Genehmigungen vorliegen. Da vertraue ich voll und ganz den Genehmigungsbehörden.

Schon wieder ist mir eine geschickte Überleitung gelungen; denn die FDP-Fraktion vertraut nicht nur den Genehmigungsbehörden, sondern natürlich auch der Atomaufsichtsbehörde. Entscheidend für den Betrieb von Kernkraftwerken ist und bleibt ganz klar die Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf: Schön wär's!)

Sie wissen, dass es innerhalb der Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt. Ich weiß ja auch, dass Sie es immer wieder toll finden, das immer wieder zu erwähnen. Aber trotzdem sind wir uns alle einig. Sicherheit steht an oberster Stelle!

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt trotzdem? Da gibt es kein Trotzdem!)

- Herr Habeck, dass nun gerade Sie, die Grünen und die SPD, Berichtsanträge zur Thematik Sicherheit stellen, ist wirklich bemerkenswert. Herr Schulze sprach sogar schon von Geheimverträgen. Es gibt

auch Verträge, die Rot-Grün seinerzeit mit den Energieversorgern abgeschlossen hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Trittin!)

Im rot-grünen **Atomkonsens** aus dem Jahre **2001** gibt es eine sehr interessante Passage, die auch von Gerhard Schröder, SPD,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jürgen Trittin, Grüne!)

und Jürgen Trittin, Grüne, unterschrieben wurde, aus der ich einmal zitiere:

„Während der Restlaufzeiten wird der von Recht und Gesetz geforderte hohe Sicherheitsstandard weiter gewährleistet; die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem Sicherheitsstandard zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.“

Ganz großartig.

(Beifall bei der FDP - Christopher Vogt [FDP]: Aha! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, ich komme jetzt zum Schluss.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Nein, er hat es verneint.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Bei aller Diskussion sollten wir eines nicht aus den Augen lassen. Durch den Betrieb von konventionellen Kraftwerken wird erneuerbare Energie in keiner Weise beeinträchtigt oder blockiert. Der **Einspeisevorgang** wird unbegrenzt beibehalten, sodass auch in Zukunft Strom aus erneuerbaren Energien direkt ins Netz kommt und nicht zu konventionell erzeugtem Strom in Konkurrenz treten muss. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass es mit dem Netzausbau vorangeht. Ich hoffe, dass die Grünen eines Tages auch einmal den Netzausbau unterstützen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

(Oliver Kumbartzky)

Denn die Grünen sind ja immer die ersten, die dagegen sind.

Ich bitte um Zustimmung für den Änderungsantrag von CDU und FDP.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie einmal ein Beispiel für die Grünen, in dem sie gegen Netzausbau sind! Nur eines! - Christopher Vogt [FDP]: In Baden-Württemberg gibt es genug! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Baden-Württemberg ist groß! - Christopher Vogt [FDP]: Aber Hallo! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können wir alles protokollieren! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter Lars Harms hat das Wort.

(Unruhe)

Lars Harms [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Diskutanten und Mitdiskutanten, die Großdemo in Berlin am 18. September 2010 vor dem Reichstag mit über 100.000 friedlichen Demonstranten, oder auch jüngst die Demo gegen den Castor-Transport nach Gorleben haben deutlich gemacht, dass der größte Teil der Bevölkerung gegen eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke ist.

Das ficht die Bundesregierung aber nicht an. Lieber Kollege Kubicki, mit dem Beschluss vom 28. Oktober wurden die **Laufzeiten** der deutschen **Atommeiler** um durchschnittlich **zwölf Jahre** verlängert. Damit hat die Bundesregierung bewusst gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung gehandelt. Das ist nicht ihre Aufgabe.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Den **Energiekonzernen** wurde von der Bundesregierung mit der Laufzeitverlängerung ein Scheck in dreistelliger Milliardenhöhe ausgestellt. Die Bevölkerung bekommt dafür 4.000 bis 5.000 t hochradioaktiven **Atommüll** mehr. Die Frage, wo der verstrahlte Atommüll hin soll, ist aber bei Weitem

nicht geklärt. Ein Endlager gibt es derzeit nicht. Die Konzerne streichen somit satte Gewinne ein, und das Risiko trägt die Allgemeinheit. Das ist wirklich nicht ordentliche Politik, wie man sie erwarten kann.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Schmackhaft wird die ganze Geschichte auch dadurch nicht, dass mit der Laufzeitverlängerung eine **Atomsteuer** kommen soll. Dies ist unabhängig voneinander zu betrachten. Wir fordern den Atomausstieg und eine Atomsteuer.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für uns ist eine solche Steuer unabhängig von der Laufzeitverlängerung zu betrachten. Mit einer solchen Steuer würden die Atomkraftwerke zumindest endlich teilweise für die Kosten, die sie verursachen, zur Kasse gebeten. Zum Beispiel für die Sanierung von Asse oder auch für die Erkundung nach einem Endlager, wobei es dabei ergebnisoffen zugehen müsste. Man müsste auch viele andere Standorte untersuchen.

Eine solche Steuer hätte im Übrigen auch für Schleswig-Holstein einen finanziellen Effekt in Höhe von rund 200 Millionen €, wenn eine **Beteiligung des Landes** an der **Brennelementsteuer** durchgesetzt werden kann. Das ist auch eine der Hauptaufgaben der Landesregierung, von der wir bis heute nicht gehört haben, was dort geschehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der vorliegende Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass vonseiten des zuständigen Ministeriums seit 2002, also seit Inkrafttreten des Atomausstiegsgesetzes, die **Personalausstattung** in der **Atomaufsicht** reduziert wurde. Mit der Laufzeitverlängerung und angesichts der gesammelten Erfahrungen mit unseren Pannenmeilern stellt sich die Frage nach der Personalausstattung neu. Daher ist es richtig, die Personalausstattung der Atomaufsichtsbehörde an die Laufzeitverlängerung und an den **Sanierungs-** beziehungsweise **Nachrüstungsbedarf** der zu beaufsichtigenden Atomkraftwerke anzupassen. Die erforderliche Überwachung der Atomkraftwerke durch die Atomaufsichtsbehörde dient der allgemeinen Sicherheit für Mensch und Natur. **Krümmel** und **Brunsbüttel** haben immer wieder gezeigt, dass die Arbeit der Atomaufsichtsbehörde unerlässlich ist. Zum Schluss wird sie hier

(Lars Harms)

in Schleswig-Holstein hervorragend ausgeführt. Daher fordern wir für die Überwachung der Atomkraftwerke eine kostendeckende **Gebühr** von den Betreibern. Nur so halten wir die Kompetenz bei der Atomaufsichtsbehörde auch künftig aufrecht. Es ist nur gerecht, wenn diejenigen, die die ganzen Untersuchungen durch ihre Pannenmeiler verursachen, entsprechend zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass unsere schleswig-holsteinischen Steuerzahler dafür aufkommen müssen. Das mögen diese vier großen Konzerne bezahlen.

Die Laufzeitverlängerung ist eine Risiko-Verlängerung. Daher ist der **Sicherheitsaspekt** im Zuge der Laufzeitverlängerung mehr als angebracht. Dies wird gerade an den alten AKW deutlich. Schleswig-Holstein macht mit den Pannenmeilern diesbezüglich seine eigenen negativen Erfahrungen. Daher ist niemandem zu erklären, dass für diese Atomkraftwerke eine Laufzeitverlängerung vorgesehen ist.

Atomenergie ist keine Brückentechnologie, sondern eine energiepolitische Geisterfahrt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mit der Laufzeitverlängerung wird der **Ausbau der erneuerbaren Energien** nur gebremst. Am Beispiel Großbritanniens wird dies deutlich. Dort hat der Energiekonzern E.ON darauf gedrängt, dass der Strom aus Atomkraftwerken Vorrang vor dem aus Windkraftanlagen hat. Damit sind erneuerbare Energien nicht mehr rentabel. Aber auch im Bereich der Erforschung und Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien wird durch die Laufzeitverlängerung der Druck vom Kessel genommen.

Der Versuch der Bundesregierung, den **Bundesrat** bei der Laufzeitverlängerung zu umgehen, fügt sich in das Bild ein, das entstanden ist, als bekannt wurde, dass es zwischen den vier großen Energiekonzernen und der Bundesregierung einen Geheimvertrag gibt. Mit Tricksereien und Gemauschel soll die Laufzeitverlängerung ohne Beteiligung der Länder durchgedrückt werden. Nach unserer Auffassung ist der Bundesrat zu beteiligen. So war bereits das ursprüngliche Atomausstiegsgesetz zustimmungspflichtig. Jedoch hat der Bundesrat mehrheitlich auf sein **Einspruchsrecht** verzichtet - was juristisch als Zustimmung zu werten war. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Länderkammer auch bei einer Laufzeitverlängerung zu beteiligen ist, zumal es

sich um eine wesentliche, vollzugsfähige und vollzugsbedürftige Änderung des Atomrechts handelt. Doch, wie gesagt, der Bundesrat wird außen vor gelassen. Daher fordern wir die Landesregierung auf: Handeln Sie im Sinne der Bevölkerung, und kämpfen Sie für eine Beteiligung des Bundesrats.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ebenso wie die Atomenergie gehört auch die **Kohlekraft** zu den Dinosauriern der Energieversorgung. Gerade Kohlekraftwerke sind unter den Energieproduzenten die Klimakiller Nummer eins. Daher ist Kohle auch keine Brückentechnologie, sondern ein Auslaufmodell. Wie bei der Verlängerung der Atomlaufzeit gilt auch für Kohlekraft: Jede Verlängerung und jeder Neubau von Kohlekraftwerken wird den Ausbau erneuerbarer Energien verhindern. Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ist jeder Neubau von Kohlekraftwerken eine Katastrophe.

Die **CCS-Technologie** ist dabei auch keine Lösung. Im Gegenteil. Das CO₂ bleibt in der Umwelt, und kein Mensch kann heute sagen, ob diese potenziell giftige Substanz über Tausende von Jahren von Mensch, Tier und Klima ferngehalten werden kann. CCS verlängert die Laufzeit der Kohlekraft und legitimiert den Bau neuer Kohlekraftwerke, weil diese ja angeblich sauber wären. CCS verschlingt selbst erhebliche Energiemengen. Dafür muss dann deutlich mehr Kohle verbrennen. CCS ist extrem teuer und bindet Fördergelder, die in den Aufbau wirklich CO₂-freier Energieerzeugung fließen sollten.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

CCS ist wirklich eine Einbahnstraße, ist ein Irrweg, ist unsinnig, kostet viel Geld.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf nicht so sein, dass die Landesregierung sagt: Wir wollen kein CCS bei uns haben, aber die CCS-fähigen Kohlekraftwerke, und den Mist schicken wir woanders hin.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man davon überzeugt ist, dass CCS nicht gut ist, dann ist CCS nicht nur bei uns nicht gut, sondern überall nicht gut. Dann muss man sich im Bundesrat entsprechend dazu verhalten.

An den **Endlagerstandorten** verhindert CCS im Übrigen den Aufbau regenerativer Energien, weil **Bohrungen** für Erdwärme, Druckluftspeicher für

(Lars Harms)

die Windenergie oder Erdwärmespeicher denselben Untergrund benötigen. Kurz: CCS hat nichts mit nachhaltigem Klimaschutz zu tun. Diese Technologie soll dafür sorgen, dass die Energiekonzerne so lange wie möglich mit der Kohleverstromung weitermachen können. Dass dabei die Gesundheit von Mensch und Natur aufs Spiel gesetzt wird, ist einfach nur zynisch.

Daher ist es umso bedauernswerter, dass die Landesregierung es bisher nicht vermocht hat, auf ihre Parteikollegen in Berlin dahin gehend Einfluss zu nehmen, dass zumindest eine **Länderklausel** im vorliegenden CCS-Entwurf verankert wurde. Viel Zeit, um den vorliegenden Entwurf zu verändern oder - das wäre uns am liebsten - abzulehnen, bleibt nicht mehr. Bisher versagt die Landesregierung hier auf der ganzen Linie.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können, müssen wir von den fossilen Energieträgern wegkommen. Langfristig muss die Energieversorgung komplett aus regenerativen Energien bestehen. Die Deckung des Stromverbrauchs aus regenerativen Energien - aus **Wind, Wasser, Sonne** und **Biomasse** - ist die Herausforderung der Zukunft. Hierfür ist es notwendig, das Stromnetz, das heute noch zentral ausgerichtet ist, umzustrukturieren und so umzubauen, dass die **dezentralen Energieträger** erschlossen werden können und der Strom eingespeist und weitergeleitet werden kann. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden somit zu einer **dezentralen Versorgungseinheit**.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Für Schleswig-Holstein ist insbesondere die **Windenergie** von maßgeblicher Bedeutung. Schleswig-Holstein ist nämlich ein Windland. Wir haben das Know-how, und unsere Wirtschaft wird weiter davon profitieren. Aber wir müssen erkennen, dass wir auf diesem Sektor bereits Boden verloren haben. Hier muss gegengesteuert werden. Mit dem **LEP** und der Ausweitung von **Eignungsflächen** haben wir einen ersten Schritt unternommen, und das ist auch gut so.

Aber gerade die Produktion von Windstrom im Offshore-Bereich birgt enorme Potentiale. Damit können wir es schaffen, Lieferant von Strom aus regenerativen Energien zu werden, sobald die Offshore-Windparks den Strom produzieren und dieser entsprechend transportiert wird.

Der von der Netzwerkagentur „windcomm schleswig-holstein“ vorgelegte Strategieplan mit seinen

entsprechenden Handlungsempfehlungen ist ein hervorragender Leitfaden für die Entwicklung und Planung der Offshore-Energie; er muss auch umgesetzt werden. Daraus geht unter anderem hervor, dass der Offshore-Windenergie neben der energiepolitischen Bedeutung auch enorme regionale wirtschaftliche Bedeutung zuzurechnen ist. Es wird davon ausgegangen, dass - neben den bereits bestehenden 7.000 **Arbeitsplätzen** in der **Windbranche** - durch die **Offshore-Windparks** weitere 1.000 Arbeitsplätze entstehen. Dies erfordert, dass der Arbeitsmarkt diese Herausforderung annehmen kann. Forderungen der Windbranche an den akademischen Aus- und Weiterbildungsbereich sowie Weiterbildungsangebote für die Offshore-Windenergie sind maßgebliche Voraussetzungen für den Erfolg. Offshore-Windenergie darf nicht am Fachkräftemangel scheitern.

Meine Damen und Herren, bedenken Sie: 1.000 neue Arbeitsplätze - das ist mehr, als jemals durch Atom- oder Kohlekraftwerke geschaffen werden könnte. Im Offshore-Bereich ist wirklich das Geld zu verdienen.

(Beifall beim SSW und der LINKEN)

Einsichtig hat sich die Landesregierung bereits hinsichtlich der Westküstenhäfen gezeigt. Durch die **Analysen** von windcomm ist deutlich geworden, dass Brunsbüttel, Husum, Büsum, Dagebüll und die Sylter Häfen eine neue Bedeutung in Bezug auf die Offshore-Windenergie bekommen. Für diese Erkenntnis möchte ich mich bei Herrn de Jager ausdrücklich bedanken; denn gerade was den **Husumer Hafen** angeht, wurde dieser seinerzeit von der Landesregierung sträflich vernachlässigt - um nicht zu sagen: alleingelassen -, als es um eine Straßenanbindung ging.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Weil da keiner hinwollte!)

Dieses Potenzial, lieber Kollege Mittelstandsbeauftragter, muss aber auch in die Strategie eingebunden werden, zumal am Standort Husum derzeit noch einige mittelständische Wirtschaftsunternehmen beheimatet sind. Diese Unternehmen wollen wir dort halten. Das können wir nicht, wenn der Hafen nicht ertüchtigt wird und dort nicht für eine vernünftige **Verkehrsanbindung** gesorgt wird.

(Beifall beim SSW)

Lieber Kollege Arp, das ist ein Feld, auf dem Sie sich richtig tummeln können. Da können Sie mal Gas geben. Ich bin an Ihrer Seite, wenn es darum geht, den Hafen zu ertüchtigen und vernünftig an-

(Lars Harms)

zubinden. Es kann nicht sein, dass die Husumer, die sowieso Haushaltsprobleme haben, alles allein machen müssen. Also: Ran an den Speck! Viel Spaß bei der Arbeit! Wir werden in einem halben Jahr wieder darüber sprechen. Hoffentlich klappt es bis dahin.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Zitat aus einer dpa-Meldung vom 15. Mai 2008.

„Der Bundesumweltminister“

Klammer auf: heute SPD-Parteivorsitzender; Klammer zu -

„hält am Bau weiterer Kohlekraftwerke fest. Sie sollten dazu dienen, alte Kraftwerke abzuschalten, sagte Gabriel am Donnerstag in Kiel. ‚Wenn Sie das nicht machen, laufen die alten Kohlekraftwerke weiter und produzieren mehr CO₂ als heute.‘ Gabriel verwies darauf, dass zum Klimaschutz eine Begrenzung von CO₂ vorgesehen sei.“

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Gabriel ist der Bundesvorsitzende der SPD und gleichzeitig in Deutschland der größte Befürworter eines massiven Ausbaus neuer Kohlekraftwerke. Die von ihm vorgeschlagene Variante ist aus seiner Sicht, aus der Sicht der SPD, sogar logisch; denn das ist, wenn man nichts ändert, zwingend die Folge des Atomkompromisses von Rot-Grün. Das hat Gabriel auf jeder Veranstaltung immer deutlich gesagt. Dazu steht er übrigens, wenn man ihn fragt, heute noch.

Eine Folge aus dem **Atomkompromiss** von Rot-Grün war die Planung von 40 **neuen Kohlekraftwerken** in Deutschland. Der Atomkompromiss führte dazu, dass wir Atommüll in Zwischenlagern an den Kernkraftwerken bekamen. Dort stapelten sich immer mehr entsprechende Fässer. Warum? Weil Rot-Grün zwar die Erforschung von Gorleben gestoppt hat, aber mit keinem Wort etwas dazu gesagt hat, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei CDU und FDP)

Einfach wegducken, wegblicken, weggucken und nichts sagen - das war die Antwort von Rot-Grün auf diese Fragen.

Der **Erneuerbare-Energien-Ausbau** kam langsam zum Erliegen - auch das eine Folge der damaligen rot-grünen Politik; man hatte nämlich keine attraktiven Anreize für den Netzausbau geschaffen.

In die **Sicherheit von Kernkraftwerken** wurde im Ergebnis des Atomkompromisses kein Cent mehr investiert, weil auch hierzu eine Regelung im Atomausstiegskompromiss fehlte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie versuchen, die Verantwortung für all das, was Sie heute beklagen, einer Nachfolgeregierung in die Schuhe zu schieben. Aber Sie haben damals keine Antwort auf die Fragen gegeben.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Dann müssen Sie doch jetzt abschalten!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Nein, eine Zwischenfrage erlaube ich jetzt nicht. - Es ging weiter. Als **Kabel** für den **Transport sauberen, regenerativen Stroms aus Norwegen** gelegt werden sollten, haben Sie sich dagegen engagiert. Sie waren gegen den entsprechenden Ausbau. Als onshore, auf dem Land, Windkraftträder einer bestimmten Höhe erstellt werden sollten, waren Sie dagegen. Dort, wo Biogasanlagen entstehen sollten, waren Sie dagegen. Dort, wo Kohlekraftwerke geplant wurden, waren Sie dagegen. Wenn jetzt ein Atomkompromiss geschlossen werden soll, sind Sie dagegen. Sie sind die Dagegen-Partei! Sie sagen nur, was Sie nicht wollen. Sie sagen nicht, was Sie wollen. Sie haben kein Konzept.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es reicht eben nicht, sich in feinem Zwirn in Limousinen unter Polizeischutz nach Gorleben karren zu lassen, auszusteigen, sich zwischen die Demonstranten zu stellen und ein bisschen Widerstand zu heucheln. Das allein reicht für Politik in unserem Land nicht aus!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Wir machen Politik für Energiesicherheit und Energiepreisstabilität. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger merken das. Das zeigen auch Ihre Umfragergebnisse nach diesen etwas peinlichen Aktionen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun der Herr Abgeordnete Jens-Christian Magnussen. - Mir liegt eine lange Liste von Dreiminutenbeiträgen vor.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Den Wortbeitrag kann man wortlos aufsetzen. Lieber Kollege Detlef Matthiessen, die Grünen haben bei Kernenergie und Kohle ja noch eine klare Linie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nur hier!)

Aber was läuft bei der SPD in dieser Frage? Wie verlogen die Debatte ist, zeigt die Tatsache, dass den **Stadtwerken** der Hof gemacht wird, wenn es gegen eine Laufzeitverlängerung unserer Kernkraftwerke geht. Andererseits wird den Stadtwerken in die Beine gegrätscht, wenn es um die **Kohlekraftwerksansiedlung in Brunsbüttel** geht. Einige Anteilseigner von Kohlekraftwerken sind nämlich Stadtwerke.

(Olaf Schulze [SPD]: Sprechen Sie doch einmal mit den Stadtwerken! Dann wissen Sie, was los ist!)

Das ist die Politik, die Sie hier betreiben. Sie sind völlig konzeptionslos. In energiepolitischer Hinsicht irren Sie durch das Land, ohne eine Richtung zu haben.

Die **Sicherheitsbestimmungen** - mein Fraktionsvorsitzender hat es soeben ausgeführt -, die unter Rot-Grün galten, waren offensichtlich ausreichend und bestehen weiter. Darüber hinaus konnten die Betreiber freiwillig zusätzliche Leistungen vornehmen. Nach der in dem Kompromiss vorgesehenen Neuregelung von § 7 d des **Atomgesetzes** werden die Betreiber zu zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen, die vorher freiwillig waren, verpflichtet. Das ist in den Kompromiss eingeflossen.

Ich muss bedauerlicherweise feststellen - der Standort Brunsbüttel ist nur ein Beispiel -, dass zunehmend versucht wird, über die Zeitschiene **Großprojekte** zu verhindern, das heißt, sie den Investoren zu vermiesen, getreu dem Motto: „Irgendwann werden Investoren schon die Lust verlieren, am **Industriestandort Deutschland**, der wir heute noch sind, Geld in Arbeit zu investieren.“ Es stellt sich immer mehr heraus, dass das Ihre Politik ist. Das, was Sie hier abfahren, ist schon großes Kino. Das muss ich Ihnen offen und ehrlich sagen.

Wir als CDU stehen vor den Investoren, die sich in unserem Land für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen, die in unserem Industrieland Deutschland tatsächlich in Arbeit und Ausbildung investieren.

Dafür stehen wir, und diese Politik verfolgen wir weiter; da können Sie so lange irgendwelche Parolen heucheln, wie Sie wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Jost de Jager das Wort.

(Zuruf von Minister Jost de Jager)

- Ich dachte, Sie haben sich als Abgeordneter gemeldet. Gut, Sie haben sich als Minister gemeldet. Sie können sich jederzeit als Minister zu Wort melden; dann brauchen Sie sich aber nicht auf drei Minuten zu reduzieren. Bitte sehr, Herr Minister.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem geklärt ist, in welchem Status ich hier reden kann, werde ich nunmehr vortragen, was ich vortragen wollte.

Ich möchte nämlich auf die Frage des Herrn Abgeordneten Matthiessen antworten, was eigentlich die Linie dieser Regierung in punkto Energie ist. - Das hätte man aus der Rede, die ich anfangs gehalten habe, heraushören können: Diese Landesregierung steht für **Investitionen in Energie**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich halte es für richtig, diese Investitionen möglich zu machen, weil sie den Standort Schleswig-Holstein insgesamt stärken.

(Minister Jost de Jager)

Wir haben in dieser Tagung des Landtags übrigens auch gelernt, wie die Grünen zu Investitionen stehen: Sie sind gegen die Fehmarnbelt-Querung, Sie sind gegen die Kohlekraftwerke, Sie sind gegen große Investitionen in diesem Land. Wenn es nach Ihnen ginge, dann würde in diesem Land überhaupt nicht mehr viel passieren.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie das in dieser Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags so schön herausgearbeitet haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Diese Landesregierung ist für eine Politik, die **verantwortbare Energiepreise** erzeugt. Deshalb werden wir auf absehbare Zeit den **Energiemix** brauchen. Sie wissen, meine Damen und Herren: Stiegen Sie sowohl aus der Kernkraft als auch aus der Kohlekraft aus und setzten nur noch auf erneuerbare Energien, so würde dies zu einer Entwicklung des Energiepreises führen, die nicht nur dem Wirtschaftsstandort, sondern jedem einzelnen Haushalt schaden würde.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb, Herr Matthiessen: Wenn Sie hier einer Politik der hohen Strompreise das Wort reden, dann geben Sie bitte zu, dass auch das Lobbypolitik ist.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Denn mit erneuerbaren Energien wird gutes Geld verdient.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Ich habe nichts dagegen. Als Wirtschaftsminister freue ich mich darüber, dass gutes Geld damit verdient wird. Aber wenn man hier die Schotten aufmacht, dann muss man auch sagen, was das tatsächlich bedeutet. Realität ist, dass wir ohne eine Veränderung der **Einspeisevergütung bei Fotovoltaikanlagen** am Ende dieses Jahres erlebt hätten, dass sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Strompreis verdoppelt hätte. Das, Herr Matthiessen und meine Damen und Herren von den Grünen, müssen Sie den Menschen auch sagen, wenn Sie eine solche Politik verfolgen und solche Reden im Landtag und vielleicht ja auch im Land halten. Ich bin schon dafür, dass wir diese Ehrlichkeit an den Tag legen.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf das zurück, was Herr Gabriel vor den Unternehmensverbänden gesagt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gab Applaus von Herrn Stegner!)

Einige von uns haben es ja gehört. Die Frau Vizepräsidentin hat es gehört, und Herr Stegner hat es auch gehört. In der Tat hat Herr Gabriel verstanden, dass man in einem Industriestandort wie Schleswig-Holstein nicht aus beidem aussteigen kann. Man muss sich entscheiden, entweder aus der Kernkraft oder aus der Kohlekraft auszusteigen; aber aus beidem können Sie nicht aussteigen. Das hat Herr Gabriel kapiert und Sie nicht.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen, Herr Schulze: Die SPD in Schleswig-Holstein nimmt in der Energiepolitik zunehmend die Haltung des Pfeife rauchenden Zeitungslesers ein. Sie schauen sich alles an; das eine finden Sie gut, und das andere finden Sie nicht gut. Aber das ist keine verantwortbare Politik. Dies sichert nicht den Wirtschaftsstandort, das sichert nicht den Energiestandort. Das führt vielmehr zu hohen Energiepreisen, und das macht diese Landesregierung nicht mit.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Der Minister hat drei Minuten geredet. Diese Redezeit steht den Fraktionen ungeachtet der Dreiminutenbeiträge ebenfalls zur Verfügung.

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag rufe ich nun den Herrn Abgeordneten Dr. Stegner auf.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man heute Morgen den Rednerinnen und Rednern der Regierungskoalition zuhört, so merkt man, dass deren Reden von gestern und von vorgestern sind. Sie enthalten nichts Aktuelles.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Aber jetzt kommt die Erleuchtung!)

Die entscheidende Veränderung haben Sie gar nicht wahrgenommen. Die entscheidende Veränderung besteht darin, dass Sie den **Atomkonsens** aufgekündigt haben, den die Bevölkerung in ihrer großer Mehrheit unterstützt hat,

(Dr. Ralf Stegner)

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben wir doch gar nicht!)

dass Sie Unfrieden gestiftet haben und dass Sie nicht nur dieses tun, sondern dass Sie auch noch alle möglichen Dinge, die nur annähernd etwas damit zu tun haben, dass Sie diesen Konsens aufgekündigt haben, jenen in die Schuhe schieben, die den Vertrag geschlossen haben, damit wir endlich von einer Energieform wegkommen, die in keiner Weise vertretbar ist.

Das ist die Wahrheit. Wenn man Ihre Reden hört, die wirklich bemerkenswert schwach gewesen sind, dann weiß man, warum schwarz-gelb die Farbkombination ist, die vor Radioaktivität warnt und dass bei Ihnen eine Restlaufzeit zu Ende geht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP: Oh!
- Gerrit Koch [FDP]: Der Witz ist schon drei Jahre alt! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Rote Karte!)

Versatzstücke dessen, was Sie jetzt benutzt haben, um die Energiepolitik der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein zu beschreiben, haben Sie schon 1988 verwandt, als die **Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien** bei 0,05 % lag und wir Ihnen gesagt haben: Wir schaffen bis 2010 mindestens 20 %. Damals haben Sie gesagt: Dann gehen die Lichter aus. Nun sind wir aber bei über 40 % angelangt. Das ist gute sozialdemokratische Energiepolitik für Schleswig-Holstein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber mit dem größten Vergnügen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, Sie kennen meine persönliche Haltung zum Atomkonsens. Das hoffe ich. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, dass vor der Bundestagswahl in den Wahlprogrammen von CDU und FDP stand, dass beide Parteien eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke in Angriff nehmen, und dass beide Parteien bei der Bundestagswahl eine Mehrheit bekommen haben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihr ja nicht!)

- Ich weiß nicht, ob das eine Frage gewesen ist. Ich kann nur sagen: Das ist ein ziemlich schwächliches Argument dafür, dass Sie hier im Lande eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung betreiben. Das muss ich Ihnen sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Peinliches Demokratieverständnis!)

Im Gegensatz zu Ihnen wissen wir ganz genau, dass eine **Energiewende**, die es übrigens - davon bin ich fest überzeugt - nur mit Rot-Grün geben wird, zu 100 % in Richtung erneuerbare Energien gehen muss. Fragen Sie einmal Professor Hohmeyer. Er erklärt Ihnen, wie das geht:

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Oh Gott!)

Beschäftigung für den Mittelstand und nicht für die großen Atomkonzerne. Im Übrigen ist dies auch etwas für die Wissenschaft, und klimaverträglich ist es auch noch. Das heißt, wer sich gegen die Energiewende stellt, der bekennt sich im Grunde genommen zu gestern.

Und dann wackeln Sie auch noch. Der Ministerpräsident stellt sich hier hin und sagt, er werde Krümmel persönlich ausschalten, wenn bestimmte Dinge zuträfen. Was macht er? Wenn Frau Merkel von ihrer Revolution spricht, findet er es prima, dies aufzukündigen.

Er sagt, er sei für **CCS**, dann ist er wieder dagegen. Dann philosophiert er darüber und sagt: Wenn wir Geld dafür bekommen, kann man ja darüber reden. Das ist eine Form von Wackelpolitik.

Ihre persönliche Meinung, Herr Kubicki, ist übrigens völlig schnurz. Das, was Sie hier als Regierung machen, ist das Entscheidende.

(Christopher Vogt [FDP]: Das machen wir ja auch!)

Und dann wird der Minister auch noch gerüffelt, wenn er Sicherheitsbedenken anmeldet. Was ist das für eine Politik? Sie sind durch Ihren Amtseid auf das Gemeinwohl verpflichtet

(Christopher Vogt [FDP]: Das waren Sie auch einmal!)

und nicht auf das Wohl der Atomkonzerne. Das will ich ganz deutlich sagen. So verhalten Sie sich aber.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das Einzige, was in der heutigen Debatte sehr deutlich geworden ist, ist, dass sich die Restlaufzeit der schwarz-gelben Koalition deutlich ihrem Ende entgegenneigt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Die bessere Alternative ist die Energiewende. Ich kenne die Auffassung, die Sigmar Gabriel zu CCS und zur Kohle hat. Ich teile sie an diesem Punkt nicht. Aber er weiß ganz genau: In Schleswig-Holstein gibt es das mit einer SPD-geführten Regierung nicht. Das unterscheidet uns übrigens von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Robert Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Vorwurf des Kollegen von Boetticher, wir seien die „Dagegen-Partei“, wir seien die Verhinderer, wir seien linksradikal und so weiter.

(Christopher Vogt [FDP]: Linksradikal? Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Er ist in seiner Hilflosigkeit so kläglich und erbärmlich, dass ich gar nicht darauf eingehen möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben wohl zu viel Parteitagslyrik inhaliert. Besser wäre es, wir würden uns auf die inhaltlichen Konflikte einlassen.

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Herr von Boetticher, in diesem Zusammenhang will ich Ihnen erklären, worin die Konflikte bestehen. Dazu hätte ich eine Antwort der Landesregierung und vielleicht auch von Ihnen erwartet. Man sehnt sich ja geradezu danach, dass der Herr Ministerpräsident zurückkommt, das Wort ergreift und wir uns nicht nur in Polemiken ergehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer macht denn hier Polemik?)

Erstens. **Energiepolitik** muss nämlich in **Konzepten** und nicht in Projekten denken. Das ist aber das, was wir gehört haben. Widersprüche sind nicht aufgelöst worden. Herr de Jager, das, was Sie zu Kohle und Atom gesagt haben, haben Sie ja auch nicht aufgelöst. Sie haben gesagt, beides sei richtig, unbegrenzt und ohne Konzept.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das hat er nicht gesagt! Man muss schon differenziert zuhören!)

Wir brauchten neue Kohlekraftwerke und müssten die Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Zweitens. Man kann es ja zugeben: Alle haben mehr oder weniger Probleme mit ihren Bundesparteien, was **CCS** angeht. Es ist doch kein Problem, das hier in diesem Haus zuzugeben. Das gilt für die CDU, in geringen Maßen gilt es auch für die Grünen; es gilt für alle Parteien hier im Hause. Aber der vorhandene Widerspruch, dass wir in Brunsbüttel Capture-Ready-Kraftwerke bauen müssen, ohne zu wissen, wohin mit dem CO₂, und das gegen die erklärte Mehrheit dieses Hauses, ist doch heute nicht zugegeben worden. Darüber müssen wir doch reden. Das ist doch ein Widerspruch zum Konzept der Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Dass **Gorleben** als **Endlager** vorgesehen wurde, ist bekanntermaßen ein politischer Kompromiss gegen alle fachlichen Erwägungen gewesen. Das war ein Kompromiss, der bekanntermaßen - aktenkundig dokumentiert - vor 30, 40 Jahren allein aus politischen Erwägungen heraus getroffen wurde, nicht aus fachlichen Erwägungen. Hier zu sagen, die Grünen verweigerten sich der Endlagerfrage - mit Landesregierungen im Süden, die längere Laufzeiten fordern, ohne sich einer ergebnisoffenen Suche zu stellen -, das ist wirklich ein Hohn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Mein letzter Punkt: Ich hatte mich schon gemeldet, meine Meldung dann aber wieder zurückgezogen, weil es im Grunde unter der Würde des Hauses ist. Aber an einem Tag wie heute, wo jede Zeitung schreibt, dass die Sicherheitslage gefährdet ist, wo der Innenminister zur Innenministerkonferenz fahren kann, nicht zuzugeben, dass sich die **Gefährdungslage** in den letzten 20 Jahren erhöht hat, und das einfach entgegen der Gutachten des Justizministeriums zu ignorieren, ist unter der Würde dieser Debatte. Deshalb bin ich ziemlich enttäuscht darüber, wie sie hier geführt wurde.

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Geschätzter Kollege Habeck, hätten Sie die Freundlichkeit uns zu erklären, warum vor dem Hintergrund, dass nun auch durch die vergangenen Jahrzehnte bereits Reststoffe angefallen sind, die endgelagert werden müssen, Rot-Grün unter dem Vorzeichen der damaligen Regelung keine Alternativen zu Gorleben gesucht hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Neun Jahre lang!)

- Die Suche bezieht sich auf alle Standorte in Deutschland, und das ist verhindert worden.

(Peter Lehnert [CDU]: Sie hatten doch die Mehrheit! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Das können wir jederzeit machen. Aber genau das soll ja nicht passieren. Der Weg des Umweltministers ist doch jetzt, Gorleben festzuschreiben und damit in die Rechenschaft zu überführen, was an fachlichen Mängel begangen wurde, um dann erst organisatorisch die Brücke zu schlagen: Dann suchen wir noch einmal neu.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben gar nichts gemacht!)

Das ist ein falscher Weg. Wir müssen eine ergebnisoffene Suche führen. Das war immer die Position der Grünen.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich vielleicht meine Frage undeutlich formuliert haben sollte. Ich wollte gern wissen, warum nach der Entscheidung, Gorleben nicht weiter zu erkunden, keine Suche nach Alternativen gestartet worden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von Rot-Grün!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Der Herr Abgeordnete hat bereits geantwortet.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Ich kann es nur noch einmal wiederholen. Es ging darum, eine ergebnisoffene Suche durchzuführen, das ist gegen den Widerstand der süddeutschen Länder und der CDU nicht möglich gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer begeistert, wenn diejenigen, die hier mit der Polemik anfangen, dann darauf rekurrieren, man sollte auf Polemik verzichten, Herr Kollege Habeck. Sie wissen, ich liebe das auch. Ich liebe auch das Wort. Sie haben mich ja aufgefordert, noch einmal konkret zu belegen, wo die Grünen den Ausbau der regenerativen Energien oder deren Speicherung verhindern.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein!)

- Ich komme gleich noch dazu. Vorab möchte ich aber sagen, ich finde es sehr begeisternd, dass der Kollege Gabriel, der offensichtlich nach Auffassung des Herrn Stegner auch ein Politiker von gestern ist, beim Unternehmertag erklärt, die **Kohleverstromung** müsse sein. Ich bin begeistert, dass Frau Kraft - Kraft, nein Danke, könnte man ja auch sagen - in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Grünen die weitere Kohleförderung beschließt, möglichst bis über 2018 hinaus, für die Kohleverstromung wirbt und hier eine Philippika gegen Christdemokraten und Liberale gehalten wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir reden hier über Schleswig-Holstein!)

- Ja, wir reden auch über Schleswig-Holstein. Sagen Sie doch einmal, Herr Kollege Stegner, wo denn die Kohle hin soll, die Sie da fördern wollen. Ich bin ganz begeistert von Nordrhein-Westfalen. Wo soll sie denn hin? Soll sie ins Meer geschüttet werden, oder was soll mit der Kohle passieren? Sie müssen doch eine Antwort darauf geben, wenn Ihre Partei verantwortlich dazu beiträgt, dass so etwas

(Wolfgang Kubicki)

gefördert wird, wo man damit hin will. Ansonsten machen Sie sich insgesamt unglaublich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nun komme ich zu meinen „Lieblings-Grünen“, die sich ja schon für die Mehrheit dieses Hauses halten. Das ist durch Wahlergebnisse bisher noch nicht unterlegt, möglicherweise durch Meinungsumfragen. Aber wir schauen uns das bei den Wahlergebnissen an. Die Menschen werden entscheiden, ob sie Ihren Vorstellungen folgen wollen, oder ob sie in diesem Land weiter glücklich leben wollen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

„Der grüne Widerstand beißt sich in den eigenen Schwanz“, titelt die „Welt am Sonntag“ am 10. Oktober 2010. Ich würde empfehlen, das einmal nachzulesen. Ich nehme nur einmal einige Passagen daraus.

„Im Juli erst hat die Grünen-Fraktion im Regionalverband Hochrhein-Bodensee beantragt, dem geplanten Pumpspeicherwerk ..., das im südlichen Schwarzwald mit 1.400 MW Leistung das größte seiner Art in Deutschland werden soll, die Zustimmung zu versagen.“

Sie taten das mit dem Hinweis darauf, in Schweden könne man ja auch Pumpspeicherwerke errichten.

„Gegen Überlandleitungen sind Grüne andernorts. So fordern sie in Brandenburg den Stopp für eine oberirdische 380-kV-Stromtrasse, die das UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin beschädigen würde. In Thüringen wiederum mobilisieren Grüne seit Jahren gegen eine Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald.“

Können Sie mir sagen, wie der Strom abgeleitet werden soll, wenn nicht über Leitungen? - Und ich könnte hier noch weitermachen.

Der Kollege Matthiessen erklärt im Wirtschaftsausschuss, er sei dagegen, dass für die **Offshore-Windanlagen** die Vergütung nach dem EEG bezahlt wird, weil das Großkonzernen zugutekomme.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er nicht gesagt!)

- Das hat er gesagt.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber Hallo!)

Man kann darüber natürlich nachdenken. Aber kann man sicher sagen, dass sich das Ding rentiert, wenn

die entsprechende Einspeisungsvergütung nicht gezahlt wird? Das wird dann natürlich nicht gebaut.

Man kann natürlich auch mit vielen Argumenten gegen etwas sein und etwas verhindern wollen, was man andernorts für herausragend erklärt.

Der Kollege Tietze ist gegen Windparks auf Sylt. Warum?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Vor Sylt!)

- Vor oder auch auf Sylt. - Warum? Argument: Es würde die touristische Infrastruktur der schönsten Ferieninsel Schleswig-Holsteins zerstören. - Das mag ja sein. Aber sich hinzustellen und zu sagen: Überall woanders ja, nur bei uns nicht, bei allen Infrastrukturmaßnahmen, die wir haben, das geht so nicht. Das lassen Ihnen die Menschen im Zweifel auch nicht durchgehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck? - Nein.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie einmal eine Zwischenfrage zu, das wäre hilfreich! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Meine Antworten helfen Ihnen auch nicht weiter!)

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich fürchte, wenn ich mir die Umfragewerte für die Grünen angucke, dann können sie machen, was sie wollen, sie werden trotzdem gute Wahlergebnisse haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist nicht unbedingt so!)

Das ist auch so, selbst wenn sie wo auch immer in der Politik rumeiern. Die Umfragewerte der Grünen sprechen zurzeit dafür. Früher war das bei Ihnen so, aber da haben die Wählerinnen und Wähler inzwischen gelernt.

Ich möchte an der Stelle als Vertreter einer Fraktion sprechen, die mit dem **Atomkonsens** von Rot-Grün nichts zu tun hat. Wir haben das immer bekämpft, weil wir - wahrscheinlich ähnlich wie die Energiekonzerne - der Ansicht waren, dass Regierungen in

(Ulrich Schippels)

unserer Demokratie kommen und gehen und sich die Mehrheitsverhältnisse auch einmal ändern, dass wir dann vielleicht auch mal wieder eine andere Koalition in Berlin bekommen und dann eventuell dieser Atomkonsens nicht mehr das Papier wert ist, auf dem er geschrieben worden ist. Tatsächlich kam es so. Wie sollte das auch anders sein. Deshalb waren wir damals auch schon dafür, dass der Atomausstieg wirklich eingeleitet wird, was Sie leider versäumt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hatte übrigens die Konsequenz, dass Jürgen Trittin bei den Castor-Transporten die Ruhe als erste Bürgerpflicht ausgerufen hat. Es ist kein Wunder, dass - wenn die Grünen jetzt wieder bei Castor-Transporten aktiv sind - es zumindest bei den Aktivistinnen und Aktivisten durchaus die eine oder den anderen gibt, welche ein wenig unruhig werden. Gleichwohl sind wir froh, Sie jetzt auch wieder auf unserer Seite zu wissen.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei CDU und FDP)

Wir hoffen auch, dass die CDU und die FDP ihre Position ändern werden.

Ich möchte noch einmal auf Herrn von Boetticher eingehen, der einen Aspekt dieses Konsens von damals angesprochen hat. Er hat gesagt, dass nicht in die **Sicherheit der Atomkraftwerke** investiert worden sei. Nun frage ich mich: Warum sind Brunsbüttel und Krümmel beinahe auseinandergeflogen? Ich hoffe, das hat nichts mit Ihrem Konsens zu tun. Herr von Boetticher, wenn Sie tatsächlich sagen, dass während der rot-grünen Regierungszeit acht Jahre lang nicht in die Sicherheit der Atomkraftwerke investiert worden ist, dann frage ich mich, warum die Dinger jetzt nicht einfach abgeschaltet werden, denn die logische Konsequenz daraus ist doch, dass sie heute nicht mehr so sicher sind. Dann sollten Sie wirklich jetzt auch die Dinger abschalten, und zwar, wenn es nach uns geht, für immer.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister de Jager, Sie haben gesagt, wir könnten nur entweder aus der Atomenergie oder aus der Kohlekraft aussteigen, alles andere wäre zu teuer, wir wollten Energiepreise haben, die bezahlbar seien. Ich sage Ihnen, die Folgewirkung der Fortführung des atomfossilen Zeitalters wird für uns viel teurer werden. Sie fangen ja auch schon mit der Küstenschutzabgabe an. Ich befürchte, das hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass die Wasserpe-

gel aufgrund der fossilen Energieverbrennung ansteigen. Ich fürchte eben, es wird viel teurer werden. Ein **Atomausstieg** und ein **Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter** kostet uns weniger als die Fortführung dieser verfehlten Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Kollege Kubicki zu Recht gesagt hat, dass es eigentlich nicht zu verstehen ist, dass es tatsächlich in anderen Bundesländern grüne oder rote Vertreter gibt, die sich anders verhalten, beispielsweise Hannelore Kraft, was die Verlängerung der Nutzung der Kohle angeht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit - Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

- Moment, nun hören Sie einmal zu: Aus der regionalpolitischen Sicht Nordrhein-Westfalens kann ich natürlich verstehen, dass sie sagen, sie wollen lieber selbst das Geld verdienen, als es anderen zu überlassen. Das wird wahrscheinlich auch der Hintergrund sein. Die Konzernstandorte sind da, die machen Lobbyarbeit dafür. Sie haben Hochschulen, die diese Bereiche erforschen, da gibt es Lobbyarbeit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nun hören Sie mir doch erst einmal zu, Herr Kollege Kubicki. Hören Sie doch erst einmal zu. Das heißt also, alles Wirtschaftliche spricht aus deren Sicht wahrscheinlich dafür, deswegen springen sie über ihren Schatten und gehen nicht ihrer Ideologie nach.

Nun wäre es aber wichtig, darüber nachzudenken, was die **wirtschaftlichen Interessen Schleswig-Holsteins** sind. Dann sehen wir, dass wir den Technologievorsprung in genau den Erneuerbaren-Bereichen haben, insbesondere in der Windenergie. Wir haben dezentrale Wirtschaftsförderung dadurch geleistet, dass wir die **Windenergie** ausgebaut haben. Wir haben Standorte in Husum, in Brunsbüttel, in Osterrönfeld, in Norderstedt, in Lübeck. Überall gibt es Arbeitsplätze, die daraus generiert wurden.

(Lars Harms)

Es ist also für uns ein ureigenes Interesse, genau diesen Vorsprung zu erhalten und auszubauen, genau da das Geld zu verdienen,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Tun wir doch!)

genau da die Arbeitsplätze zu generieren.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Hochschulen in Lübeck, Kiel und insbesondere in Flensburg, die absolut führend in den **Techniken der erneuerbaren Energien** sind. Das müssen wir ausbauen. Das ist eine Landesaufgabe, hier weiter dafür zu sorgen, dass auch dort die Infrastruktur so geschaffen wird, dass wir in der Lage sind, die Weltmarktführerschaft, die wir teilweise innehaben, weiter auszubauen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was uns nicht passieren darf, ist, dass wir hier politisch Energieformen unterstützen, die genau das konterkarieren, die uns Arbeitsplätze kosten.

(Beifall bei SSW, SPD und der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau das wird getan, wenn man auf Atomkraft und Kohlekraft setzt. Das ist der große Haken an der Sache.

Es geht letztendlich darum: Wir müssen Windenergie stützen, wir müssen möglicherweise auch Solarenergie - zumindest für den privaten Gebrauch - stützen. Wir müssen Biomasse nutzen, wir müssen aber auch Wärme- und Energieeinsparungstechniken ausbauen. Das ist eine Zukunftsaufgabe.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

75 % unserer Energie wenden wir dafür auf zu heizen. Darum geht es. Da kann man etwas sparen. Da gibt es Techniken. Da muss man ran, um wirklich etwas sparen zu können. Wer spart - das muss ich Ihnen nicht erzählen -, der braucht in andere Dinge nicht mehr zu investieren, die nur unnötig viel Geld kosten und unsere eigenen Energieformen nicht mehr marktfähig machen.

Lieber Kollege Kubicki, es geht auch darum, dass man mit wirtschaftlichem Sachverstand darauf guckt und fragt, was gut für die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist. Gut für die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist, dass wir das ausbauen, was wir haben und was wir gut können und das, was

dem entgegensteht, wenn es geht, verhindern. Entgegenstehen tun garantiert Kohle- und Atomkraft. Wir müssen uns weiter für erneuerbare Energien einsetzen. Da sind wir Spitze. Das können wir, und das sollten wir ausbauen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unter Rot-Grün und unter Bundesumweltminister Trittin ist ein **Moratorium** für das **Endlager Gorleben** beschlossen worden - eine Tatsache. Gleichzeitig ist ein sogenannter AK-End eingerichtet worden, das ist ein Arbeitskreis, der die Kriterien für das Auffinden von Endlagern in Deutschland formuliert hat - mit dem Ergebnis, dass wahrscheinlich das Wirtsgestein Granit mit mächtigen Tonschichten als Deckschichten ein Optimum darstellt. Das zeigen auch die Ergebnisse aus der Schweiz und in Schweden. Das wären aber Standorte in den südlichen Bundesländern. An dem politischen Widerstand dort scheitert zurzeit schon allein die Untersuchung dieser Frage.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mann, Sie sind nicht dran! - Heiterkeit)

Zweifelsfrei ist, dass die **Untersuchung** nur auf **Gorleben** zu beschränken dem gesetzlichen Auftrag nach alternativen Darstellungen nicht Genüge tut. Wir müssen uns also in Deutschland - wie in allen anderen Ländern auch - an mehreren Standorten bemühen, den Atommüll, der nun einmal leider da ist, sicher lagern zu können - eine bedeutende Aufgabe. Ich habe hier schon einmal etwas süffisant angemerkt, dass die zwei Bewacher vor der Tür des Endlagers für die nächsten 52.000 Jahre in die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Atomstroms bisher noch nicht eingeflossen sind.

Dann wieder die alte Leier, die wie auch für Verkehrsprojekte gestern galt: Die Grünen seien gegen alles. Wir sind natürlich für das Blockheizkraftwerk in der Behindertenwerkstatt in Eckernförde. Wir sind für die Investitionen in die Druckluftanlage der Firma Punker, damit sie nicht mehr so viele Lecka-

(Detlef Matthiessen)

gen haben, was erheblichen Stromverlust bedeutet. Wir sind für den Ausbau der Windenergie. Ich war gerade in Stockelsdorf bei einer Einwohnerversammlung in, ich glaube, es hieß Eckhorst und habe dafür geworben, dass dort Investitionen in Millionenhöhe kommen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: In der beantragten Höhe?)

- Natürlich in der beantragten Höhe.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Da bin ich mal gespannt!)

Da soll bis 150 m hoch gebaut werden. Das finde ich auch sehr vernünftig. Wir sind für das Erdkabelprojekt in Nordfriesland. Da haben wir Debatten geführt. Sie haben dieses ausgebremst. Wir hätten es damals baurechtlich in Schleswig-Holstein ziemlich leicht durchgesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist im Gegenteil in der danach bis heute verstrichenen Zeit der Stromlobby gelungen, in Berlin dafür zu sorgen, dass die Gesetze so scharf gefasst werden, dass wir keine landespolitischen Steuerungsmaßnahmen für die Ausführung als **Erdkabel** auf der 110 kV-Ebene haben.

Wir sind für die Realisierung von 30-MW-Stromleistung im Bereich Kiel - gutachterlich detektiert - außerhalb des Fernwärme- und Fernwärmevorranggebietes. Wir sind für Netzverstärkung in Schleswig-Holstein. Wir sind auch für eine 380-kV-Leitung, wenn es nicht gelingt, dieses durch - das ist der zweite Weg - eine Neubeseilung mit neuen Leitertypen - auch eine Investition, Herr Kubicki - zu vermeiden. Wir sind für die Kreuzottern am Nordostseekanal. Wer wäre das nicht? Das haben wir gestern wunderbar herausgearbeitet. Aber wir sind selbstverständlich für die Verbreiterung und die Erüchtigung des Nord-Ostsee-Kanals, und so weiter.

Es ist Schmall, zu sagen, wir seien grundsätzlich gegen alles. Der Minister de Jager stellt sich hier hin und sagt, wie klug der SPD-Vorsitzende ist, der erkannt hat, dass wir aus Kohle und Atom nicht gleichzeitig aussteigen können. Bitte beantworten Sie doch die Frage - wenn wir uns auf diese Ebene einlassen wollen -, aus welchen Energieformen Sie aussteigen wollen. Das Problem der CDU ist nämlich: Sie sind für alles.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen alle Verkehrsprojekte, Sie wollen alle Erzeugungseinheiten. Sie können aber nicht alle Verkehrsprojekte finanzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Matthiessen, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum letzten Satz. Wir machen dort eine Priorisierung. Sie sind für alle Erzeugungsarten, wissen aber, dass dort zwei Systeme, die nicht zueinander passen, aufeinander losgelassen werden. Lassen Sie doch diese etwas kritikwürdigen Vorwürfe, um nicht einen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansträge, Drucksachen 17/900, 17/929 und 17/969 durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Ich komme zunächst zur Ausschussüberweisung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1020, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Zur weiteren Ausschussüberweisung: Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/961, sowie den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1031, als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen von CDU und FDP abgewiesen.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Es ist beantragt worden, über die Anträge zum Kohlekraftwerk in Brunsbüttel, Drucksachen 17/961 und 17/1031, in der Sache abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1031, zu einem selbstständigen Antrag zu erklä-

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

ren und alternativ abzustimmen. - Höre ich Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1031, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/961, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Was mache ich jetzt? Die Grünen haben zweimal abgestimmt.

(Zurufe)

- Zur Geschäftsordnung!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich bitte Sie, die Abstimmung der Klarheit halber zu wiederholen.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich sehe Zustimmung seitens der Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP. Also wiederhole ich die Abstimmung und bitte um Aufmerksamkeit. - Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1031, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/961, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/1031 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen ist. Ich stelle weiter fest, dass der Antrag Drucksache 17/961 abgelehnt ist.

(Zurufe)

- Bei alternativer Abstimmung werden nur die Ja-Stimmen gezählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrer von der Domschule in Schleswig. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Des Weiteren wurde ich gebeten, eine Information für die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses durchzugeben: Die ursprünglich für heute um 13:15

Uhr vorgesehene Info-Veranstaltung der Deutschen Bahn AG wird auf die Dezember-Tagung verschoben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu Tagesordnungspunkt 38:

Landesstraßenbau

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/997

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile dann für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mobilität ist die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung. Mobilität braucht aber auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Insofern geht es darum, ein bedarfsgerechtes, zukunftsorientiertes **Verkehrsnetz** für Schleswig-Holstein sicherzustellen. Dieser Grundsatz - so abstrakt, so richtig - reibt sich an der Schwierigkeit einer Finanzierung in Zeiten einer Haushaltskrise, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfasst. Insofern geht es heute um die Frage, inwieweit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln tatsächlich ein **Ausbau des Landesstraßennetzes** erfolgt.

Es ist darum gebeten worden, über den **Landesverkehrswegeplan** zu berichten. Das sind Maßnahmen, die in der Tat in einer Landesfinanzierung stehen. Das ist von dem zu trennen, was wir im Bundesfernstraßenbau haben. Das brauche ich den Abgeordneten natürlich nicht zu sagen, ich stelle aber noch einmal fest, dass wir über das Netz an Landesstraßen in Schleswig-Holstein reden.

Aufgrund der Notwendigkeit, auch im Verkehrsbereich zu Einsparungen zu kommen, sind die **investiven Mittel** für den Landesstraßenbau von derzeit 42,6 Millionen € auf 33,3 Millionen € 2011 und auf 30,4 Millionen € 2012 den Haushaltsplänen nach reduziert worden. Das sind Summen, die im Wesentlichen ausreichen, den gegenwärtigen Bestand an Landesstraßen zu pflegen und aufrechtzuerhalten.

(Minister Jost de Jager)

ten, für die Deckenerneuerung und andere Erneuerungen, die sein müssen. Diese Ansätze lassen allerdings - das war bereits im Frühjahr klar, als die Haushaltsstrukturkommission und das Kabinett darüber beraten haben - einen Neubau von Landesstraßen nicht zu.

Insofern hat das Kabinett beschlossen, dass in einem **gesonderten Verkehrswegeplan** diejenigen Maßnahmen dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt werden sollen, die aus Sicht des zuständigen Ministeriums als **Neubaumaßnahmen** unabdingbar sind. Das ist das, was dieser Landesverkehrswegeplan tatsächlich leistet. Es geht als Messlatte für diese Maßnahmen darum, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Es geht darum, die **Verbindungsqualität** zu verbessern, also das Netz an veränderte Verkehrsbeziehungen anzupassen. Es geht darum, Emissionen zu vermindern. Es geht nicht zuletzt um Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Projekten anderer Baulastträger stehen, zum Beispiel die Anpassung einer Landesstraße, weil eine Bundesstraße umgebaut oder in ihrem Verlauf verändert wird.

Um einen optimalen Einsatz der begrenzten Finanzmittel des Landes zu gewährleisten, hat mein Haus in Zusammenarbeit mit dem **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** den Landesverkehrswegeplan aufgestellt. Die Maßnahmen, die dort vorgesehen sind, sind nach den Kriterien Verkehrssicherheit, Verbindungsqualität, Emissionsschutz und Verknüpfung mit Maßnahmen Dritter priorisiert worden; ich habe es eben dargestellt.

Anhand dieser **Kriterien** sind wir zu den folgenden Maßnahmen gekommen. Nach unserem Vorschlag sollen ab dem Jahr 2011 folgende Projekte begonnen werden: die Grundinstandsetzung der L 40 Sandschleuse-Meggerdorf im südlichen Teil des Kreises Schleswig-Flensburg, der Ausbau der L 105 Pinneberg-Wedel im zweiten Bauabschnitt, der Ausbau der L 110 Bevern-Ellerhoop bei Elmsborn, ebenfalls im zweiten Bauabschnitt.

Im Jahr 2012 könnten folgende Maßnahmen realisiert werden: Grundinstandsetzung der L 40 Meggerdorf-Schusterkate, die Verlegung der L 49 im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 404 zur A 21 zwischen Stolpe und Nettelsee sowie die Ortsumgehung Hammoor bei Bargtheide. Das ist die L 89.

Wir haben uns im Kabinett darauf verständigt, diese **Maßnahmen** mit jährlich 7 Millionen € zu hinterlegen. Das würde bedeuten, innerhalb von vier Jahren tatsächlich zur Umsetzung dieser Maßnah-

men zu kommen. Das Geld ist gut angelegt, denn wir erreichen dadurch auch eine **direkte Mittelförderung**. Die Erfahrung ist, dass mittelständische Unternehmen im Baubereich im Bundesstraßenbau so gut wie gar nicht mehr zum Zuge kommen. Demnächst ist ja die Betonstraße entlang der dänischen Grenze fertig als erstes **ÖPP-Projekt**. Auch dort haben wir die Erfahrung machen müssen, dass ein Konsortium außerhalb Schleswig-Holsteins den Zuschlag bekommen hat. Insofern ist der Landesstraßenbau tatsächlich dafür geeignet, das Geld bei heimischen Betrieben ankommen zu lassen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Insofern ist das für die Verbesserung der Verkehrswege in Schleswig-Holstein wie auch für die Bauunternehmen im Lande ein wichtiger Weg, mit diesem maßvollen Paket zwar nur wenige Kilometer, gleichwohl weitere Kilometer Landesstraßen neu zu ordnen.

Lassen Sie mich ein Wort zum Verfahren sagen! Wir haben eine Priorität 1 - das sind die beschriebenen Maßnahmen -, und wir haben eine Nichtpriorität 1 - das sind alle anderen Maßnahmen -, die aber nicht hierarchisiert ist. Das ist wichtig für diejenigen, die sich auf bestimmte Projekte Hoffnung machen. Es gibt kein unmittelbares Nachrücken der nachgenannten Projekte, sondern die Absicht ist, dass der **Landesverkehrswegeplan** mit jedem **Haushalt fortgeschrieben** wird, dass dann neue Maßnahmen nach den genannten Kriterien vorgeschlagen werden.

Ich glaube, das ist auch für die Antragsteller ein faires Verfahren. Sonst müssten wir jetzt alle Maßnahmen der Priorität 2 hierarchisieren. Das ist fachlich kaum möglich, es wäre politisch kaum möglich. Insofern sollten wir uns darauf verständigen, dass wir **alle zwei Jahre** einen neuen Landesverkehrswegeplan beraten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Herr Minister hat seine Redezeit um eine Minute überschritten. Diese Zeit steht somit den Fraktionen zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich beim Herrn Minister und auch beim Kabinett dafür, dass es trotz schwierigster Haushaltslage gelungen ist, jedes Jahr noch 7 Millionen € für den Landesstraßenbau bereitzustellen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, entspricht aber dem Wunsch des Parlaments, insbesondere dem Wunsch der mehrheitstragenden Fraktionen, die gesagt haben: Bei aller **Haushaltsdisziplin** dürfen wir an der **Infrastruktur** nicht sparen. Das ist das, was man auch am Anfang immer wieder gesagt hat. Das wird hier deutlich. Deshalb sage ich Ihnen allen ein herzliches Dankeschön. Das ist von uns aber auch so gewollt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen, das Eigentum verpflichtet. Das sind **Unterhaltungsmaßnahmen** an unserem Eigentum, und nur um diese Projekte handelt es sich hier. Anders als von der Opposition gefordert, sind es keine Schienenprojekte oder Wasserprojekte, sondern es sind **Landesstraßen**, die in einem Zustand sind, der über Jahre und Jahrzehnte nicht vernünftig bearbeitet wurde. Hier gibt es natürlich einen riesigen **Nachholbedarf**. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir hier weiter fortfahren.

Der Herr Minister hat es gesagt, es ist ein schönes **Mittelstandsförderungsprogramm**. Es fördert die mittelständischen Unternehmen, das darf man nicht vergessen. Gerade die mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein brauchen eine gute Infrastruktur, um ihre Marktnähe auszunutzen. Dies gilt insbesondere für das Hamburger Umland, aber auch im Norden durch die **Verbindung nach Dänemark**. Wer schnell am Markt ist, hat immer einen Wettbewerbsvorteil. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass auch dieses Projekt dazu beiträgt, unsere Straßen besser auszubauen und dass es somit unseren mittelständischen Unternehmen und auch den **Pendlern**, den Arbeitnehmern, die jeden Tag zur Arbeit fahren, bessere Bedingungen gibt.

Um noch einmal auf die Debatte von gestern zurückzukommen: Wir werden nicht darin nachlassen, den Bund immer wieder aufzufordern, weitere Maßnahmen für die Infrastruktur in Schleswig-Holstein bereitzustellen. Wir alle wissen: Dort, wo es eine **nachhaltige Verkehrspolitik** gibt, dort werden auch Betriebe angesiedelt. Das wichtigste wirtschaftspolitische Projekte, das wir haben, ist die Verkehrspolitik. Das ist die beste Förderung, die

man machen kann. Man fördert damit keine Einzelbetriebe, sondern man fördert damit eine **Region**.

(Beifall bei CDU und FDP)

- Danke schön. - Wir haben es im Interesse Schleswig-Holsteins selbst gemerkt. Es gab lange Zeit eine Regierung unter Rot-Grün, bei der die Sektorkorrekturen knallten, wenn ein Verkehrsprojekt gescheitert war.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- Da hattest du noch nicht so viel Einfluss, Kollege Bernd Schröder. Gerade im Vergleich zu den süddeutschen Ländern Baden-Württemberg und Bayern wissen wir, was es bedeutet, wenn man eine gute Infrastruktur hat. Dies ist zwar nur ein kleiner Schritt, aber es ist ein wichtiges Signal in die richtige Richtung: Ein stärkerer Ausbau von Verkehrsprojekten, eine noch bessere Infrastruktur. Hier werden wir nicht stillhalten, hier werden wir weiter fordern.

Zum Schluss will ich noch sagen: Herr Minister, auch das ist neu hier im Parlament, dass wir daran beteiligt werden, welche Prioritäten die Regierung stellt. Auch dafür sind wir sehr dankbar. Dass uns hier im Plenum ein weiteres Mitspracherecht gegeben wird, zeigt eine neue Diskussionskultur im Kabinett. Auch dafür sage ich herzlichen Dank im Namen der CDU-Fraktion. Machen wir weiter so. Ich gucke den Finanzminister an und frage: Vielleicht kriegen wir im nächsten Jahr ja noch eine Million € mehr? - Vielleicht ist im Süden Schleswig-Holsteins ja noch irgendetwas zu finanzieren? - Unsere Zustimmung haben Sie in jedem Fall.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Siegrid Tenor-Alschausky das Wort.

(Zurufe)

- Ach so, das ist hier anders angekommen. Frau Sellier, bitte.

Marion Sellier [SPD]:

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Der CDU und der FDP sage ich erst einmal vielen Dank für das Einbringen dieses Tagesordnungspunktes, der offensichtlich ein bestellter Tagesordnungspunkt ist, aber auch das kann sehr spannend sein. Aus sozialdemokratischer Sicht sind der Erhalt und

(Marion Sellier)

der **Ausbau** einer funktionierenden **Infrastruktur** von großer Bedeutung. Das trifft auf alle Politikfelder zu, besonders auf Bildung und soziale Sicherheit. Es trifft auf den Bereich Technologie zu, und es betrifft auch den Verkehr. Eine zukunftsfähige **Verkehrsinfrastruktur** ist Voraussetzung dafür, um unsere Chancen im europäischen Wirtschaftsraum zu nutzen, und sie ist Voraussetzung dafür, dass wir auch bei sinkenden Einwohnerzahlen in unserem Flächenland die soziale und wirtschaftliche Anbindung im Interesse des gesamten Landes sicherstellen können.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Wir wollen mehr **Verkehr von der Straße auf die Schiene** bekommen und setzen daher auf den Ausbau und die Ertüchtigung der **Bahnstrecken**. Wie wir gestern in der Diskussion zum Ausdruck gebracht haben, ist auch dies ein aktuelles Thema: Wir setzen uns ein für den zügigen Ausbau des **Nord-Ostsee-Kanals**. Wir haben klare **Prioritäten** für den Straßenbau. Dazu gehört die A 20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt. Wir setzen uns für **Ortsumgehungen** ein, um unsere Städte lebenswert und wirtschaftlich attraktiv zu erhalten. Wir wollen intelligente verkehrliche Lösungen, die dem **Tourismus** in Schleswig-Holstein und unseren anderen Wirtschaftszweigen die Infrastruktur bieten, die sie brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

- Ja.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da haben wir einen ganz neuen Sprecher!)

- Vorsichtig, abwarten! Meine Damen und Herren, unsere Vorstellungen von einer verantwortungsvollen **Verkehrswegeplanung** für Schleswig-Holstein umfassen auch eine klare Positionierung dazu, wie sie umgesetzt werden soll. Für den **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** wurde bereits vor Jahren ein **Konzept** entwickelt, das aus zwei Teilen besteht: einem maßvollen Personalabbau und einer Konkretisierung der Aufgaben, die vom Landesbetrieb wahrzunehmen sind. Umgesetzt wurde lediglich der Teil des Personalabbaus.

Wer eine vernünftige **Bewirtschaftung** unseres **Straßennetzes** will, der muss auch sicherstellen, dass diese erledigt werden kann. Wer **Personal** abbaut, der muss auch bereit sein zu sagen, welche Aufgaben künftig nicht mehr erledigt werden sollen. Gerade wenn es bei der **Wartung und In-**

standhaltung um Fragen der Verkehrssicherheit und der Verbindungsqualität geht, die im Landesverkehrswegeplan hohe Priorität genießen, müssen Politik und Verwaltung Farbe bekennen: Welche Leistungen sollen erbracht werden, welche Leistungen können nicht mehr erbracht werden? - Ich sage durchaus selbstkritisch in die Richtung von uns allen Abgeordneten: Wir müssen die Kritik vor Ort aushalten können.

Entscheidungen müssen - wie bisher und wie immer in Zeiten knapper Mittel beim Straßenneubau und Straßenausbau gefällt werden. Aber das sollte strukturell vereinbart werden und nicht Maßnahme für Maßnahme. Das Ministerium hat die Aufgabe, im Interesse des Landes Maßnahmen zu priorisieren, und zwar nach Abstimmung mit der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Eine **Auswahl einzelner Maßnahmen** durch das gesamte Parlament sehen wir jedoch kritisch, weil diese regionalpolitische Interessen vor die Landesinteressen stellt. Eine komplexe Entscheidung wird nur so gut sein wie die Vorlagen, die dafür erstellt wurden. Keineswegs darf sich die Landesregierung auf Kosten des Parlaments aus ihrer Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

- Ich fange dann mal an.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Können Sie mal dafür sorgen, dass es ruhig ist, wenn er redet?)

- Das ist immer das Gleiche, na ja, egal. Investitionen in Verkehrswege sind Investitionen in Wachstum, Zukunft und Lebensqualität.

(Beifall bei der FDP)

Ich danke Minister de Jager für seinen Bericht und vor allem für die Erstellung des Landesentwicklungsplans. Mit dem Landesentwicklungsplan, dem Landesverkehrswegeplan - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der ist auch gut!)

(Oliver Kumbartzky)

- Ja, der ist natürlich auch gut. Ich danke aber vor allem für den Landesverkehrswegeplan. Der **Landesverkehrswegeplan** ist ein transparentes Instrument, um weiter in die für unser Land wichtige Infrastruktur zu investieren. Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft, denn **Mobilität** ist Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung. Eine Gesellschaft, die ihre Infrastruktur vernachlässigt, behindert mit dieser Maßnahme auch das zukünftige Wirtschaftspotenzial.

Zur Haushaltskonsolidierung ist Wirtschaftswachstum zwingend notwendig. Daher muss Schleswig-Holstein trotz der Herkulesaufgabe der **Haushaltsanierung** und der damit verbundenen Einhaltung der **Schuldenbremse** unbedingt in Infrastrukturmaßnahmen investieren und Infrastrukturmaßnahmen angehen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Das stimmt nicht!)

- Herr Schippels, es geht nicht nur um Neubauten. Es geht auch darum, das **vorhandene Straßennetz** zu erhalten und zu unterhalten, um in Zukunft einen verkehrssicheren Straßenverkehr zu gewährleisten. Ich möchte aber an dieser Stelle auch erwähnen: Auch die **anderen Verkehrsträger** wie Schiene, Wasserwege und Luftraum müssen aufeinander abgestimmt und ausgebaut werden. Sie müssen bedarfsorientiert miteinander vernetzt werden.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

- Auch Wattwanderwege.

Außerdem gilt es, sich für die weiteren, für unser Land immens wichtigen Infrastrukturmaßnahmen einzusetzen. Ich nenne beispielsweise den Weiterbau der **A 20** inklusive fester Elbquerung, den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung mit der notwendigen Hinterlandanbindung sowie den Ausbau der **A 7**, der **B 5** und der **A 23**.

Die **Verkehrsinfrastruktur** und deren Qualität sind mitentscheidend im **Standortwettbewerb**. Leistungsfähige Verkehrssysteme, die eine schnelle, flexible, zuverlässige und kostengünstige Mobilität von Personen und Gütern ermöglichen, sind zwingend notwendig. Mehr denn je muss daher die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Mobilität verkehrspolitisches Ziel mit höchster Priorität sein. Verkehr, insbesondere Güterverkehr, ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

Der Landesverkehrswegeplan ermöglicht, dass in Zukunft anhand einheitlicher und objektiv nachvollziehbarer **Kriterien** eine Auswahl der dringlichsten Projekte im Landesstraßenbau erfolgen

kann. Die Kriterien sind Verkehrssicherheit, Verbindungsqualität, Immissionsschutz, Verknüpfungen mit Maßnahmen Dritter und der Erhaltungszustand der jeweiligen Landesstraße.

Aufgrund der Haushaltslage des Landes können selbstverständlich nicht alle Maßnahmen zeitgleich und zeitnah realisiert werden. Daher ist es richtig und sinnvoll, den Landesverkehrswegeplan regelmäßig zu überprüfen und an aktuelle Rahmenbedingungen anzupassen. Mit dem Landesverkehrswegeplan kann schnell reagiert werden, und es kommt zu einer **Planungssicherheit**.

Herr de Jager erwähnte auch den Mittelstand. Der **Mittelstand** wird davon eindeutig profitieren, weil die Straßen geplant und gebaut werden müssen.

Gerade die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist auf ein hervorragendes Verkehrsnetz angewiesen. Schleswig-Holstein ist ein Logistik- und auch ein Tourismusstandort. Dabei sind gute **Verkehrsverbindungen** unerlässlich. Schleswig-Holstein muss die Chance neuer und leistungsfähiger Infrastrukturen zur **Wertschöpfung** nutzen und an den **Achsen** und **Schnittstellen** der einzelnen Verkehrsträger Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Güterverkehrszentren und Unternehmen schaffen.

Es darf auf keinen Fall geschehen, dass Verkehrsprojekte durch ideologisches Denken verhindert oder verzögert werden. In diesem Sinne freue ich mich auf den Beitrag von Herrn Tietze.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind schon froh, dass wir keinen „Landeswackenplan“, sondern einen Landesverkehrswegeplan vorgelegt bekommen haben. Man kennt aber nicht den Einfluss von Herr Arp auf den Minister.

Das Thema Landesverkehrswegeplan ist nach unserer Ansicht aber etwas zu kurz gesprungen; denn es ist in der Tat nur ein **Landesstraßenplan**. Das ist für uns ein Etikettenschwindel. Das ist wie bei den Druckerpatronen: Es ist wenig Tinte drin und kostet viel Geld.

(Dr. Andreas Tietze)

Wer sich den **Bundesverkehrswegeplan** anschaut, dem fällt sofort auf, dass es neben dem Straßenverkehr auch noch Schienen- und Wasserstraßenverkehr gibt. Natürlich geht es dabei um **Bundesmitten**. Wer sich aber heute ernsthaft mit einem **Landesverkehrswegeplan** beschäftigt und ihn dem Landtag vorlegt, der muss das **Zusammenspiel** der verschiedenen Verkehrsträger und Verkehrsarten beachten. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was in Ihrem Landesverkehrswegeplan völlig fehlt, sind **Verkehrsprognosen** vor dem Hintergrund des **demografischen Wandels**. Es wird einfach weitergemacht wie bisher.

Die Ausgangslage bei den Landestraßen, die einen erheblichen Anteil des Landeskapitalstocks darstellen, ist bescheiden. Betrachten wir die Gründe dafür. Die **Verkehrsmengen** sind gestiegen. Der strenge Winter hat erhebliche Schäden an unseren Straßen verursacht. Auch die erhöhte Lkw-Gesamtdichte hat den Straßen bitter zugesetzt.

Es gibt aber Kollegen hier im Hause, die die Gesamtdichte von Lkw sogar noch erhöhen wollen und für die Zulassung von **Gigalintern** kämpfen. Aus haushaltspolitischen Gründen ist Giga in diesem Fall gaga.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Untersuchungen der Landesstraßen haben gezeigt, dass 80 % der **Landesstraßen** einen nicht den heutigen **Anforderungen** genügenden Aufbau besitzen. Nach unserer Auffassung muss im Bereich der Landesstraßen der Schwerpunkt auf die Sanierung der vorhandenen Straßen gelegt werden. Dabei geht es auch um Werterhaltung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, unsere Werte, die wir geschaffen haben, zu schützen. Wir wissen genau, wie wir Werte erhalten können. Auch dabei haben wir eine Verantwortung und Verpflichtung. Wir kommen dieser Verantwortung nach.

Die Regierung hatte noch in ihrem Haushaltsentwurf für die Jahre 2011 und 2012 deutlich gemacht, dass beim **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** erheblich gespart werden soll. Die gekürzten Mittel sollten ausschließlich der Unterhaltung des vorhandenen Straßennetzes dienen.

Nun haben Sie sich trotz Schuldenbremse für einen **Neu- und Ausbau** von Landesstraßen entschieden.

Hierfür haben Sie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 7 Millionen € eingeplant. Für die Projekte der ersten Priorität sind nach heutigem Preisstand insgesamt 32,3 Millionen € an Landesmitteln notwendig.

In dem Zeitraum von 2011 bis 2014 sollen insgesamt 28 Millionen € für diese Projekte zur Verfügung stehen. Das ist keine seriöse Planung, sondern ein nicht durchdachter Schnellschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Minister Jost de Jager schon für den Doppelhaushalt 2013/2014 mitdenkt, ist in meinen Augen etwas tollkühn. Was macht Sie eigentlich so sicher, dass Sie im Jahr 2012 Mitglied der Landesregierung sein werden?

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Der Wirtschaftsminister beziehungsweise das Wirtschaftsministerium hat kein Gesamtkonzept zum Verkehr und zur Verkehrsvermeidung in Schleswig-Holstein vorgelegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die relativ mutigen **Einschnitte im Haushalt** des **Landesbetriebs** Straßenbau und Verkehr sammeln Sie wieder ein. Wenn ich mit einem solchen Vorschlag an meine Fraktion herantreten würde, dann würde mich meine finanzpolitische Sprecherin einen Kopf kürzer machen. Wie wollen Sie diese 7 Millionen € kompensieren? Dazu haben Sie in Ihrer Rede nichts gesagt. Mich interessiert das aber natürlich.

(Zurufe)

Das ist Ihre Art der Haushaltspolitik. Sie nehmen **Konsolidierungsbemühungen** zurück. Sie sind so sehr in Beton verliebt, dass Sie nicht ernsthaft beim Straßenbau sparen wollen. Das haben wir vermutet, und das haben Sie uns mit Ihrem Antrag wieder deutlich gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne das eine Rolle rückwärts. Ein ausgewogenes Sparprogramm sieht anders aus.

Ich habe mich eindeutig zur Verantwortung der Landesstraßen bekannt, Herr Kollege Arp. Ich weiß, dass Sie immer sehr „wackenzentriert“ denken. Das ist Ihr Problem. Wenn Sie sich ernsthaft in diesem Hause für den Erhalt der schleswig-holsteinischen Landesstraßen engagieren würden, dann würden Sie nicht auf einen Neu- und Ausbau setzen, sondern dann würden Sie auf eine Werterhal-

(Dr. Andreas Tietze)

tung und auf eine Sanierung setzen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Björn Thoroer das Wort.

Björn Thoroer [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die regierungstragenden Fraktionen haben einen Bericht zum Landesstraßenbau eingefordert, und der Minister hat hier genau das präsentiert, was er vor einer Woche als Landesverkehrswegeplan präsentiert hat. Für den Minister sowie für CDU und FDP sind Landesverkehrswegeplan und Straßenbau offensichtlich das gleiche.

Wir fordern, die für den **Straßenbau** zur Verfügung stehenden **finanziellen Mittel** vollständig in die **Instandhaltung** bereits bestehender Straßen zu investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Allein schon in diesem Tätigkeitsbereich ist in Schleswig-Holstein mehr als genug zu tun. Der **Zustand** von 17,5 % **der Landesstraßen** in Schleswig-Holstein ist so miserabel, dass Verkehrsbeschränkungen oder bauliche Maßnahmen umgehend einzuleiten sind. Auch das steht im Landesverkehrswegeplan.

Für DIE LINKE ist Verkehrspolitik zudem mehr als motorisierter Individualverkehr auf der Straße in Pkws, an dem die Landesregierung sowie CDU und FDP fetischhaft festhalten. Schleswig-Holstein braucht eine sozial-ökologische Verkehrswende. DIE LINKE versteht darunter ein **Gesamtkonzept** für **alle Verkehrsträger** in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Gesamtkonzept muss folgende Eckpunkte beinhalten. Erstens ist ein für alle erschwinglicher und gut ausgebauter **öffentlicher Personennahverkehr** erforderlich. Nur so können ältere Menschen mobil bleiben und jüngere Menschen schon frühzeitig mobil sein. Auch ein bewusstes Leben ohne eigenes Auto wäre so viel mehr Menschen möglich. **Mobilität** für alle - ob jung, alt, arm oder reich -, lässt sich nur mit einem für alle erschwinglichen und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Durch die Förderung **regionaler Wirtschaftskreisläufe** und den Ausbau ökologisch und ökonomisch sinnvoller Infrastrukturprojekte wie dem **Nord-Ostsee-Kanal** ließe sich viel Verkehr vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Gute Verkehrspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie Verkehr vermeidet, statt Verkehr nur zu kanalisieren oder gar neuen Verkehr zu generieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens ist uns die Förderung des **Schieneverkehrs** und der **Wasserstraßen** sehr wichtig. Um ein modernes Verkehrskonzept zu erreichen, muss die Landesregierung endlich ihre Fokussierung auf die Straße überwinden. Ressourcenschonender Verkehr ist weit besser auf dem Wasser und auf der Schiene möglich. Schleswig-Holstein braucht die **Stadtbahnen** in **Kiel und Lübeck** sowie rund **um Hamburg** ein deutlich besser ausgebautes **S-Bahn-Netz**.

(Beifall bei der LINKEN)

So würden täglich Tausende Pendlerinnen und Pendler von sinnvoller Verkehrspolitik profitieren, und gleichzeitig würde das Klima geschützt.

Die Landesregierung und die Regierungsparteien wollen all dies offensichtlich nicht. Sonst würde der Landesverkehrswegeplan nicht ausschließlich auf den Verkehrsweg Straße eingehen.

Sie kommen aus Ihren altbackenen Vorstellungen von Verkehr einfach nicht heraus! **Straßen** sind im Gegensatz zu einem sich hartnäckig haltenden Märchen auch nicht die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung. Straßen verursachen im Gegenteil hohe **Unterhaltungskosten**, die jedes Jahr dazu führen, dass Geld an anderer Stelle fehlt. Der ständige Neu- und Ausbau von Straßen nützt lediglich der Autolobby, die vor nichts zurückschreckt, um ihre Autos an den Mann oder an die Frau zu bringen - dies alles auf Kosten der Umwelt und des Klimas und auf Kosten der Lebensqualität vieler Menschen, die von Verkehrslärm belästigt werden.

DIE LINKE wird sich weiterhin für eine sozial-ökologische Verkehrswende einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Spoorendonk, eine gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Land.

(Beifall bei der CDU)

Unternehmensentscheidungen richten sich nach der Erreichbarkeit, Qualität und der **Leistungsfähigkeit** der **Verkehrsinfrastruktur**. Straßen spielen hierbei immer noch die größte Rolle. Daher ist es wichtig, dass der Zustand der Straßen den Anforderungen entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Leider sieht die Wirklichkeit etwas anders aus, als wir es uns wünschen. Unsere **Landesstraßen** befinden sich zu einem großen Teil in einem unzulänglichen Zustand. Bereits 2005 hat sich der Landesrechnungshof in seinen Bemerkungen dazu geäußert, dass eine systematische Erhaltungsstruktur erforderlich ist, die auf eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Planung der Erhaltungsmaßnahmen abzielt.

Bereits in 2005 befanden wir uns in der Situation, dass man sich keine großen finanziellen Sprünge erlauben konnte. Aber auch zu der Zeit wurden Mittel für die Straßenerhaltung vom Land bereitgestellt. So wurden in den Doppelhaushalt 2005/2006 insgesamt 23 Millionen € eingestellt. Und wir wissen heute, dass das Geld nicht gereicht hat. Daher halte ich die Kritik des Kollegen Arp in seiner Pressemitteilung, die damalige Landesregierung hätte zu wenig für Bau und Erhalt der Straßen getan, für richtig. Derartige Erkenntnisse bringen uns aber heute nicht weiter, wenn wir nichts ändern.

Die Landesregierung hat nun zum ersten Mal einen **Landesverkehrswegeplan** vorgelegt, der anhand einheitlicher und objektiv nachvollziehbarer **Kriterien** einer **Auswahl** der dringlichsten Projekte im Landesstraßenbau trifft und diese in eine erste und zweite Priorität aufteilt. Dafür werden nun mehrere Hauptkriterien herangezogen, die Transparenz schaffen sollen. Dieser Ansatz ist gut und richtig. Aber ich frage mich, nach welchen Kriterien in der Zeit vor dem Landesverkehrswegeplan die Auswahl getroffen wurde.

Durch die neue Herangehensweise an die Verkehrsprojekte wird deutlich, dass der Plan völlig unterfinanziert ist. Die jährliche Ausstattung von 7 Millionen € für 2011 und 2012 reicht bei Weitem nicht aus. Allein die Projekte der ersten Priorität, die in

den nächsten vier Jahren angegangen werden sollen, belaufen sich auf 32 Millionen €. Dies ist keine Kritik, sondern macht nur deutlich, dass im Bereich der Landesstraßen vieles im Argen liegt. Daher ist es wichtig, den Plan in regelmäßigen Abständen zu erneuern und den Gegebenheiten entsprechend anzupassen.

Da wir nur einen geringen Spielraum haben, müssen die Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden. Soll heißen, **Reparaturen und Sanierung** von Straßen gehen vor Neubau. Denn eines ist sicher: Die bestehenden Landesstraßen müssen in einem verkehrssicheren Zustand sein, bevor wir uns neue Landesstraßen leisten können.

Eine funktionierende und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist das A und O für die **Mobilität** im **Personen- und Güterverkehr**. Sie ist die Grundlage für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Gute Landesstraßen allein reichen dafür aber nicht aus. **Alle Verkehrsträger** müssen in Betracht gezogen werden. Erst durch die Vernetzung von Straße, Schiene, Wasser und Luft wird ein Schuh daraus.

Immer mehr **Güter** werden auf die Straße verlegt. Die Belastung für unsere Straßen wird dadurch größer und die Kapazitäten werden immer enger. Wenn dann der **Gigaliner** kommt, ist wahrscheinlich sowieso Schluss auf unseren Autobahnen, wo es jetzt schon eng genug ist. Daher ist es notwendig, lieber Herr Kollege Arp, endlich intelligente Lösungen zur Verkehrsvermeidung, -lenkung und -verlagerung zu erarbeiten. Hier ist insbesondere die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser das größte Problem. Hierfür brauchen wir kluge Konzepte, wie dies umgesetzt werden soll. Das würde auch dem Land Geld sparen.

Ein Landesverkehrswegeplan sollte nach Auffassung des SSW genau diese Aspekte mit enthalten. Dies sieht der Landesverkehrswegeplan aber nicht vor. Der Name weckt deshalb Erwartungen, die der Plan nicht erfüllt. Deshalb müsste dieser ganzheitliche Gedanke im nächsten Plan berücksichtigt werden.

Der Plan kann erst der Anfang sein. Wir brauchen eine ganzheitliche Planung des Verkehrs in unserem Land, damit nicht nur auch wirklich aufeinander abgestimmte Maßnahmen durchgeführt werden können, sondern damit wir dann auch bei der Finanzierung auf der sicheren Seite sind. Meine Damen und Herren, bei dem vorhandenen Plan darf es deshalb nicht bleiben. Ich will durchaus loben, dass das ein guter Anfang dafür ist, dass wir uns um un-

(Lars Harms)

sere Landesstraßen kümmern und das finanziell durchplanen. Aber ich glaube, wir müssen auch einen ganzheitlichen Blick darauf lenken. Ich schlage vor, dass wir beim nächsten Mal möglicherweise noch einen entsprechenden **Anhang** machen, wie wir **Schienenverkehre**, **Bundesverkehrswege**, sprich die Schienen- und Wasserstraßen, und die **Landesstraßen** miteinander vernetzen können, so dass wir dann die entsprechenden Projekte aufeinander abstimmen, damit wir möglichst sorgsam mit unserem Geld umgehen.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/997 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Konnexität beim Ausbau der U3-Kinderbetreuung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/959

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Ich bitte um das Handzeichen, wer dem zustimmen möchte. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Ausbau frühkindlicher Bildung** und Betreuung in Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft unseres Landes. Sie stützt sich auf ein breites gesellschaftliches Interesse. Ich sehe zudem auch ein gemeinsames Interesse aller politischen Ebenen. Gerade die Kommunen erhöhen mit Angeboten für unter Dreijährige ihre Attraktivität; denn die Familienfreundlichkeit ist ein wesentlicher

Standortfaktor, mit dem auch immer wieder kräftig geworben wird.

Weil dieses Thema so bedeutend ist, liegt mir auch sehr viel daran, dass die finanzielle Basis für diesen gemeinsamen Kraftakt gesichert ist. Wir haben auch deshalb sehr genau geprüft, inwieweit das **Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen** vom 12. Oktober 2010 Konsequenzen für unsere Vorhaben in Schleswig-Holstein hat. Auch das Kabinett hat sich in der vergangenen Woche mit diesem Thema befasst.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Entscheidung aus Münster nicht auf Schleswig-Holstein übertragbar ist. Ausschlaggebend dafür ist die **unterschiedliche rechtliche Ausgangslage**. In Nordrhein-Westfalen wird die **Konnexität** damit begründet, dass die Kreise und kreisfreien Städte erst 2008 per Landesgesetz zu Trägern der öffentlichen Jugendhilfe bestimmt worden sind. Daran schließen sich die Vorgaben des U3-Ausbaus an. Zu diesem Zeitpunkt gab es in NRW auch bereits ein Konnexitätsprinzip, das dort in der Landesverfassung verankert ist.

In **Schleswig-Holstein** ist der Ausbau der U3-Betreuungsangebote nicht an eine neue **landesgesetzliche Aufgabenübertragung** geknüpft gewesen, sondern an eine längst vorhandene. Bereits 1992 hat der Landtag in Schleswig-Holstein Kreise und kreisfreie Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe bestimmt, sechs Jahre, bevor das Konnexitätsprinzip 1998 in die schleswig-holsteinische Landesverfassung aufgenommen wurde. Im Zusammenhang mit dem U3-Ausbau fehlt hier also der legislative Akt, auf den sich ein Konnexitätsanspruch stützen müsste.

Diese Auffassung haben wir den **kommunalen Landesverbänden** schriftlich erläutert, verbunden mit dem Angebot, dies in einem Gespräch, das wir demnächst gemeinsam führen wollen, noch weiter zu vertiefen.

Zu ähnlichen Einschätzungen in Bezug auf die Übertragbarkeit des nordrhein-westfälischen Urteils sind mittlerweile auch **andere Bundesländer** gelangt, wobei die landesspezifischen Rahmenbedingungen natürlich nicht überall gleich sind. Entsprechende Stellungnahmen dazu liegen uns aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Sachsen vor.

Wir gehen davon aus, dass unsere Position einer möglichen rechtlichen Überprüfung standhält. Insofern ist hier nicht mit zusätzlichen Kosten für das Land zu rechnen.

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Lassen sie mich kurz auf die Situation im Bereich der **Betriebskosten** eingehen, die im zweiten Teil des Antrags der Grünen angesprochen werden. Seit dem Jahr 2009 gewähren der Bund und das Land jeweils zur Hälfte einen Betriebskostenzuschuss für die Betreuungseinrichtungen für die unter Dreijährigen. Dieser Betriebskostenzuschuss betrug - für beide zusammen, Bund und Land - 2009 rund 6,7 Millionen € und wird nach unserer Planung bis 2013 auf 46,9 Millionen € anwachsen, die dann im Jahr 2013 von Bund und Land in die Förderung einfließen. Bund und Land haben jedes betreute Kind unter 3 Jahren im Jahr 2009 mit rund 1.000 € unterstützt. In diesem Jahr, 2010, liegt der Betrag pro Kind sogar bei fast 1.700 €. Insofern sind die **Mittel** in der jetzigen Ausbauphase durchaus komfortabel. Wir sehen sie auch auf längere Sicht als ausreichend an.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden uns mit Sicherheit weiter mit dem Fortgang der Ausbauvorhaben im Bereich der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen beschäftigen. Ich gehe davon aus, dass wir die Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter so vernünftig gestalten werden, wie sich das auch in der Vergangenheit dargestellt hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schön, dass wir heute einmal über ein Dafür-Thema reden. Alle sind für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

Herr Minister, ich möchte Ihnen für den Bericht danken. Sie haben dargestellt, worum es geht. 2008 gab es den **Rechtsanspruch für unter Dreijährige**, der im Kinderförderungsgesetz verankert wurde. Als Grüne frage ich mich, wozu es dazu eine CDU-Ministerin brauchte. Das sage ich ganz selbstkritisch, auch in unsere Richtung. Bundesweit haben wir festgestellt, dass die Kommunen diejenigen sind, die die Hauptlast des Ausbaues zu tragen haben. Wir reden zwar über ein Dafür-Thema, die Frage ist aber: Wie soll es geregelt werden?

Herr Minister, Sie haben beschrieben, dass in **Nordrhein-Westfalen** die Richter entschieden haben. Ich zitiere aus der Urteilsbegründung:

„Die den Ländern entstehenden Kosten entsprechen den Gesamtkosten abzüglich der durch den Bund bereit gestellten Mittel.“

Sie führen noch einmal aus, was für ein Milliardenpaket das ist. Übersetzt heißt das, was die nordrhein-westfälischen Richter geschrieben haben: Die Kommunen müssen zu den U3-Plätzen keinen einzigen Cent dazubezahlen. Das ist ein Verfassungsurteil von bestechender Klarheit, allerdings nur auf den ersten Blick.

Warum die Richter in Nordrhein-Westfalen eine Marschroute für alle Länder vorgeben, obwohl sie die Begründung lediglich auf Nordrhein-Westfalen bezogen haben, kann ich nicht nachvollziehen. Da es um Klarheit in diesem wichtigen Bereich ging, war uns wichtig, dass wir heute einen Bericht hören, um eine gute Rechtsgrundlage zu haben und auch, um zu entscheiden, was das für uns in Schleswig-Holstein heißt.

Der Minister hat deutlich gemacht, was den **Kon-nexitätsfall** in Nordrhein-Westfalen ausgelöst hat. Es war nicht die U3-Betreuung, sondern dass die Jugendhilfe von Landes- auf Kommunalebene hinunterdelegiert wurde. Jetzt stellt sich die Frage, ob diese Rechtsauffassung, die in Nordrhein-Westfalen herrscht, auch auf Schleswig-Holstein übertragbar ist. Die Regierung sagt Nein, der Wissenschaftliche Dienst, den wir um ein Gutachten gebeten haben, sagt auch Nein. Die kommunalen Landesverbände, wie wir mitbekommen haben, halten auch eine andere Rechtsauffassung für möglich. Mir scheint die Kernfrage zu sein - aber ich weiß nicht, ob sie schon intensiv genug beleuchtet wurde -: Ist die Aufgabe Jugendhilfe, wie sie 1992 bestanden hat, vergleichbar mit der Aufgabe Jugendhilfe 2008. Denn es ist ein ganz großer Batzen an Aufgaben hinzugekommen. Für mich scheint das die inhaltliche Frage zu sein, die man klären muss. Ich kann verstehen, dass es dazu verschiedene Rechtsauffassungen gibt. Ich möchte aber eines festhalten: Die Große Koalition in Schleswig-Holstein hatte die Weichen viel besser gestellt als die schwarz-gelbe Ex-Regierung in Nordrhein-Westfalen. Denn die Kommunen dort sind vor Gericht gegangen, weil sie sich mit der Hauptlast belastet gesehen haben und den Eindruck hatten, sie müssten die ganze Bürde allein tragen.

Es geht bei diesem Dafür-Thema nicht allein um eine rechtliche Frage, sondern auch um eine politi-

(Anke Erdmann)

sche. Wie kann ein zukunftssicheres Finanzierungsmodell in der ganzen Kinderbetreuung aussehen? Der Aufbau kann nur mit und nicht gegen die kommunalen Landesverbände und die Kommunen vorangetrieben werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, ob die Mittel, die Sie beschrieben haben, mittelfristig ausreichend sind, das weiß ich nicht. Der letzte Keks ist noch nicht gegessen. Das hat gar nichts allein mit dem Urteil zu tun. Die Frage ist ja, welchen Aufgaben wir uns noch stellen müssen. Vor uns liegt ein sehr, sehr langer Weg. Momentan orientieren sich alle an der 35-%-Marke bis 2013. Das ist nur ein Richtwert. De facto gibt es ab August 2013 einen Rechtsanspruch. Darauf müssen wir uns einstellen.

In den **Kommunen** wird schon deutlich, dass schon **2013** die **Nachfrage** mancherorts das **Betreuungsangebot** übersteigen wird. Den Eltern ist letztlich egal, wer den **Ausbau der Kita** bezahlt. Für sie ist es wichtig, ob es einen Platz für ihre kleine Tochter oder ihren kleinen Sohn gibt, auf den sie in drei Jahren einen Rechtsanspruch haben werden. Herr Minister, ich wünsche Ihnen bei den Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden eine glückliche Hand, dass Sie Erfolg haben und den richtigen Ton treffen. Denn eine Klage der kommunalen Landesverbände wäre das letzte, was wir brauchen können. Die Landesregierung hat ja vor dem Verfassungsgericht bisher nicht so gute Karten gehabt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Marion Herdan das Wort.

Marion Herdan [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Minister Dr. Klug für seinen ausführlichen und erhellenden Bericht danken. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte mit einem Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz zum November 2008 die dortigen Kreise und kreisfreien Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe bestimmt, ohne zugleich eine Bestimmung über die Kostendeckung einschließlich einer Kostenfolgeabschätzung zu treffen. Hiergegen haben 19 Städte und Kreise den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen angerufen und einen Verstoß gegen Arti-

kel 78 Abs. 3 der **Landesverfassung Nordrhein-Westfalen** gerügt, in dem das verfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip verankert ist. Nach dieser Vorschrift hat das Land bei der Übertragung neuer öffentlicher Aufgaben zugleich auch einen finanziellen Ausgleich für die durch die Übertragung entstehenden Aufwendungen zu regeln.

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Beschwerdeführern mit seiner Entscheidung vom 12. Oktober 2010 Recht gegeben und in der angegriffenen Bestimmung einen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip gesehen. Tatsächlich ist festzustellen gewesen, dass der Landesgesetzgeber eine entsprechende Ausgleichsregelung nicht vorgesehen hat und daher in der Tat ein Verfassungsverstoß vorgelegen hat.

Fraglich ist nun, ob diese Entscheidung auch auf das **Land Schleswig-Holstein** übertragbar ist. Ein Blick auf die Rechtslage in Schleswig-Holstein verdeutlicht schnell, dass dies nicht der Fall ist. Die **Rechtslage** in Schleswig-Holstein ist mit derjenigen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nicht vergleichbar.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Denn anders als in Nordrhein-Westfalen wurden in Schleswig-Holstein die Kreise und kreisfreien Städte bereits im Jahr 1992 zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe bestimmt. Die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung Schleswig-Holstein erfolgte erst im Jahr 1998.

Soweit in der Landesgesetzgebung eine Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes des Bundes erfolgte, lag darin keine inhaltliche Neuregelung der Zuständigkeit von Kreisen und kreisfreien Städten vor. Es kann offenbar ebenfalls davon ausgegangen werden - das war dem Bericht des Ministers zu entnehmen -, dass die Rechtslage in Schleswig-Holstein nicht mit der in Nordrhein-Westfalen verglichen werden kann. Ein **Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip** kann daher für **Schleswig-Holstein** insgesamt nicht festgestellt werden.

Wir haben es gehört: Im Ergebnis kommen auch Fachministerien anderer Bundesländer - Bayern, Hessen, Sachsen - zu derselben Rechtsansicht. Auch sie beurteilen eine Übertragbarkeit der nordrhein-westfälischen Entscheidung auf ihr jeweiliges Bundesland grundsätzlich negativ.

Weiterhin fragen Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, an, ob nach Ansicht der Landesregierung die zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel ausreichen, um die zusätzlichen Be-

(Marion Herdan)

triebskosten, die aufgrund der U3-Betreuung entstehen, vollständig zu decken. Diese Fragen haben Sie bereits in Ihrer Kleinen Anfrage vom 14. Juli 2010 gestellt, und sie sind Ihnen beantwortet worden.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte Ihnen insoweit noch einmal die Lektüre der Drucksache 17/717 empfehlen, in der das ausführlich thematisiert wird, Frau Erdmann. Sie müssten daher wissen, dass Bund und Land bis zum Jahr 2013 jeweils 62 Millionen € für die **Betriebskosten**, die aus der **U3-Betreuung** resultieren, ausgeben. Darüber hinaus wird der **Gesamtinvestitionsbedarf** von 166 Millionen € vom Bund mit 74 Millionen € und von dem Land und den Kommunen mit jeweils 46 Millionen € aufgebracht. Eine Deckungslücke ist hinsichtlich der Betriebskosten aktuell nicht ersichtlich; denn nach wie vor Gültigkeit hat die Aussage des Ministeriums, dass die Planung und Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebotes an Kinderbetreuung den **Kreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe** obliege. Vor diesem Hintergrund kann auch das Land keine andere Prognose über künftige Betriebsausgaben abgeben. Aber auch über das Jahr 2013 hinaus sehen sich Bund und Land hier in der Verantwortung. Dies wird in den künftigen Beratungen zu den Haushaltsaufstellungen angemessene Berücksichtigung finden müssen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, es ist zu vordergründig, dass Ihre Anfrage zu einer Deckungslücke mit einer überhaupt nicht einschlägigen Entscheidung aus Nordrhein-Westfalen verknüpft wird. Sie werden daher leider festzustellen haben, dass Ihnen die Entscheidung aus Nordrhein-Westfalen ebenso wenig Nahrung zu Kritik gibt wie Mutmaßungen zur angeblichen Unterfinanzierung der U3-Betreuung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sehen daher einer konstruktiven Beratung im Bildungsausschuss entgegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Mittagspause noch ein Wort zur Klarstellung: Die Vorbereitung für die Regelung zur U3-Betreuung hat die damalige Ministerin Renate Schmidt geleistet; die derzeitige Koalition setzt das nur um.

Die Entscheidung, die der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen am 12. Oktober 2010 getroffen hat, bezieht sich auf Regelungen im dortigen Ausführungsgesetz und hat deshalb für Schleswig-Holstein keine unmittelbare Bindungskraft. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Wissenschaftliche Dienst dieses Hauses. Die einzelnen juristischen Tatbestände brauche ich hier nicht weiter zu erläutern.

Sie wirft aber die Frage nach der Sinnhaftigkeit - oder vielmehr: nach der völligen Widersinnigkeit - der Arbeitsteilung zwischen dem Bund, den Ländern, den Kreisen und den Kommunen auf, gerade wenn es um Fragen der Bildung geht. Das ist der entscheidende Punkt. Das **Kooperationsverbot**, das im Rahmen der Föderalismusreform in das Grundgesetz hineingeschrieben wurde, war einer der großen Fehler der Großen Koalition, der rückgängig gemacht werden sollte. Auch der Wissenschaftliche Dienst betont, dass nicht eine Entscheidung auf Landesebene, sondern ein Bundesgesetz die zusätzlichen Kosten ausgelöst hat. Deshalb brauchen wir - so meine Auffassung und die meiner Fraktion - eine Bundesratsinitiative, um die Türen für eine Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen wieder zu öffnen, auch über das Jahr 2013 hinaus.

Im Moment dreht sich die ganze Diskussion doch nur darum, welche Ebene für die Finanzierung verantwortlich ist. Natürlich ist jede Ebene emsig bemüht, die finanziellen Verantwortlichkeiten entweder nach unten oder nach oben abzuschieben. Die richtige Betrachtungsweise wäre doch: Was muss der gesellschaftliche Auftrag sein, das gesellschaftliche Ziel, dem sich alle Ebenen verpflichtet fühlen?

Das **Grundgesetz** ist in seinem jetzigen Wortlaut in diesem Punkt nicht ganz auf der Höhe der Zeit, wenn es die Pflege und Erziehung der Kinder als natürliches Recht und vorrangige **Pflicht der Eltern** definiert und der staatlichen Gemeinschaft lediglich eine Wächterrolle zumisst.

Hier im Land sind wir weiter. Das hat vor allem die große Einmütigkeit gezeigt, mit der wir über die weitgehende Änderung des Artikels 6 a der **Landesverfassung** beraten haben. Da ist explizit die

(Detlef Buder)

Rede vom **Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung**, und das heißt natürlich mehr als nur die Einhaltung der gesetzlichen Schulpflicht. Schon im jetzigen Wortlaut ist die Rede von dem „besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung“ für Kinder und Jugendliche. „Schutz“ beschränkt sich nicht auf die Abwehr von Misshandlungen und von Missbrauch; „Schutz“ heißt sehr deutlich auch Schutz vor Unwissenheit, Schutz vor nicht kindgerechten Lebens- und Entwicklungsbedingungen im Elternhaus und Schutz vor Ausgrenzung, wenn ein Kind als einziges aus seinem Freundeskreis nicht die Kindertagesstätte besuchen darf oder erst gar keine Möglichkeit hat, Freunde kennenzulernen, weil seine Eltern es von jeder Form der Betreuung fernhalten. Das steht meines Erachtens im Vordergrund.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich der Maßstab, an dem sich die Fragen von **Kooperation und Konnexität** messen lassen müssen. Es geht hier nicht um einen Konflikt des reichen Landes gegen die armen Kommunen oder um einen des finanzschwachen Landes gegen Städte und Gemeinden, in denen Milch und Honig fließen. Ebenso wenig darf es einen föderalen Wettlauf zwischen finanziell stärkeren und finanziell schwächeren Ländern bei der Sicherung der Bildungschancen geben. Die Folgen von Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit haben alle staatlichen Ebenen längst erreicht. Das bedeutet aber nicht, dass keine Grundentscheidungen mehr möglich sind. Jede Ebene ist aufgerufen, ihre Prioritäten infrage zu stellen. Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und damit die Zukunft unserer Gesellschaft kann dabei keine Priorität sein, die heute oder irgendwann in Zukunft zur Disposition gestellt werden könnte.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir ab 2013 neu diskutieren sollten. Die Erziehungswissenschaftler sagen uns regelmäßig, dass die Weichen für die Bildungschancen sehr früh gestellt werden. Was im Vorschulalter versäumt wurde, kann in der Schule höchstens mit größtem Aufwand korrigiert werden.

Ich danke der Landesregierung für ihren Bericht und erwarte eine intensive, in die Zukunft weisende Diskussion im Bildungsausschuss.

(Beifall bei SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke dem Herrn Bildungsminister für seinen doch sehr erhellenden Bericht.

„Bei so eindeutiger Rechtslage sollte die Regierung eine unnötige gerichtliche Auseinandersetzung vermeiden.“

So äußerte sich mein Lübecker Bürgermeister Ende Oktober gegenüber den „Lübecker Nachrichten“. Die Rechtslage sei eindeutig, meinte auch der Geschäftsführer des Städtetags Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die ist eindeutig!)

Wer nach dem Motto handelt, kühn behauptet sei halb bewiesen, wird der Kompliziertheit der Rechtslage jedoch keineswegs gerecht, gerade beim Thema Konnexitätsprinzip.

Das Urteil des Landesverfassungsgerichts von **Nordrhein-Westfalen** mag zwar den finanziell klammen Kommunen unseres Landes als Strohhalmdien, nach dem man gern greift. Das ist verständlich, vor allen Dingen dann, wenn man als Lübecker Bürgermeister und Finanzsenator in Personalunion an der Spitze einer finanziell leider völlig gestrandeten Stadt steht. Nun jedoch - bar jeder fundierten juristischen Grundlage - in populistische Sprüche zu verfallen, wird der Ernsthaftigkeit der Lage nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, die **Rechtslage in Schleswig-Holstein** ist mit der in NRW keineswegs deckungsgleich; wir haben dazu schon mehrere Ausführungen gehört. Auch in Schleswig-Holstein gilt der strikte Konnexitätsbegriff: „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.“ Das ist aber fast die einzige wesentliche Übereinstimmung mit NRW.

In sehr weiser Voraussicht hat nämlich damals der Schleswig-Holsteinische Landtag zu Artikel 49 der Landesverfassung die Erläuterung mit beschlossen, dass Gesetze und Verordnungen, die unter das Konnexitätsprinzip fallen, nur Landesgesetze und Landesverordnungen sind. Belastungen, die durch Entscheidungen des Bundes oder der Europäischen Union direkt bei den Kommunen entstehen, fallen jedoch nicht unter die besondere Ausgleichspflicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Gerrit Koch)

Im vorliegenden Fall hatte das Land die Aufgabe bereits 1992 an die Kommunen übertragen und diese zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe gemacht. Das **Konnexitätsprinzip** gelangte nachfolgend, nämlich 1998, in unsere Verfassung. Erst 2008 setzte der Bund schließlich neue Standards. - Das war keine neue Aufgabe, sondern er erließ wirklich neue Standards für diese Aufgabe. - In Nordrhein-Westfalen hingegen wurden die Kommunen erst nach der verfassungsrechtlichen Festschreibung der Konnexität - das war 2004 - zu örtlichen Trägern öffentlicher Jugendhilfe bestimmt.

Wie gesagt, die Rechtslage in unserem Land ist mit der in anderen Bundesländern durchaus nicht eins zu eins vergleichbar. Völlig daneben ist also die Unterstellung, die in manchen öffentlichen Äußerungen mitschwingt, unser Land und seine Regierung würden sich über geltendes Recht und Gesetz trotz offensichtlicher Erkennbarkeit hinwegsetzen und den Kommunen Gelder völlig unrechtmäßig vorenthalten. Ich nenne das einfache Effekthascherei, um einmal auf die Titelseiten zu kommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ein solches Vorgehen ist den meisten Kommunen glücklicherweise fremd.

Richtig wäre vielmehr, erstens anzuerkennen, dass das Urteil aus Nordrhein-Westfalen zunächst einmal nur eine Entscheidung für Nordrhein-Westfalen ist und keinerlei Rechtswirkung oder gar Vollstreckungsfähigkeit auch für Schleswig-Holstein entfaltet, und sich zweitens die Rechtslage genau anzuschauen oder sich von jemandem erklären zu lassen, der sich damit auskennt. Unser Wissenschaftlicher Dienst kann leider nicht auch für den Lübecker Bürgermeister tätig werden, aber auch das dortige Rechtsamt beschäftigt durchaus fähige Juristen.

Gerade bei der **Kinderbetreuung** sollten **Land und Kommunen** an einer Seite kämpfen und gemeinsam mit dem Bund eine für alle tragbare Lösung finden, um dieses wichtige Ziel zu erreichen. Wer in der derzeitigen Situation nur laut schreit, das Land müsse nun diese Millionen ebenfalls lockermachen, soll bitte das Konnexitätsprinzip auch gegen sich gelten lassen und einen Deckungsvorschlag machen.

Um den etwaigen Rufen nach Einführung einer Besteuerung reicher Hotelerven zur Finanzierung der Kinderbetreuung vorzubeugen, sei noch der Hinweis an die Opposition erlaubt, dass sie dieses Fata-Morgana-Geld schon mehrmals anders verplant hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei Herrn Minister Klug für den Bericht und für den juristischen Diskurs bedanken, den wir anschließend offensichtlich fortgeführt haben.

Herr Koch, Sie haben gesagt, wer die Musik bestellt,

(Gerrit Koch [FDP]: Bezahlt sie auch!)

der möge sie auch bezahlen. Ich erinnere mich nicht daran, dass die Kommunen die Musik bestellt hätten. Ich dachte eigentlich, das sei der Bund gewesen.

(Gerrit Koch [FDP]: Ja!)

Gleichwohl müssen die **Kommunen** das bezahlen. Wenn ich mich recht erinnere, so war es auch nicht das Land, das im **Bundesrat** Nein geschrien hat. Insofern ist durchaus zu diskutieren, welchen Einfluss das Land bei dieser Entscheidung hatte. Diese Frage ist - ich sage einmal - noch nicht gegessen, auch wenn das hier so dargestellt wird.

Das wird hier nicht geklärt werden. Wir sind hier auch nicht im juristischen Seminar, sondern im Parlament.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sachkenntnis kann nicht schaden!)

Aber was das juristische Seminar angeht, möchte ich noch sagen, dass die **kommunalen Landesverbände** schon am 14. November 2007 - dies ist ja keine neue Debatte - erklärt haben, dass sie schon meinen, dass die **Konnexität** gilt. Ich erinnere auch an die Debatte in der letzten Legislaturperiode zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Bildungsministerium. Bildungsministerin war damals noch Ute Erdsiek-Rave von der SPD. Auch damals haben die kommunalen Landesverbände die Konnexität in diesem Punkt durchaus eingefordert.

Wir befinden uns hier im politischen Raum. Insofern bin ich Herrn Buder dankbar, dass er auch auf die Webfehler der Föderalismuskommissionen I und II eingegangen ist und auch das **Kooperationsverbot** genannt hat. Ich finde, das ist des Pudels Kern, was dieses Problem angeht. Leider haben die

(Ulrich Schippels)

Regierungsvertreter vor Kurzem nicht an der Feierlichkeit zum 20. Jahrestag der Verfassung teilnehmen können. Es wäre schön gewesen, wenn sie da gewesen wären; denn Herr Professor Papier hat einen interessanten Vortrag zu diesem Thema und auch zu den Föderalismuskommissionen I und II gehalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Den haben Sie offensichtlich nicht verstanden!)

Dabei hat er uns allen ins Stammbuch geschrieben, dass durch die damaligen politischen Entscheidungen auch die Eigenständigkeit der Länder, vor allen Dingen was die Finanzierung angeht, stark beeinträchtigt worden ist. Herr Professor Papier sagte, er hoffe, dass es diesbezüglich zu einer Veränderung komme.

Wir befinden uns hier im politischen Raum. Es geht um die **Versorgung mit Krippenplätzen** für unter Dreijährige. Wir müssen einfach konstatieren: Hier in Schleswig-Holstein ist die Lage miserabel. Sie ist besser als früher, aber sie ist immer noch miserabel. Wir liegen bei ungefähr 14,5 %. Jetzt ist auch noch der Trend zu spüren, dass die Kommunen, weil sie eben wenig Geld haben - wir haben schon über die Betriebskosten, über diese 62 Millionen €, geredet -, dazu übergehen, in Kurzlehrgängen Tagemütter auszubilden, die dann die Betreuung der unter Dreijährigen in ihrer Wohnung oder sonstwo übernehmen, um so ihre Betriebskosten zu senken.

Das ist der falsche Weg. Wir sollten uns eher an dem messen, was in Dänemark der Fall ist. Herr Harms, 73 % der unter Dreijährigen dort sind versorgt, und zwar richtig und gut versorgt. Das ist keine Utopie. Das ist, so denke ich, auch bei uns in Schleswig-Holstein möglich, wenn wir es denn wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber die Landesregierung neigt dazu, bei den Kurzen kürzen zu wollen. Denn wir müssen ja für die Zukunft Geld sparen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Wir sparen nicht! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wir reduzieren die Neuverschuldung!)

- Zu kürzen, um künftig vielleicht mehr Geld für die Kinder zu haben, die nicht einmal lesen und schreiben können, weil ihnen das in der Schule nicht beigebracht worden ist, weil Sie jetzt im Bildungsbereich sparen.

Das wollen wir nicht. Kinder sind unsere Zukunft. Wer an ihnen spart, versündigt sich eben an dieser Zukunft.

Nun noch einmal ganz kurz zur Situation in den Kommunen. Sie wissen selbst, wie es ist: Das Wasser steht den Kommunen bis zum Hals. Es steht kaum Geld für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben zur Verfügung. Auch die Kosten im Rahmen der Kinderbetreuung sind nicht unerheblich. Sie schreiben die **Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs** fort. Sie haben das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Kommunen hier im Land mit vertreten.

Ich möchte noch auf die aktuelle Steuerschätzung verweisen, die besagt, dass sich die Kommunen später als das Land von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholen werden. Die Kommunen sind in Not. Insofern ist das Urteil aus Nordrhein-Westfalen ein kleiner Lichtblick. Ich möchte Sie auffordern, das Geld herauszurücken, welches die Kommunen brauchen und auf das die Kommunen meiner Meinung nach auch einen Anspruch haben, und zwar jenseits aller juristischer Spitzfindigkeiten. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Tun Sie das also!

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Dann müssen Sie das Gesetz ändern! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der SSW begrüßt ausdrücklich den Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige und damit auch eine bessere pädagogische Förderung von Kindern insgesamt. Es besteht also weithin Einigkeit über das Ziel, Eltern einen **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz** für ihr Kind zu garantieren.

Wir halten es dabei aber auch für dringend notwendig, dass wir die **Bundeszugabe** - dies ist eine Bundeszugabe -, einen Betreuungsplatz für rund 35 % der Kleinkinder zu schaffen, wie vorgesehen bis zum Jahr 2013 erreichen. Denn die Einrichtungen der frühkindlichen Förderung leisten einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung un-

(Lars Harms)

seres Landes. Auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es notwendig, das Angebot gerade für die unter Dreijährigen weiter auszubauen, und wie wichtig ein solcher Ausbau besonders für die Zukunftschancen der Kinder in unserem Land ist, sollte jedem hier Anwesenden klar sein.

Natürlich sind mit der Erweiterung des Betreuungsangebots erhebliche **Kosten** verbunden. Wie wir alle wissen, handelt es sich bundesweit um eine Größenordnung von mindestens 12 Milliarden €, von denen der Bund nur 4 Milliarden € trägt. Auch das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen haben durch die Vorgabe des Bundes einen großen Aufwand zu leisten. Wir benötigen hierfür rund 17.000 neue Betreuungsplätze und circa 3.000 neue Erzieherinnen und Erzieher. Neben den dadurch langfristig erhöhten Betriebskosten sind in den kommenden zwei Jahren selbstverständlich auch erhebliche Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Das **Land** rechnet allein hier mit einem Finanzbedarf von rund 166 Millionen €, von dem die Kommunen 46 Millionen € zu tragen haben.

Die **Kreise und Städte** sind nach Meinung des SSW völlig zu Recht daran interessiert, dass das Land und insbesondere der Bund für eine auskömmliche Finanzierung dieses wichtigen Vorhabens sorgen. Dies muss unserer Meinung nach selbstverständlich auch für die **steigenden Betriebskosten** in der Zeit nach der Ausbauphase gelten.

Es kann ganz einfach nicht angehen, dass zwar die Finanzierung der **Investitionskosten**, nicht aber die der anfallenden Betriebskosten ausreichend geregelt ist. Denn mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes sind die Aufgaben der Kommunen bei der Kinderbetreuung deutlich verändert und erweitert worden. Wir halten es jetzt jedenfalls für dringend geboten, die Kommunen nicht auf den entstehenden Mehrkosten sitzen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn eins wird schon heute deutlich: Allein die Erhöhung des seit 2004 eingefrorenen Betriebskostenzuschusses und die vollständige Weiterleitung der Bundesmittel vom Land an die Kommunen reichen mittel- und langfristig nicht aus. Die **Aufstockung des Landesanteils** um 10 Millionen € war nicht nur längst überfällig, sondern sie im Grunde nicht mehr als eine Neudeckelung zur Angleichung an die Kostenentwicklung der vergangenen Jahre.

Aus Sicht des SSW ist die Erfüllung des erweiterten Bildungsauftrages auf diesem Weg kaum zu er-

reichen. Denn nicht zuletzt durch diesen **Bildungsauftrag** kommt den Einrichtungen und Mitarbeitern in der frühkindlichen Förderung die wichtige Aufgabe zu, die Kinder in ihren Stärken zu unterstützen und ihre Schwächen auszugleichen. Die durch den Ausbau langfristig entstehenden betrieblichen Mehrkosten werden so nicht aufgehen. An unserer Forderung nach einer Dynamisierung des tatsächlichen Bedarfs ändert diese Aufstockung jedenfalls nichts.

Es ist richtig und auch selbstverständlich, dass das Land in der Ausbauphase sämtliche Mittel des Bundes für die zusätzlichen Betriebskosten an die Kreise und Städte weiterreicht.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Zwar hat wiederum das Land die Kommunen mit der Umsetzung der Aufgaben aus dem Kinderförderungsgesetz betraut, doch wir teilen grundsätzlich die Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes, nach der es sich hier um eine Aufgabe handelt, die ohne das Zutun des Landes allein durch den **Bund** verursacht worden ist. Es stellt sich hier jedoch in der Tat die Frage, wie der Betrieb der Einrichtung ab dem Ende der Ausbauphase finanziert werden soll - und hier ist aktuell insbesondere der Bund gefragt. Denn es stimmt, wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen. Der Hauptbesteller ist der Bund. Das ist ganz deutlich so. Da muss der Bund auch für diese Aufgabe, die er politisch gewollt hat, entsprechend geradestehen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Um diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe bewältigen zu können, braucht es ein Konzept von Land und Bund, das eine dauerhaft tragfähige Finanzierung vorsieht. Ich finde es in Ordnung, dass Sie jetzt die 70 Millionen € bereitstellen. Ich wünsche mir, dass diese dynamisiert werden. Das ist ganz, ganz wichtig, insbesondere für die Zukunft. Es geht ja nicht nur um die Dreijährigen, sondern überhaupt um die Kindergartenbetreuung in diesem Land. Es kann nicht angehen, dass der Bund etwas beschließt, dann den Kommunen etwas aufs Auge gedrückt wird, und dann sich der Bund in die Büsche schlägt. Es kann nicht angehen, dass der Bund nur für zwei, drei, vier oder fünf Jahre vielleicht eine **Finanzbeteiligung** ermöglicht und dann weg ist.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Ja, das ist klar. Aber es ist auch absehbar, dass das dann wegfällt. Lieber Herr Kollege Minister, es ist auch klar, dass die Kommunen mit dem Geld nicht

(Lars Harms)

auskommen werden. Wenn die Kommunen nicht auskommen, dann muss man ihnen das Geld zur Verfügung stellen. Dann ist der Bund in der Verantwortung, dieses zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Wir brauchen eine Einigung zwischen Land und Bund und auch die Beteiligung der Kommunen, um zu klären, wie diese Finanzierung sichergestellt werden kann. Dieser Eiertanz, der jetzt läuft, bei dem jeder dem anderen etwas in die Schuhe schiebt, bringt uns nicht weiter und hilft insbesondere den Kommunen nicht.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 17/959 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden, der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Hinsichtlich des hier mehrfach geäußerten Wunsches, das im Ausschuss weiter zu beraten, weise ich darauf hin, dass der Ausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechts natürlich die Möglichkeit der weiteren Erörterung des Themas hat.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:14 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich. Zum Ablauf der Tagung teile ich Ihnen mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, den Punkt 57 - Sicherheitsbericht - von der Tagesordnung abzusetzen.

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Vertreterinnen der Hausfrauenunion Wrist sowie alle anderen Besucher ganz herzlich im Hause. - Guten Tag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16, 29, 34 und 41 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende aussetzen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/911

b) Mobilitätskosten im Regelsatz berücksichtigen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/984

c) Teilhabe stärken, Regelsätze transparent gestalten - Neuregelung im SGB II und SGB XII

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/992

Neuberechnungen der Regelleistungen des Arbeitslosengeldes II

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1033

d) Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums bei der Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze umsetzen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1001

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich für die Fraktion DIE LINKE der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider haben wir bei diesem Thema wieder so eine lichte Kulisse. Das bedaure ich immer. Vielleicht kommen ja noch alle. Das hoffe ich jedenfalls.

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelbedarfen stecken zwei ernsthafte Probleme. Erstens. Die **Regelsätze** sind für die Führung eines **menschenwürdigen Lebens** nicht

(Antje Jansen)

auskömmlich. Zweitens. Nach unserer Ansicht sind sie so gewollt.

Im Februar 2009 hat das **Bundesverfassungsgericht** seine Entscheidung zur Berechnung der **Kinderregelsätze** verkündet. Angesichts der Absurditäten des bei der Berechnung verwendeten Verfahrens war es keine Überraschung, dass das Gericht der Bundesregierung die bisherige Verfahrensweise um die Ohren gehauen hat. In diesem Urteil hat das Gericht aber mehr gefordert als eine Nachbesserung bis zum Ende des Jahres. Es hat mit dem Anspruch auf eine transparente und nachvollziehbare Berechnung zugleich ein Grundrecht auf die Gewährung eines **menschenwürdigen Existenzminimums** festgestellt, zu dem auch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft gehört. Damit haben die Probleme der Bundesregierung erst ihren Anfang genommen.

Mit dem Gesetzentwurf hat die zuständige Ministerin Frau von der Leyen eine Antwort gegeben, aber sie hat die Aufgabe nicht gelöst. Es genügt eben nicht, nur die einen Absurditäten in der Regelsatzbestimmung gegen neue Absurditäten auszutauschen. Wie soll man es finden, dass Kinder und Jugendliche nun zwar nicht mehr als dreigestufige „Prozenterwachsene“ betrachtet werden, dafür aber - um ein einziges Beispiel zu nennen - bei den Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren derselbe Unsinn getrieben wird wie bei Erwachsenen? Es gibt - ich darf Ihnen das zitieren -

„in der obersten Altersgruppe tatsächlich den Konsum von Alkohol und Tabakwaren... Die Ausgaben von Alkohol und Tabak gehören nicht zum Grundbedarf und sind deshalb nicht regelbedarfsrelevant.“

Immerhin trinken Jugendliche scheinbar doch weniger als Erwachsene. Ihnen reichen 4 ct für den Ersatz der Flüssigkeitsmenge, umgerechnet sind das 11,8 statt 12 l niedrigpreisigstes Mineralwasser. Wer will hier eigentlich wen veralbern? Seien Sie versichert: Die Kette solcher Beispiele ließe sich abendfüllend verlängern.

Die **Höhe der Regelbedarfe** ist akribisch, vielseitig und phantasievoll begründet worden. Aber die Berechnung steckt voller Mängel und ist keineswegs transparent. Und ist es auch Unsinn, so hat es doch Methode. Die Methode ist benennbar, aber sie raucht ab wie eine Nebelkerze. Die Ermittlung der Regelsätze bleibt in jedem einzelnen Punkt ein politisches Verfahren. Das Verfahren orientiert sich nicht an einem Existenzminimum. Es bemisst und definiert ein Existenzminimum. Das lässt sich aber

auch nicht objektivieren, weil es natürlich ohnehin eine Frage des sozialen Konsens ist. So mutiert das Ganze zu einer Frage von Großzügigkeit beziehungsweise in diesem Fall von politischer Schabrigkeit, die mühsam versucht, zwischen den Zeilen des Verfassungsurteils hindurch zu humpeln.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben gestern ein Änderungsantrag zum Antrag der SPD gestellt. Ihnen genügt ein einziger Satz, um die Höhe der Regelsätze vollendet zu denunzieren. Ich zitiere:

„Der Anreiz zur Aufnahme von Arbeit wird nicht gemindert, und das Lohnabstandsgebot bleibt gewahrt.“

Man darf das - man muss das sogar - mit einer schwarz-gelben Politik in Zusammenhang bringen, die über Jahre hinweg dafür gesorgt hat, dass das Niveau der Reallöhne in der Bundesrepublik gesenkt wurde.

(Gerrit Koch [FDP]: Solange sind wir doch gar nicht im Amt!)

Was soll jemand, der einerseits mit seiner Politik den Billiglohnsektor aufbläht und Löhne drückt und sich andererseits an das Lohnabstandsgebot ohne gesetzliche Mindestlöhne klammert, auch anderes vertreten als eine parallele Abwärtsbewegung der Grundsicherung? Daran ändert auch das Lächeln der Bundesministerin von der Leyen bei der Vorstellung ihrer Bildungs- und Teilhabepolitik gar nichts.

Das Pochen auf die Gewährungen in Form von **Sachleistungen** überspielt einfach, dass für die konkrete **Umsetzung des Gutscheilverfahrens** wenig bis nichts geklärt und geregelt ist. Für uns ist es eine scheinbare Erfolgsmeldung, dass für die etwa 70.000 betroffenen Kinder und Jugendlichen und 30 Millionen € nach Schleswig-Holstein fließen werden. Aber dieses Geld muss auch irgendwie bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoro [DIE LINKE])

„Irgendwie“ bedeutet, dass es die Sachleistungen flächendeckend und für alle erreichbar geben muss. Auf dem Lande sind Sachleistungen schwieriger zu bekommen als in den Städten, weil die Infrastruktur, weil die **Mobilität** dort nicht so vorhanden ist.

(Werner Kalinka [CDU]: Wir leben auf dem Land auch ordentlich!)

- Herr Kalinka, die Mobilitätsmöglichkeiten der Menschen sind dort eingeschränkt. Das wissen auch

(Antje Jansen)

Sie sehr gut, das stellen wir auch in anderen Debatten fest.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, im **Bundesrat** gegen das Gesetz zu stimmen und im Bundesrat alles dafür zu tun, dass eine **Neufestsetzung** der **Hartz-IV-Regelsätze** zustande kommt, die den Anforderungen des Verfassungsgerichtsurteils genügt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vorliegende Fassung leistet das nicht. Sie bestätigt stattdessen unsere Forderung: Hartz IV muss weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu unserem anderen Antrag zur Aussetzung von Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende möchte ich auch ein paar Sätze sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was kommt dann, wenn Hartz IV weg ist?)

- Mindestlöhne, Grundsicherung, damit Leute von ihrer Arbeit leben können. Das kann man entwickeln. Mehr Arbeitsplätze, keine Niedriglöhne, Mindestlöhne. Das haben wir immer gefordert.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber die Leute müssen einen Job haben!)

Das kann man entwickeln, wenn man das will. Man muss nicht Hartz IV bestehen lassen. Sie sehen ja, dass das letztendlich immer nur gekürzt wird und die Menschen immer ärmer werden. Hartz IV hat sich nicht bewährt. Das sagt auch der Bericht „Fünf Jahre Hartz IV“ klar aus: Hartz IV ist bis jetzt nicht so umgesetzt worden, wie es die Bundesregierung wollte. Es gibt ganz viele Schwierigkeiten, viele Klagen, dass das alles nicht richtig umgesetzt wird. Deshalb ist unsere Haltung richtig, hier ein anderes Modell für die Menschen zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zu unserem Antrag zur Aussetzung von Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende! Man könnte meinen, das habe sich erledigt, weil auch dieses Änderungsgesetz Sanktionen im SGB II in den §§ 31 und 31 a neu fasst. Das ist aber leider nicht der Fall. Denn in der Neufassung werden die bisherigen **Sanktionstatbestände** im Wesentlichen beibehalten und die Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen nahezu unverändert übernommen. Im Grunde ist die Neufassung eine Verschärfung im Sinne der Jobcenter mit dem Ziel, die **Sanktionspraxis** wasserdicht zu machen.

Das Problem liegt insbesondere da, wo erfahrungsgemäß der rechtliche Sanktionsapparat in der Praxis der zum Teil überforderten Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Jobcenter zu bürokratischen Auswüchsen führt. Das Problem liegt zum Beispiel da, wo die Drohkulisse mit den Sanktionen eine sogenannte Freiwilligkeit, bei der Annahme von **Ein-Euro-Jobs** und anderen nicht existenzsichernden Arbeitsplätzen erzwingt.

Der **Bundesrechnungshof** hat in den letzten Tagen festgestellt, dass mit Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden. Auch die ZEW-Studie stellt fest, dass Ein-Euro-Jobs nichts für eine Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt leisten. Es kann nur die Forderung geben: Die Ein-Euro-Jobs gehören abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer aber jetzt einen Ein-Euro-Job ablehnt, muss mit mindestens einer dreimonatigen Absenkung seiner Hartz-IV-Leistungen rechnen. Das wird nicht dadurch besser, dass der Rechtsweg offensteht, denn die **Leistungsminderung** erfolgt sofort, die rechtliche Überprüfung, ob es einen wichtigen Grund gab, erfolgt Monate später.

Für jeden Leistungsbeziehenden stellt sich damit die Frage, ob er sich sein Recht überhaupt leisten kann. Diese Unverhältnismäßigkeit hat ihren Schwerpunkt in der **Verwaltungspraxis**. Das Sanktionsregime liefert die Menschen dieser Praxis und Unverhältnismäßigkeit schutzlos aus.

Dies muss dringend verändert werden. Daher bitten wir Sie um Ihre Zustimmung zu einer Initiative der Landesregierung im Sinne eines **Sanktionsmoratoriums**. Es gibt Städte und Kommunen, die sich diesem Sanktionsmoratorium schon angeschlossen haben. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. Januar 2005 gibt es das **SGB II**. Seitdem beschäftigen sich die Politik und die Sozialgerichte mit seinen Lücken. Das Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und den Verschiebepfad zwischen beiden Systemen abzubauen,

(Dr. Marret Bohn)

war das Ziel. Alleinerziehende Frauen sollten einen Anspruch auf berufliche Teilhabe bekommen. Selbstständige mit geringem Einkommen sollten einen Anspruch auf Arbeitslosengeld bekommen. Vor allem sollte die **Arbeitslosigkeit** deutlich gesenkt werden.

Das waren die Ziele bei der Einführung von Hartz IV, besser gesagt SGB II. **Fördern und Fordern** war die Devise. So weit, so gut. Einige der Ziele wurden umgesetzt, einige andere nicht. Das führte zu zahlreichen Prozessen vor den Sozialgerichten. Die Berechnung der Regelsätze soll jetzt transparent und nachvollziehbar erfolgen. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Februar dieses Jahres festgelegt.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur **Neuregelung der SGB-II-Leistungen** ist vor diesem Hintergrund eine bittere Enttäuschung. Die Bundesregierung will die Regelsätze für Erwachsene nur um 5 € erhöhen, für Kinder gar nicht. Das ist überhaupt nicht gut, das ist eine sozialpolitische Bankrotterklärung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ellen Streitböcher [DIE LINKE])

Offensichtliche Defizite und seit Langem bekannte und offen kritisierte Mängel werden durch die Bundesregierung nicht beseitigt, im Gegenteil, das Vorgehen hat den Anschein, als ob hier eine Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils nach Kassenlage vorgenommen wird. So sollen in die **Ermittlung der Regelbedarfe** künftig nicht mehr die unteren 20 %, sondern nur noch die unteren 15 % der Einkommen einfließen. Das heißt, die Vergleichsgruppe wird willkürlich und - zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik - verkleinert. Das führt folgerichtig dazu, dass der **Referenzbetrag** für den Regelsatz sinkt. Das ist vorsätzlich kleingerechnet, das ist nicht sozial, und das ist nicht gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir Grüne fordern hier eine Nachbesserung. Allein wenn dieser Fehler korrigiert würde, läge der Regelsatz schon bei 384 €. Es geht weiter. Zirkelschlüsse sind eingebaut worden, die zu niedrigeren Regelleistungen führen. Aufstocker werden aus der Beurteilung nicht herausgerechnet. Das ist und bleibt ein statistischer Fehler. Auch hier fordern wir Grüne eine Nachbesserung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört ein Mindestmaß an **Mobilität**. Das ist gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wichtig. Für Kinder und Jugendliche sind weder neue noch gebrauchte Fahrräder in den Regelsätzen vorgesehen, auch nicht genug Geld für eine Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr. Ich zitiere den Referentenentwurf zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des II. und XII. Sozialgesetzbuches auf Seite 64: Betrag für Verkehrsdienstleistungen für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren: monatlich 12,62 €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Wer von Ihnen lebt in einem Kreis oder in einer Stadt, in der man für 12,62 € eine Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr bekommt? - Das geht an der Lebenswirklichkeit völlig vorbei. Das ist keine Teilhabe, das ist soziale Ausgrenzung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So ist die soziale und **gesellschaftliche Teilhabe** von Familien, Erwachsenen und Kindern, die von Hartz IV leben, zum Scheitern verurteilt. Im Namen meiner Fraktion fordere ich die Landesregierung auf, auch in diesem Bereich für eine Nachbesserung zu sorgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen Sie nicht besonders mutig zu sein. Nach unseren Informationen hat Frau von der Leyen schon große Sympathien für unsere Forderung signalisiert. Deshalb fordere ich Sie auf: Springen Sie über Ihren Schatten. Schauen Sie nicht darauf, dass diese Forderung von der Opposition kommt. Schauen Sie darauf, was es für eine einmalige Gelegenheit ist, Bundesmittel für eine bessere Teilhabe nach Schleswig-Holstein zu holen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bildungschancen sind viel zu sehr vom Portemonnaie der Eltern abhängig. Diese Ungerechtigkeit zeigt sich gerade bei den **Schülerbeförderungskosten**. Diese werden bisher nur bis zur 10. Klasse übernommen. Wir brauchen mehr Abiturienten und haben einen Fachkräftemangel, aber der Weg zur besseren Schulbildung bleibt vielen jungen Menschen versperrt. Eine bessere Berücksichtigung der **Mobilitätskosten** wäre für viele Familien in Schleswig-Holstein, die wenig Geld haben, eine große Hilfe. Sie würde die Chancen vieler Kinder verbessern.

(Dr. Marret Bohn)

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

In Zukunft sollen Kinder, die mit ihren Familien von Hartz IV leben, und diejenigen, die einen Kinderzuschlag bekommen, von zusätzlichen **Leistungen für Bildung und Teilhabe** profitieren. Das ist - bei aller Härte in der politischen Auseinandersetzung - im Prinzip richtig. Der grünen Forderung nach gleicher Teilhabe für alle Kinder kommt die Reform der Bundesarbeitsministerin von der Leyen allerdings nicht nach. Stigmatisierung, mehr Bürokratie und steigende Verwaltungskosten sind vorprogrammiert. Länder und Kommunen werden mit den Details der Umsetzung im Regen stehen gelassen. Ob hier das Versprechen der Ministerin, dass alle Kosten durch den Bund getragen werden, auch wirklich eingelöst wird, bleibt offen.

Die Ministerin plant die Einführung einer **Bildungschipkarte**. Wie die in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ab dem 1. Januar 2011 funktionieren soll, steht in den Sternen. Bis dahin sind es nur noch wenige Wochen. Wir Grüne wollen, dass alle Kinder ein warmes und **gesundes Mittagessen** in der Schule bekommen können und dass die Schulsozialarbeit ausgebaut wird. Dazu brauchen wir eine bessere **Förderung von Ganztagschulen**; auch in ärmeren Bundesländern wie Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Hierzu muss endlich das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern aufgehoben werden. Wir haben die Monarchie irgendwann hinter uns gelassen. Jetzt müssen wir auch diesen alten Zopf endlich abschneiden. Er ist so überflüssig wie ein Kropf.

Es geht weiter: Geplant sind verschärfte Sanktionen und eine schlechtere rechtliche Lage, wenn die Bescheide fehlerhaft sind. Schwarz-Gelb betreibt Raubbau an sozialen Bürgerrechten und wundert sich, wenn Sozialverbände, Gewerkschaften und Opposition vor den Folgen warnen.

Kommen wir zum nächsten Punkt: **Berechnung von Leistungen** und Vermittlung in Arbeit. Das ist die Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit. Jetzt sollen in den Jobcentern parallele Strukturen zur Jugendhilfe aufgebaut werden. Das macht wirklich gar keinen Sinn. Die Bundesagentur selbst hat übrigens schon signalisiert, dass sie das gar nicht leisten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: So wie geplant darf die aktuelle Hartz-IV-Re-

form nicht umgesetzt werden, sonst entwickelt sie sich zu einer Dauerbaustelle. Das kann wirklich niemand wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir Grüne haben oft genug gesagt, dass wir, was das SGB II angeht, das sogenannte Hartz IV, selbstkritisch sind. Auch wenn der Abbau von doppelten Verwaltungsstrukturen richtig war, so sind wir nicht zufrieden mit den Auswirkungen. Hier muss dringend nachgebessert werden. Ich appelliere an Sie alle: Machen Sie nicht dieselben Fehler wie wir. Stimmen Sie dem Gesetz im Bundesrat nicht zu! Beauftragen Sie ein unabhängiges **Expertengremium**, das die Regelsätze transparent berechnet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, versuchen Sie, noch Einfluss zu nehmen; für Transparenz und Nachvollziehbarkeit, für angemessene Regelsätze und ein angemessenes Existenzminimum, für Chancengleichheit und Bildungsteilhabe. Das wäre eine gute Nachricht für die Arbeitslosen in Schleswig-Holstein. Den Anträgen von SPD und der LINKEN werden wir gern zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die konkrete Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung ist bereits mehrfach hier im Plenum Diskussionsthema gewesen. Seit nunmehr fast sechs Jahren steht das Stichwort Hartz IV für einen politischen Dauerkonflikt. **Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe** war grundsätzlich richtig; das Prinzip Fördern und Fordern auch. Ich erinnere mich gut, dass dies damals im Vermittlungsausschuss unter der aktiven Beteiligung von Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Angela Merkel und Guido Westerwelle ausgehandelt wurde. Dennoch ist es so, dass die ganze Sache primär der Sozialdemokratie geschadet hat.

Aus dieser Entwicklung, nämlich der problematischen Anwendungspraxis und der Wahrnehmung

(Dr. Ralf Stegner)

bei den Bürgerinnen und Bürgern, haben wir unsere Lehren gezogen. Als Politiker sollte man nicht weitreichende Gesetze beschließen und sich dann nach dem Motto „abgehakt“ einem neuen Thema widmen. Nein, wir müssen uns auch gefallen lassen, dass Gesetze hinterfragt und im Detail kritischen Prüfungen unterzogen werden.

Da sich die Gesellschaft einem permanenten Wandel unterzieht, müssen wir auch die Gesetze der Realität anpassen. Das gilt erst recht, wenn 7,7 Millionen Menschen auf **Grundsicherung** angewiesen sind und wenn zwei Millionen Kinder statistisch als arm gelten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Fall hat uns nicht Einsicht, sondern ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu schnellerem Handeln gezwungen und eine Neuberechnung der Regelsätze gefordert. Frau von der Leyen jubelte am Tag der Urteilsverkündung - ich zitiere:

„Heute ist die Bildung der Kinder der große Sieger.“

Was ist davon übrig geblieben? - Der vorgelegte Gesetzentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung bleibt meilenweit hinter den Ankündigungen, vor allem aber hinter den Erwartungen der Menschen und den Anforderungen einer gerechten sozialpolitischen Weichenstellung zurück. Es geht eben nicht um Banker, Hoteliers, Energiekonzerne oder die Pharmaindustrie.

(Zurufe von der FDP)

Es geht um arme Kinder und deren Eltern, und die haben bei Konservativen und Liberalen leider keine Lobby.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bei den **Regelsätzen** lassen Sie für die Erwachsenen doch tatsächlich 5 € springen. Leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche bekommen nun ein eigenständiges Sozialgeld, gestaffelt nach Altersgruppen. Die Sätze sind aber unverändert. Warum? - Weil Sie bei den statistischen Referenzgrößen getrickst haben. Dann hatte Frau Merkels PR-Abteilung die Idee, das Sozialgeld um ein sogenanntes **Bildungspaket** zu ergänzen. Das klingt gut. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für die Kinder von Geringverdienern und Transferempfängern tatsächlich verbessert würden; geben wir doch gerade einmal 4,7 % unseres Bruttosozialprodukts für Bil-

dung aus; deutlich weniger als der OECD-Schnitt und übrigens die Hälfte dessen, was Island oder die USA ausgeben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Was ist also richtig für Schülerinnen und Schüler und für Kinder in der Kita? - Für sie müssten Verbesserungen stattfinden und eben nicht nur das, was angekündigt wird. Alle Ankündigungen werden auch noch durch bürokratische Vorschläge wie die personalisierten Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärungen erbracht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit sind, wie wir alle wissen, anerkannte Nachhilfeexperten. Sie sind ja auch kaum anderweitig ausgelastet. Sie sollen gewährleisten, dass leistungsberechtigte Personen geeignete **Leistungsangebote** in Anspruch nehmen können. Die Ankündigungen von Frau von der Leyen haben mit der Wirklichkeit nahezu nichts zu tun. Der Berg kreiße und gebar eine Maus; und dann noch eine ziemlich missgebildete Maus aus der Bürokratenretorte. Herr Schäuble hat das Ergebnis vorab diktiert, und Frau von der Leyen hat lächelnd zu retuschieren versucht, was zu wenig, zu kompliziert und obendrein ungerecht und bürokratisch ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was politisch notwendig wäre, ist etwas ganz anderes: Echte gesellschaftliche Teilhabe für Kinder, Verbesserung der Chancen auf Bildung für jedes Kind; ob deutsch oder nicht deutsch, mit alleinerziehender Mutter oder alleinerziehendem Vater, ob arm oder reich, Ausbau der Infrastruktur, Ganztags-Kitas und Ganztangsschulen, Stärkung der Schulsozialarbeit an jeder Schule, auskömmliche Mindestlöhne als einzig taugliches Mittel zur **Wahrung des Lohnabstandsgebots**, echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose und nachhaltige Armutsbekämpfung bei Kindern. Das wäre erforderlich, denn die gesellschaftliche Teilhabe muss auch für Kinder von **Geringverdienern** möglich sein. Hier kann und darf sich der Sozialstaat nicht verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch eine gesunde Ernährung, idealerweise durch Schulspeisung. Sie machen aber gerade dem Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ den Garaus in Schleswig-Holstein.

Frau Merkel lobt sich selbst mit bundesweiten millionenschweren Anzeigen. Leider bekommen der-

(Dr. Ralf Stegner)

zeit aber 80 % aller Schülerinnen und Schüler überhaupt kein Angebot für ein gesundes und warmes Mittagessen.

(Zuruf von der CDU)

- Dass Ihnen das unangenehm ist, verstehe ich. Das ist aber einfach unsozial, und das ist das Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das seitens der Bundesregierung vorgestellte sogenannte **Bildungspaket** ist in Wirklichkeit ein Paket politischer Einbildung. Ein Betrag von gerade einmal 10 € für eine angemessene Teilhabe ist völlig unzureichend, wie jeder weiß, der am realen Leben teilnimmt.

Wer die Kritik des Bundesrechnungshofs an den Ein-Euro-Jobs nachvollzieht, der weiß, dass bedürftigen Kindern hiermit ein Bärendienst erwiesen wird.

(Unruhe)

- Frau Präsidentin, ich kann nachvollziehen, weshalb der rechte Teil des Hauses so lärmt, weil es ihm nämlich unangenehm ist, dass das angesprochen wird. Draußen demonstrieren aber ganz viele Menschen gegen die Politik, die Sie hier machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das angedachte **Gutscheinsystem** ist nicht effektiv. Es ist eher diskriminierend und führt zu einem höheren Bürokratieaufwand. Dies hat zur Folge, dass durch die Hemmschwellen die Teilnahmechancen eben nicht verbessert, sondern wahrscheinlich sogar verschlechtert werden. Eine moderne Kinder- und Bildungspolitik muss aber allen Kindern die gleichen Rechte bieten. Sie aber machen das, was wir aus Ihrer „aussortierenden Retrobildungspolitik“ in Schleswig-Holstein kennen und was zu Recht Eltern, Schüler, Lehrer und Kommunen auf die Barrikaden treibt. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten ist eine der Hauptforderungen der SPD. Wer in Kinder und deren **Bildung investiert**, investiert in die Zukunft und spart zudem an Jugendhilfe und **Folgekosten**. Das Geld, das es kostet, eine Schule durch Schulsozialarbeit und warmes Mittagessen zu verbessern, kann man natürlich auch in Haftplätze für Jugendliche stecken. Das ist nämlich genau das,

was dabei herauskommt, wenn man das nicht tut. Wir brauchen gut ausgebildete Jugendliche.

Der Kollege von Boetticher hat bei der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs in seiner schon legendär gewordenen „I-have-a-Dream“-Rede - gibt es diese eigentlich schon bei YouTube, Herr Maltzan? - Folgendes gesagt:

„Wir brauchen ganz gezielt eine Politik, die auf die sozial Bedürftigen ausgerichtet ist, die diese Unterstützung brauchen.“

Gut gebrüllt, Löwe. Doch wo sind die Taten? Taten sind überhaupt nicht zu sehen.

Damit haben Sie Ihre „180-Grad-Nachwahlwende“ bei den kostenfreien Kita-Jahren begründet. Ich finde, Sie sollten dafür sorgen, dass die sozial bedürftigen Kinder diese Unterstützung auch erhalten, statt die Eltern in Schleswig-Holstein massiv mehr zu belasten, wie Sie das mit Ihrem Kürzungspaket tun; denn damit belasten Sie die Eltern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Forderung nach **Mindestlöhnen** zur Wahrung des Lohnabstandsgebotes ist nicht neu. Sie wollen das nicht hören und stöhnen jedes Mal auf, wenn ein Sozialdemokrat das hier vorträgt. Es geht aber nicht nur darum, Bedürftigen eine verfassungsfeste und menschenwürdige Grundsicherung zu gewährleisten. Vielmehr geht es darum, zu verhindern, dass Menschen überhaupt auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Es geht um gute und **existenzsichernde Arbeit**. Sie wollen christliche und marktwirtschaftliche Parteien sein. Es ist aber weder christlich noch marktwirtschaftlich, wenn Millionen Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können und die Steuerzahler Dumpinglöhne subventionieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem spielen Sie die eine Gruppe gegen die andere Gruppe aus. Menschen ohne Arbeit und Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, hetzen Sie gegeneinander auf. Herr Minister Garg, bei dieser Frage sollten Sie sich nun wirklich nicht am Mächtigen-Caligula aus dem Auswärtigen Amt orientieren. Dabei sollten Sie sich mehr Ihrer Aufgabe widmen, nämlich das Gemeinwohl zu mehren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen einen nationalen Bildungspakt, um eine bundesweit vergleichbare und einheitliche Grundsiche-

(Dr. Ralf Stegner)

rung bezogen auf Bildung, Betreuung und soziokulturelle Teilhabe zu gewährleisten. Wir brauchen ferner die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Wir brauchen außerdem Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, um weitere Maßnahmen umzusetzen wie einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten, mehr Schulsozialarbeit, inklusive Kindertageseinrichtungen und ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen.

All dies könnte man übrigens bezahlen, wenn man nicht Milliarden für die abstruse „Kita-Fernhalteprämie“ ausgeben würde, die Frau von der Leyen plant. Damit könnte man sehr wohl Schulsozialarbeit finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

All das kostet viel Geld, es nicht zu tun, kostet uns unsere Zukunft. Das große Ziel der Bildung ist nicht Wissen, sondern Handeln. Das ist für Bund, Länder und Kommunen in den nächsten zehn Jahren ein Kraftakt, der auch eine Änderung des Grundgesetzes verlangt. Frau Kollegin Bohn hat das bereits angesprochen.

Herr Kollege von Boetticher, was ist eigentlich aus Ihrem Antrag geworden, den Sie im Zusammenhang mit der **Aufhebung des Kooperationsverbotes** in Karlsruhe stellen wollten? Michael Sommer war gerade bei mir im Büro und sagte mir, er habe auch die Erwartung an die Volkspartei Union, dass sie sich endlich dieser Aufgabe stellt und dies Kooperationsverbot in ein Kooperationsgebot umwandelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Nelson Mandela sagte im Jahr 2005 zu Recht: Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. - Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.

Die Sozialdemokraten im Bundestag und die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen im Bundesrat werden gegen diesen Gesetzentwurf stimmen. Ich wünsche mir von der Landesregierung, dass sie im Vermittlungsverfahren mehr Weitsicht zeigt als bei ihren Kürzungspaketen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig werde ich bei Ihnen um Unterstützung für unseren Antrag; denn hierbei geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Kernsubstanz unseres Sozialstaats, dass wir für unsere Kinder alles tun, was wir können, und kein Kind in Schleswig-Holstein zurücklassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Tag ist die SPD Schleswig-Holstein zu sozialistischer Politik zurückgekehrt.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und der LINKEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Wir haben lange daran gearbeitet, dass ihr das merkt!)

- Ich glaube, Sie haben in den vergangenen Jahren gar nicht gemerkt, wofür Sie gestanden haben. Das ist das Problem an der ganzen Geschichte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich dachte, es würde ein ruhiger Nachmittag werden, aber diesen Tag muss man sich merken. Herr Kollege Stegner, was wir gerade gehört haben, hat zwei Komponenten. Erstens. Man reibt sich die Augen und fragt sich, wofür die SPD eigentlich in den vergangenen 20 Jahren gestanden hat und was sie in der Politik getan hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zweitens. Wenn man bei Kindern und bei Hartz IV fast nichts gebacken bekommen hat, dann sollte man etwas weniger über andere herziehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich kann nachvollziehen, dass es parteiinterne Wettbewerbe gibt. Solche kenne ich selbst auch. Das kann einen aber doch nicht dazu verleiten, seine Position von einem Tag auf den anderen zu verändern. Man muss doch etwas mehr Rückgrat haben. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir werden den 11. November in wirklich guter Erinnerung behalten. Ich bin ein Oldie in diesem Haus und kenne deshalb noch die politische Diskussion mit Jochen Steffen. Auf diese Zeit geht die heutige Diskussion nämlich zurück.

Was ist das Minimum dessen, was ein Mensch für ein menschenwürdiges Leben benötigt? Die **Einkommens- und Verbraucherstichprobe** ist eine objektive Erhebung darüber, was tatsächlich verbraucht wird. Zu Recht ist damit der alte Warenkorb abgelöst worden. Zu Recht gehören Alkohol und Tabak nicht mehr in diesen Warenkorb. Die Er-

(Werner Kalinka)

gebnisse dieser Erhebung haben wir zu akzeptieren. Sie sind nachvollziehbar und transparent. Dabei muss es auch bleiben.

An mancher Stelle wünscht man sich zwar mehr, aber darum kann es nicht gehen. Von 320 Milliarden € im Bundeshaushalt gehen rund 50 Milliarden € in Hartz-IV-Sätze, 15 Milliarden € in die Grundsicherung und etwa 80 Milliarden € als Zuschuss in die Rente. Bei aller Kritik, die auch ich an manchen Dingen übe, bleibt doch eines festzustellen: Unser Staat ist sozial, auch wenn das Geld knapp ist. Das muss man im Grundsatz festhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Kollegin Jansen, wenn Sie sagen, Hartz IV müsse weg, dann führen wir eine ganz andere Debatte. Wer Hartz IV abschaffen möchte, der kann auch nicht für diese Hartz-IV-Sätze sein. Das ist doch logisch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen ist diese Diskussion schlichtweg eine völlig andere.

Zweiter Punkt. Die **Bildungschancen** von Kindern aus einkommensschwächeren Familien werden in Deutschland deutlich verbessert, und das ist gut so. Es wäre eine ganz schlimme Situation, es wäre unerträglich, wenn es im Jahre 2010 vom Portemonnaie der Eltern abhinge, welchen Bildungsweg ein Kind nehmen kann.

(Zuruf von der SPD: Tut es doch!)

Das ist nicht die Situation in Deutschland!

(Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Baasch [SPD]: Doch! - Weitere Zurufe)

- Nein, das ist sie nicht. Die Zeit, Kollege Baasch, als dies dominant war, ist Gott sei Dank vorbei.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Es gibt ganz sicherlich Verbesserungsnotwendigkeiten. Aber ich möchte Sie noch einmal fragen: Was haben Sie in den letzten zehn, zwanzig Jahren in Ihrer Bilanz eigentlich getan, wenn Sie hier so vehement Schelte verteilen? Die Frage müssen Sie sich schon gefallen lassen.

Sachleistungen können zielgenauer helfen. Auch dies ist richtig, und deswegen ist dieser Kurs der Bundesregierung nicht zu beanstanden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer ein Stück ehrlich diskutiert, der weiß, dass manches, was an Hartz-IV-Geld oder aus anderen Bereichen kommt, in einer Familie nicht immer so ausgegeben wird, wie dies optimalerweise für Kinder der Fall wäre. Das ist die Realität; daran kann man nicht vorbeigehen. Deswegen finde ich es richtig, dass durch Sachleistungen für Bildung, für Sport und auch für Freizeit eine Entwicklung genommen wird, durch die wirklich den Kindern zugutekommt, was die Gemeinschaft für sie geben will. Das ist ein durchaus richtiger Ansatz.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum Thema **Missbrauch** haben Sie die Grundaussage bestritten, Sanktionen müssten erfolgen, wenn sie begründet und gesetzlich geregelt sind. Sie sagen, Sanktionen sollten ausgesetzt werden. Wenn wir gesetzliche Leistungen haben, wenn wir hohe staatliche Förderungen haben, und jemand verstößt gegen die vorgegebenen Regeln, dann ist das **ohne Sanktionen** nicht zu machen. Dieser Grundsatz kann eigentlich nicht strittig sein. Deswegen kann man zu diesem Punkt nur ein klares Nein sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Davon unabhängig ist die Frage, ob es bei der Beantragung von Hartz IV zu Streitigkeiten kommt, woran nicht immer nur die eine Seite Schuld hat. Da gibt es bestimmte Problembereiche, auch Missverständnisse; das will ich durchaus einräumen. Es gibt ja Gründe dafür, warum wir so viele Hartz-IV-Klagen haben. Ich will dieses Problem gar nicht leugnen und pauschal beiseiteschieben, um das ganz deutlich zu sagen. Aber eine Aussage dergestalt, Gelder, die gewährt werden, müssten prinzipiell ohne Sanktionen gewährt werden, auch wenn dagegen verstoßen werde, ist sicherlich nicht tragbar.

Meine Damen und Herren, Hartz IV ist die definierte Mindestgrenze dafür, auf welchem Niveau eine Familie und die Menschen in Deutschland leben sollten. Eine definierte Mindestgrenze! Wer logisch weiterdenkt, wird zu dem Ergebnis kommen müssen, dass dann ein **Lohnabstandsgebot** dazu führen muss, dass der Lohn in der Berechnung von dort an nach oben gehen muss. Das ist jedenfalls meine Auffassung. Ich bitte Sie, einmal genau darüber nachzudenken, was der Satz bedeutet. Das bedeutet natürlich auch, dass man die Hartz-IV-Sätze präzise berechnen muss, weil natürlich das Draufsatteln, was ja bei einem Lohnabstandsgebot erfolgen muss, zu höheren Grenzen führen wird. Das ist eine politi-

(Werner Kalinka)

sche Brücke, von der ich mir wünschen würde, wir würden darüber gemeinsam intensiver diskutieren.

Von 7 oder 8 € kann im Regelfall niemand auskömmlich und vernünftig leben. Sie werden von mir nicht erleben, dass ich **Lohndumping** oder anderen Dingen das Wort rede. Lohndumping ist und bleibt unsozial. Darüber braucht man sich politisch überhaupt nicht zu unterhalten.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Aber umso mehr möchte ich bei Ihnen für den gemeinsamen Korridor werben. Ich habe mir am Ende meiner Stichworte aufgeschrieben: Nach der guten gestrigen Arbeitsmarktdebatte wäre ein breiter Konsens in gemeinsamer wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Verantwortung eine gute Grundlage für die Betroffenen, eine Grundlage auch für die Unternehmer, die kalkulieren müssen. Das sollten meine Schlussworte sein. Ich hatte nach der gestrigen Debatte die Hoffnung, dass wir gemeinsam diesen Weg gehen würden.

Natürlich gibt es auch Dinge, über die man immer unterschiedlicher Meinung sein muss, wenn man in der Opposition ist oder wenn man regiert. Ich will das einmal an einem Beispiel aus der Bildungspolitik sagen: Sie fordern flächendeckend in Bildung zu investieren und Schulsozialarbeit auszuweiten. Dagegen kann man ja eigentlich gar nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist ein Unterschied, ob ich zu einer **Schuldenbremse** Ja gesagt habe, aber bei jedem Punkt inzwischen sage, ich verabschiede mich aus dem konkreten Verantwortungsbereich dazu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, verübeln wir Ihnen ja gar nicht, dass Sie mehr fordern, als wir meinen, beschließen zu können.

(Zurufe von der SPD)

- Das tun wir doch gar nicht. Ich bitte Sie nur um Verständnis dafür, dass den finanziellen Möglichkeiten durch die verabschiedete Schuldenbremse Grenzen gesetzt sind. Das ist nun einmal die Wirklichkeit.

Wir werden beim Thema **Schulsozialarbeit** im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt 2011/2012 darüber diskutieren und entscheiden, wo wir etwas drauflegen können. Es ist ja nicht so, dass für uns diese Dinge tabu wären. Es liegen ja auch Vorschläge vor. Aber machen Sie sich bitte nichts vor:

Überall mehr zu fordern, wird am Ende nicht funktionieren.

Man kann auch verstehen, dass mancher für seine „Klientel“ stärker werben muss. Sie haben da genau wie wir Dinge, die im Hintergrund sind. Ich finde es aber nach wie vor wünschenswert, dass die Gemeinsamkeit in diesem Haus in diesen Fragen größer ist als das Trennende, wenngleich ich, Herr Dr. Stegner, nach Ihrer Rede sagen muss: Ich glaube, dass Sie in dieser Frage heute eine Zäsur gemacht haben, von der ich mir wünschen würde, Sie würden darüber noch einmal nachdenken.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Tat in den letzten Monaten schön öfter in diesem Haus über dieses Thema gesprochen. Ich hätte mir gerade nach der gestrigen Debatte zum Thema Arbeitsmarkt etwas mehr Sachlichkeit gewünscht. Die Parteitagsreden, die wir gehört haben, und die Selbstgerechtigkeit sind, glaube ich, wenig sachdienlich für diese wichtige Debatte.

Meine Damen und Herren, die neue **Ermittlungsmethode** der **Regelsätze** im **SGB-II-Bereich** durch das Bundesministerium von Frau von der Leyen war durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erforderlich geworden. Die Bundesregierung hat entsprechend den Vorgaben des Urteils die Regelsätze transparent und nachvollziehbar berechnet. Auch wenn Sie das anders sehen, das ist so. Ich bin auch der Meinung, dass das Verfassungsgericht dies völlig zu Recht eingefordert hat. Es wurden ja glücklicherweise zum ersten Mal auch ein wirklicher Regelsatz berechnet und nicht Kinder wie zu kurz geratene Erwachsene behandelt, sondern als eigene Persönlichkeiten wahrgenommen. Ich finde, das ist völlig zu Recht angemahnt worden, und es wurde jetzt auch umgesetzt.

Wir halten auch die **Höhe der Regelsätze**, die wahrscheinlich der umstrittenste Punkt ist, wie sie im Gesetzentwurf der Bundesregierung festgeschrieben worden sind, für eine angemessene Grundlage. Wichtig ist uns dabei, dass das Lohnabstandsgebot gewahrt bleibt

(Beifall bei der FDP)

(Christopher Vogt)

und dass der Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung nicht gemindert wird. Wir unterstützen auch das Anliegen der Bundesregierung, die Bildungschancen der betroffenen Kinder zu verbessern und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Es ist ja auch schön, dass alle das so sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Tietze, ich kann auch Parteitage- und Demoreden halten wie Herr Stegner. Aber ich finde das Thema zu wichtig, um hier so selbstgerecht zu tun, als hätte man mit alledem nichts zu tun, als würde man alles besser machen.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch immer ein bisschen peinlich, wenn die Regierungsbilanz und die Forderungen ein Jahr, nachdem man abgewählt wurde, so weit auseinanderklaffen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen kann ich ja wohl sachliche Reden zu diesem Thema halten. Das ist ja wohl mir überlassen, und deswegen mache ich das auch so.

Meine Damen und Herren, durch die **Förderung mit Sachleistungen** können Kinder jetzt zielgenauer unterstützt werden, auch wenn die Details des Bildungs- und Teilhabepakets natürlich noch nicht genau klar sind. Das ist auch nicht schön. Es ist tatsächlich noch eine gewisse Ungewissheit vorhanden; das sehen wir auch so. Aber das Ziel ist, dass die Leistungen auch bei den Kindern ankommen.

Sie können ja sagen, was Sie wollen, die Bundesregierung gibt in diesem Bereich mehr Geld aus als die letzten Bundesregierungen, und sie gibt es auch zielgenauer aus. Das ist das Entscheidende, worüber wir reden müssen, auch wenn Ihnen das nicht passt. Das ist nun einmal ein Faktum.

Meine Damen und Herren - insbesondere von den LINKEN - ich bin wirklich erstaunt, Frau Jansen. DIE LINKE ist nun wirklich die Partei, die nur wegen Hartz IV entstanden ist, zumindest in Westdeutschland.

(Zurufe von der LINKEN)

- Entschuldigen Sie, glauben Sie, dass es DIE LINKE geben würde, wenn es die Hartz-IV-Debatte nicht gegeben hätte? Ich glaube das nicht. Das können Sie ja anders sehen. Insofern finde ich es bemerkenswert, wenn Sie sagen, Hartz IV muss weg, und wenn man dann fragt, was dann kommt, dann sagt Frau Jansen: Weiß ich nicht, Mindestlohn oder

so. Das kann doch nicht Ihre Antwort auf die Frage sein. Das haben Sie gesagt.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Wir werden im Protokoll nachlesen, was Sie dazu gesagt haben.

Meine Damen und Herren von der LINKEN, zu Ihrem Antrag, die **Sanktionsmöglichkeiten auszusetzen**: Allen hier im Saal ist bekannt, dass es bei den Jobcentern Probleme bei der Bearbeitung der Bescheide gibt. Es gibt nicht nur sehr viele Klagen, es gibt auch sehr viele erfolgreiche Klagen gegen die Entscheide in den Jobcentern. Das ist problematisch. Das sehen - glaube ich - alle so. Ich bin aber nicht der Meinung, dass man das aussetzen sollte. Ihr Ziel ist ja nicht, das auszusetzen und zu überprüfen, sondern die ganz abzuschaffen.

Wir sind der Meinung, man muss die Sanktionsmöglichkeiten überprüfen und verbessern. Dann kann man die Sanktionsmöglichkeiten besser fortführen. Sie auszusetzen, halten wir für den falschen Weg.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns auch über die Qualifikation und Weiterbildung der Mitarbeiter in den **Jobcentern** unterhalten. Das ist ganz klar. Wir halten es für klüger, die Sanktionsmöglichkeiten umfangreich zu überprüfen. Wir wollen die Aufgaben der Bundesagentur insgesamt **evaluieren**. Wir wollen überprüfen, was die Bundesagentur alles macht und wie sie es macht. Es ist ein guter Weg, dass die Koalition in Berlin angekündigt hat, das jetzt in Angriff zu nehmen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Vogt, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Thoroe zu?

(Björn Thoroe [DIE LINKE]: Ich habe eine Frage!)

Christopher Vogt [FDP]:

Deshalb stehen Sie ja da.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Björn Thoroe [DIE LINKE]: Die FDP vertritt das Bürgergeldmodell. Sind bei diesem Modell Sanktionen vorgesehen?

- Ja, die FDP vertritt das Bürgergeldmodell. Darum geht es in dieser Debatte aber nicht, oder?

(Christopher Vogt)

(Zuruf von der SPD: Eine sehr souveräne Antwort! - Zurufe der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] und Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

- Ich könnte das ausführen, aber ich möchte meine Redezeit gern dafür verwenden - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich werde Ihnen das gern erklären! - Weitere Zurufe)

- Das weiß ich, Herr Habersaat. Ich würde jetzt aber trotzdem gern zu diesem Thema reden.

Wir reden über die neuen Hartz-IV-Regelsätze und nicht über das **Bürgergeldmodell**. Sie können gern einen Bürgergeldantrag stellen. Dann können wir uns gern über das Bürgergeldmodell unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich halte das jetzt für wenig sachgerecht. Das Bürgergeldmodell steht im Koalitionsvertrag der Bundesregierung leider nur als Prüfauftrag. Auf Nachfrage im Bundesministerium habe ich erfahren, dass man es prüfe. Insofern wird das Bürgergeldmodell leider nicht kommen.

Ich hatte mir vom Antrag der SPD-Fraktion etwas mehr erhofft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss doch klar sein! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Vogt hat das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Habeck, ich würde gern etwas zum Antrag der SPD-Fraktion sagen. Wir kennen Ihre **Mindestlohnforderungen**. Wir halten sie nicht für zielführend. Aber auch da muss man sagen, Sie reden immer von **Willkürlichkeit**, auch bei diesen Regelsätzen. Wie sind denn die Mindestlöhne? Letztes Jahr forderte die SPD noch 7,50 €, jetzt 8,50 €. Wie sind denn die festgelegt? Die sind doch auch willkürlich festgelegt. Einfach eine Grenze zu ziehen, halten wir nicht für zielführend.

Auch am Beispiel der Familie aus Lübeck haben wir gesehen, dass sie Wohngeld beziehen muss. Sie muss zusätzliche Leistungen beziehen.

Ihre Forderung nach **Bundsmitteln** für **Kitas und Ganztagschulen** ist sehr interessant. Das finde ich gut. Ich finde auch, dass Berlin uns immer mehr

Geld geben sollte. Man muss aber auch sehen, dass die erste Föderalismusreform 2006 - ich glaube, dass es damals Herr Koch und Herr Steinbrück waren - das Kooperationsverbot verschärft hat. Es ist im Grundgesetz niedergeschrieben. Insofern ist es schwierig, kurzfristig umzusetzen, dass wir mehr Geld aus Berlin bekommen.

Die Vorschläge der Bundesregierung sind allgemein bekannt. Im Bundesrat geht es darum, das zu verhandeln. Die Signale sehen gar nicht so schlecht aus, nach all dem Getöse, das wir auch heute gehört haben. Es liegt jetzt wirklich an den Sozialdemokraten. Bei der Jobcenterreform haben sie ja im Bundesrat konstruktiv mitgearbeitet.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Ja, Herr Baasch, das haben Sie doch, oder nicht?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Ja, im Bund. Die Sozialdemokraten haben sich doch bei der Jobcenterreform sehr konstruktiv eingebracht. Deshalb sollten Sie sich auch jetzt konstruktiv, im Sinne aller, im Sinne der Betroffenen, einbringen.

Im **SGB-II-Bereich** muss noch für mehr **Fairness** und **Durchlässigkeit** zum ersten Arbeitsmarkt gesorgt werden. Die Bundesregierung hat dort schon eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen. Es muss aber noch mehr passieren: die Verbesserung der Vermittlung und die Qualifizierung der Mitarbeiter - das hatte ich schon angesprochen -, die Qualifizierungsmöglichkeiten erwerbsloser Menschen - ein ganz wichtiger Punkt - und die Hinzuverdienstmöglichkeiten, die ich auch in der letzten Debatte schon angesprochen hatte. Mittlerweile gibt es einen enttäuschenden Kompromiss auf Bundesebene. Wir müssen aber den Menschen, die Grundsicherung beziehen und nebenbei auch noch arbeiten, auch mehr als bisher von dem verdienten Geld lassen.

Zu den **Ein-Euro-Jobs**. Das sehe ich fast genauso wie DIE LINKE.

(Zuruf von der LINKEN: Oh! - Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und SSW)

Im Sozialausschuss haben wir das Thema erkannt und dazu bereits eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Sie wird nun in einer Synopse ausgewertet.

Frau Jansen, die Kritik an den Ein-Euro-Jobs ist allgemein bekannt. Der Bundesrechnungshof hat in den letzten Tagen noch einmal die Kritik erneuert.

(Christopher Vogt)

Vor allem wird bei den Ein-Euro-Jobs kritisiert, dass sie zum einen ihren ursprünglichen Zweck, nämlich eine Leiter in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen, nicht erfüllen und zum anderen auch im großen Stil missbraucht werden, also reguläre Beschäftigung verdrängen. Insofern bin ich dagegen, einfach wie die Linken ganz platt zu sagen: Wir schaffen Ein-Euro-Jobs ab und machen eine **künstlerische öffentliche Beschäftigung**. Das haben Sie neulich auch in Ihrer Presseerklärung gefordert. Ich bin dafür, auch die Ein-Euro-Jobs wie alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu evaluieren und dann zu verbessern. Wir können sie nicht abschaffen und die Menschen einfach im öffentlichen Dienst einstellen.

(Beifall bei der FDP - Antje Jansen [DIE LINKE]: Nicht in den öffentlichen Dienst! Öffentliche Beschäftigung!)

Wir arbeiten daran, dass der **Sozialstaat zielgenauer ausgerichtet** werden muss. Wir haben unsere Vorschläge gemacht und auch zugegeben, dass es nicht einfach ist, weil es ein riesiges System ist. Frau Bohn, Sie sagten vorhin zu Recht, dass aus der Hartz-IV-Reform keine Dauerbaustelle werden soll. Es ist ja aber nun einmal eine riesige Baustelle, mit der wir noch zu tun haben. Insofern müssen wir Verbesserungen herbeiführen. Wir müssen den Sozialstaat insgesamt zielgenauer werden lassen. Wir haben im Bundeshaushalt mittlerweile über 60 % an sozialen Ausgaben. Das ist eine riesige Summe. Die Ergebnisse passen damit nicht zusammen. Deswegen muss der Sozialstaat zielgenauer werden. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine ganze Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen vor, doch alle haben eines gemeinsam: Inhaltlich beziehen sie sich auf bestehende Probleme und mehr oder weniger gravierende **Fehler beim System Hartz IV**. Der SSW hat seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze nicht nur den Grundgedanken eines ausgewogenen Förderns und Forderns begrüßt, sondern das Gesetz in seiner Ausformung immer kritisiert und deutlich gemacht,

dass die Gesetzgebung stetig weiterentwickelt werden muss.

Uns zeigt allein die Verdopplung der Hartz-IV-Fälle vor den Sozialgerichten in den vergangenen Jahren, dass noch sehr vieles verbesserungswürdig ist. Für Schleswig-Holstein bestätigen die Berichte der Bürgerbeauftragten regelmäßig diesen Eindruck. Allein 1.320 Eingaben und damit weit mehr als ein Drittel aller bearbeiteten Fälle gehen auf das SGB II zurück.

Die aktuelle Debatte um die **Neuberechnung der Regelsätze** macht besonders deutlich, wie drängend manche dieser Probleme wirklich sind: Von der Entwicklung der Regelsätze vor allem für Kinder und Jugendliche hängt ganz einfach deren umfassende Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben ab. Diese gebietet nicht zuletzt unser Sozialstaatsprinzip.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der LINKEN)

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Berechnung der Regelsätze wird aus Sicht des SSW vor allem eines deutlich: Bleiben die Sätze auf dem niedrigen Niveau, kann eine umfassende Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben nicht gewährleistet werden. Besonders der Blick auf die Situation von Kindern aus Hartz-IV-Familien zeigt doch, dass es bei ihnen oftmals nicht einmal für eine ausgewogene Mahlzeit reicht. Nicht zuletzt die aktuellen Untersuchungen im Auftrag der Sozialverbände belegen dies eindrucksvoll.

Der Antrag der SPD fordert die Landesregierung unter anderem dazu auf, sich bei den Verhandlungen auf Bundesebene für ein **transparentes Berechnungsverfahren** und wirklich **bedarfsorientierte Regelsätze** einzusetzen. Dies entspricht früheren Forderungen des SSW, sodass wir dem voll und ganz zustimmen können.

Für den Bereich der **Bildung** ist es besonders wichtig, schnell zu einem Verfahren zu kommen, das sich viel stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der jungen Menschen orientiert. Ich bezweifle ernsthaft, ob zum Beispiel die Bildungsbedarfe eines Sieben- bis 14-Jährigen mit einem monatlichen Betrag von 1,16 € abgedeckt sind.

Fest steht: Die aktuell eingeplanten finanziellen Mittel in diesem Bereich müssen dringend noch einmal auf den Prüfstand.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

(Flemming Meyer)

Es sollten selbstverständlich Fachleute aus dem Jugend- und Bildungsbereich entscheiden, welche **Leistungen zur Bildungsteilhabe** wirklich nötig sind. Dies sollte allerdings nicht nur hier, sondern auch in anderen Fachgebieten der Fall sein. In diesem Punkt geben wir den Linken recht, die in ihrem Antrag unter anderem fordern, Experten aus den betreffenden Bereichen in den Prozess der Neuberechnung einzubeziehen. Wir halten es aber für notwendig, dass die Experten dann auch in einem ausgewogenen Verhältnis repräsentiert sind; denn nur, wenn alle Interessen vertreten sind, sind der Prozess und letztlich auch das Ergebnis der Neuberechnung ausreichend legitimiert.

(Beifall beim SSW)

Auch wir halten das gesamte **Verfahren**, mit dem man zu den aktuellen **Regelsätzen** gekommen ist, für grundsätzlich unbefriedigend. Nicht zuletzt durch die Aktuelle Stunde zur Neuberechnung der Regelsätze wurden auch hier im Parlament erhebliche Zweifel und eine Reihe von Missverständnissen deutlich. Vor allem zeigt die Debatte insgesamt, dass hier weder von einem transparenten noch von einem nachvollziehbaren Verfahren die Rede sein kann. Der Auffassung der Regierungsfractionen, nach der die neuen Regelsätze ordnungsgemäß errechnet und dem Bedarf entsprechend seien, kann der SSW ganz einfach nicht folgen. Wir meinen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt weit davon entfernt sind, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.

Auch die Forderung der Grünen nach einer angemessenen Berücksichtigung von Mobilitätskosten halten wir daher für absolut berechtigt. Selbstverständlich setzt eine umfassende Teilhabe der Menschen ein Mindestmaß an Mobilität voraus. Angebote im **Freizeit-, Kultur- und Bildungsbereich** können nicht immer vor der Haustür vorgehalten werden. Die Befürchtung, dass die Kosten hierfür eben nicht realistisch veranschlagt werden, teilt auch der SSW. Dabei ist es doch völlig logisch, dass sich zu geringe Mittel in diesem Bereich in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein besonders nachteilig auswirken.

Leider verschärfen die Pläne der Landesregierung, die Zuschüsse zur **Schülerbeförderung** zu streichen, dieses Problem.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Wir halten es daher für wichtig, die bestehende Möglichkeit zu nutzen und die Regelsätze des SGB II und des SGB XII um diesen Punkt zu er-

gänzen; denn wir teilen die Auffassung der Grünen, nach der die Bildungschancen der Kinder im Land ganz einfach nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein dürfen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Natürlich hat DIE LINKE mit ihrer Forderung an die Landesregierung recht, im Bundesrat gegen das **Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen** zu stimmen. Eine mögliche Klage gegen die vorgelegten Regelsätze sehen wir allerdings eher skeptisch. Es ist offensichtlich, dass es in diesem konkreten Fall Unstimmigkeiten im Verfahren zur Neuberechnung gab. Gegen die Überprüfung - und damit auch die Möglichkeiten einer Klage - haben wir hier nichts einzuwenden. Langfristig halten wir es allerdings für wenig hilfreich, gegen jedes Vorhaben der Bundesregierung zu klagen, bevor alle politischen Möglichkeiten ausgereizt worden sind.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Die bestehenden Probleme im Zusammenhang mit dem sogenannten Sanktionsparagrafen, **§ 31 SGB II**, sieht auch der SSW mit Sorge. Selbstverständlich sind auch wir nicht mit Leistungskürzungen einverstanden, die die Existenz der Betroffenen gefährden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir dürfen uns aber in diesem Punkt nichts vormachen: Das System Hartz IV mit seinem Prinzip des Förderns und Forderns kann ohne **Sanktionsmöglichkeit** kaum funktionieren. Dabei muss die Verhältnismäßigkeit der Kürzung natürlich das wichtigste Gebot sein.

Aus der Sicht des SSW ist die Debatte um die Neuberechnung der Regelsätze und - in der Folge - eine Erhöhung dieser Leistungen absolut notwendig. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass wir das tiefer liegende Problem so nicht lösen. Auch veränderte Regelsätze sind leider nicht viel mehr als eine weitere Reaktion auf steigende Armutszahlen, auf prekäre Lebensverhältnisse und zunehmende soziale Ausgrenzung. Leider sind es vor allem die Jüngsten in unserer Gesellschaft, die unter dieser verfehlten Politik zu leiden haben.

Es ist schon oft gesagt worden, aber auch für den SSW möchte ich noch einmal klarstellen: Die Erhöhung der Regelleistungen als Folge des Urteils aus Karlsruhe ist die einzig richtige Konsequenz.

Natürlich müssen wir hierbei auch die Anreize für die Arbeitsaufnahme und die Interessen der Geringverdienenden im Blick behalten und das Lohnab-

(Flemming Meyer)

standsgebot beachten. Eine wirklich gerechte und - nach meiner Meinung - zwingende Folgerung sind deshalb ein gesetzlicher Mindestlohn und eine konsequente Entlastung unterer und mittlerer Einkommen von Steuern und Abgaben.

(Beifall beim SSW)

Wer behauptet, hierfür würden ganz einfach die nötigen Mittel fehlen, sollte sich an die Logik der Argumentation zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz erinnern. Ich erinnere mich sehr gut an all die Talkshows im Fernsehen, in denen uns die Anhänger dieses Gesetzes immer erzählten, es gehe darum, mehr Geld in Umlauf zu bringen, den Binnenmarkt zu fördern, und schon bekämen wir Wachstum. Hier haben wir die Möglichkeit dazu! Denn eines ist sicher: Hartz-IV-Empfänger werden, wenn sie mehr bekommen, dieses Geld nicht in den Sparstrumpf stecken und auch nicht im Ausland investieren. Hier haben wir einen richtigen Weg zur Wachstumsbeschleunigung.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Dreiminutenbeiträge auf.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn jemand auf der Tribüne der Debatte zugehört und die Argumente von CDU und FDP vernommen hat, dann muss er sich vornehmen wie bei Orwell, wo von „Neusprech“ die Rede ist. Sie sagen, unsere Rede sei selbstgerecht gewesen; das gilt übrigens auch für die Kollegin Bohn. Obwohl CDU, FDP, SPD und Grüne das damals gemeinsam im **Vermittlungsausschuss** vereinbart haben, waren wir die beiden Einzigen, die gesagt haben, dass man im Detail nachbessern muss, weil die Praxis gezeigt hat, dass Dinge verändert werden müssen. Da stellen Sie sich hier hin und reden von Selbstgerechtigkeit. Keine Schikane war Ihnen gut genug.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie behaupten - Herr Kalinka hat es auch getan -, wir verabschiedeten uns von unserer Regierungspolitik. Ich erinnere daran: Wir haben gemeinsam die

beitragsfreie Kita beschlossen. Kaum war die Wahl herum, haben Sie das mit Ihrer Mehrheit aufgehoben. Wer verabschiedet sich hier eigentlich von **gemeinsamer Regierungspolitik**?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gemeinsam - sogar mit der Opposition; außer den vier FDP-Abgeordneten - das Schulgesetz beschlossen. 65 von 69 Abgeordneten! Kaum ist die Wahl herum, lässt sich die CDU zu einem Schulgesetzentwurf drängen, der dazu führt, dass wir zur alten Regelung zurückkehren. Wer verabschiedet sich hier eigentlich von gemeinsamer Regierungspolitik?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gemeinsam dafür gesorgt, dass die Eltern die Schülerbeförderungskosten nicht tragen müssen. Was machen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf? Sie lassen die Eltern die Kosten wieder tragen. Wer verabschiedet sich hier eigentlich von gemeinsamer Regierungspolitik?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sagen: Es kommt gar nicht auf die Höhe von Sozialtransfers an - darüber muss man nicht streiten -, sondern die Menschen müssen von ihren Löhnen leben können. - Sie sind immer noch dagegen. Sie verhalten sich wie jemand, der verkehrt herum auf die Autobahn fährt und über die vielen Geisterfahrer, die ihm entgegenkommen, schimpft. Das ist genau das, was Sie tun, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kalinka fragt: Wo bleiben die **Finanzierungsvorschläge**? - Ich habe Ihnen gesagt, dass man die Schulsozialarbeit finanzieren könnte, wenn man die dämliche Herdprämie wegließe, mit der man die Kinder von den Kindertagesstätten fernhält. Wenn man dies täte, wäre das ein guter Beitrag, übrigens in Milliardenhöhe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Entschuldigung! Das mit „dämlich“ nehme ich zurück. Ich sage: die sehr problematische und ungerichte Fernhalteprämie. Herr Präsident, ich will dafür keine Rüge haben.

(Heiterkeit)

(Dr. Ralf Stegner)

Aber ich will Ihnen auch sagen: Wenn auf der Straße Tausende Menschen gegen Ihre Politik demonstrieren - ob das die Schulpolitik oder die Sozialpolitik ist -, dann sollten Sie hier nicht die Stirn haben, von Selbstgerechtigkeit bei anderen zu reden, sondern dann sollten Sie einmal darüber nachdenken, woran das eigentlich bei Ihnen liegt. Ich sage Ihnen: Es wird nicht mehr lange dauern, bis auch bei Ihnen die Erkenntnis einsetzt - bei den einen, weil sie in der Opposition landen, bei den anderen, weil sie vielleicht sogar außerparlamentarische Opposition machen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Reden Sie nicht so viel über Parteitage, sondern hören Sie einmal zu, was Ihnen die Menschen sagen! Verkaufen Sie auch die Leute auf der Tribüne nicht für dumm! Die verstehen sehr wohl, was Ja und was Nein ist. Sie können zehnmal behaupten, zwei plus zwei sei fünf - es bleibt vier, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Ich stelle fest, dass Herr Kollege Dr. Ralf Stegner aus eigener Kraft festgestellt hat, dass der Begriff „dämlich“ unparlamentarisch gewesen wäre.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe am Anfang der Debatte gefehlt, weil ich draußen von einem Journalisten aufgehalten worden bin.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Hören Sie mir erst einmal zu. - Ich habe soeben erfahren, dass Herr Kollege Stegner in meiner Abwesenheit gefragt hat, was ich eigentlich im Hinblick auf unseren Antrag zum **Kooperationsverbot** auf dem **Bundesparteitag** erreicht habe. Als Anknüpfungspunkt hat er auch erwähnt, dass er ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Sommer hatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Er hatte die Freundlichkeit - vielleicht hat er das nicht gesagt -, mich dazu einzuladen. Ich habe mich darüber sehr gefreut. Das Thema des Kooperations-

verbots wurde dabei auch umfangreich besprochen, im Übrigen mit einer großen Gemeinsamkeit. Wir waren uns nämlich alle einig, dass dieses Kooperationsverbot fallen muss.

Wir haben in diesem Gespräch sogar über verschiedene taktische Vorgehensweisen gesprochen, wir haben darüber gesprochen, wie man das auf unterschiedliche Art und Weise, die Gewerkschaften auf ihrem Wege, Herr Stegner und ich auf unserem Wege, erreichen kann. Nachdem dieses Gespräch stattgefunden hat, stellen Sie sich als Allererstes an dieses Pult und versuchen, mich in meiner Abwesenheit genau zu diesem Thema vorzuführen. Herr Stegner, das ist typisch für Sie.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist Ihre Art und Weise, Politik zu machen. Früher oder später werden die Menschen das merken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich nun dem Herrn Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Ich möchte zum Thema zurückkommen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

denn dieses Bauchpinseln langweilt nicht nur viele Leute hier, sondern auch draußen.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Antrag der LINKEN zum Sanktionsmoratorium sagen; denn die Frage nach **Sanktionen** im Bereich von **Hartz IV** ist eine zentrale Frage, mit der wir Grüne uns lange beschäftigt haben. Ich habe es schon letztes Mal angekündigt, dass wir Ihren Antrag unterstützen werden, weil er sehr wichtig ist.

Wenn wir über Sanktionen reden, entscheiden wir nämlich sehr wohl auch über die Frage, welches Menschenbild wir eigentlich haben, welche Würde wir eigentlich Menschen zugestehen, die in problematische Lebenslagen geraten sind. Das Argument für starke Sanktionen lautet immer, dass Missbrauch verhindert werden soll. Wenn man aber mit den Menschen redet, die sich in den ARGEn mit diesen Menschen auseinandersetzen, so sagen

(Rasmus Andresen)

diese: Es geht um 2 %, vielleicht nur um 1 % der Bezieher und Bezieherinnen von Leistungen nach dem SGB II. Das ist nicht sehr viel. Man kann schon sagen - deshalb auch unsere Kurskorrektur in diesem Punkt -, dass es auch eine Art von Ressourcenverschwendung ist, wenn man Mitarbeiter dafür einsetzt, Menschen zu sanktionieren, anstatt sie dafür einzusetzen, den Menschen zu helfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dies bedeutet eine starke psychische Belastung nicht nur für die Menschen, die unter den Sanktionen leiden, sondern auch für die Menschen, die beruflich damit zu tun haben. Denn auch diese können sich Besseres vorstellen, als für diese Praxis den Kopf hinhalten zu müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lars Harms?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Sie ist bestimmt nett.

(Heiterkeit)

Präsident Torsten Geerds:

Darauf kommt es nicht an.

Lars Harms [SSW]: Lieber Kollege, ich bin natürlich immer nett. Aber verstehe ich Sie richtig, dass man, wenn nur wenig genug Menschen gegen eine Regel verstoßen, aus Ihrer Sicht sagen kann, man sollte auf Sanktionen verzichten? Das würde dann zum Beispiel auch für die geringe Zahl von Steuerhinterziehern in diesem Land gelten; denn die Mehrheit zahlt brav ihre Steuern. Steuerhinterzieher müsste ich also nicht mehr verfolgen, weil es nur so wenige sind?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

So nett war die Frage jetzt doch nicht.

(Heiterkeit)

Für mich ist es ein Unterschied, ob wir über Sanktionen diskutieren, die sich gegen sozial Schwächere richten, die ohnehin schon sehr stark leiden und sehr viele Probleme haben, oder ob wir über Steuer-

hinterzieher reden, denen es meistens recht gut geht. Außerdem ist dies natürlich auch eine Grundsatzfrage der Menschenwürde.

(Zurufe von der FDP)

- Dass Sie, Herr Kubicki, mit Menschenwürde nicht viel am Hut haben, wird an Ihrem Verhalten hier sehr eindringlich deutlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja unglaublich! Herr Präsident!)

Aber darum geht es jetzt nicht. Es geht darum, dass es auch eine grundsätzliche Frage der Menschenwürde ist, dass es auch darum geht, welches Bild wir von Menschen haben, denen es schlechter geht als uns selbst. Insofern, finde ich, ist die Frage nach Sanktionen bei Hartz IV eine andere Debatte als die über Steuerhinterzieher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Christopher Vogt [FDP]: Das ist unmöglich!)

Ich bin der Meinung, wir sollten uns lieber auf die Menschen konzentrieren, die darunter leiden, nicht in Arbeit zu stehen, die gern wieder einen vernünftigen Arbeitsplatz hätten. Genau deswegen sagen wir, dass ein **Sanktionsmoratorium** richtig ist, ein Moratorium, das so lange in Kraft gesetzt wird, bis wir Lösungen gefunden haben, die sowohl transparent sind als auch das Problem von Grund auf angehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter Andresen, für Ihre Aussage, der Herr Abgeordnete Kubicki habe mit Menschenwürde nichts am Hut, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf!

(Günther Hildebrand [FDP]: Er soll einmal zuhören, wenn der Präsident mit ihm redet, und sich nicht mit anderen Leuten unterhalten! - Zurufe von der CDU)

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich jetzt der Frau Kollegin Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, ich bin nicht bereit, kommentarlos hinzunehmen, dass Sie all jene **Frauen**, die nicht arbeiten, weil sie es so haben möchten, weil sie dazu in der Lage sind und glauben, ihren **Kindern** damit eine besondere **Zuwendung** zukommen zu lassen,

(Serpil Midyatli [SPD]: Darum geht es nicht!)

in die Ecke stellen und abfällig über die „Herdprämie“ reden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist ausdrückliche CDU-Politik, den Frauen, die sich hierfür entscheiden, dies auch zu ermöglichen. Damit kann man seinen Kindern sehr viel Gutes tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, der Frau Kollegin Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin wurde wieder das Argument angeführt: Wie kann man eigentlich bei dem Beschluss einer Schuldenbremse der Meinung sein, dass in diesem Bereich nicht alles so gut ist, wie es sein kann, und dass hier aufgestockt werden müsste? - Das, lieber Kollege Kalinka, war, glaube ich, frei umschrieben das, was Sie noch einmal zur Sprache brachten.

Ich finde, man muss dieses Pferd von hinten aufsitzen - oder von vorne.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr wart schon alle einmal in der Situation, euch zu fragen: Wie endet eigentlich dieses sprachliche Bild?

(Beifall)

Aber ich denke, die Botschaft konnte ich vermitteln.

Ich will noch einmal deutlich machen: Der Beschluss einer **Schuldenbremse** stellt die **Rahmenbedingungen für politische Entscheidungen** dar. Das ist richtig. Aber „politische Entscheidung“ heißt nicht, dass jetzt alles gekürzt werden muss,

dass nichts mehr übrig bleibt, dass wir uns soziale Verantwortung nicht mehr leisten können. Schuldenbremse heißt, dass wir mit diesen Rahmenbedingungen Prioritäten setzen und die Einkommen unseres Landes verbessern müssen. Schuldenbremse heißt auch nicht: Jetzt muss alles wehtun, und 2020 haben wir das Paradies auf Erden, dann können wir unsere Gesellschaft neu erfinden. Dies ist eine eindimensionale Sichtweise, die nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Menschen leben hier und heute, und wir müssen **Strukturen** weiterentwickeln, wir müssen auch Strukturen erhalten, und wir müssen uns auch überlegen, wie unsere **Gesellschaft** in zwei, fünf oder zehn Jahren aussehen soll.

Damit bin ich bei der sozialen Verantwortung angelangt. Dieser Ministerpräsident - der heute erkrankt ist; aber der stellvertretende Ministerpräsident ist da - ist auch der Ministerpräsident der sozial Schwachen in dieser Gesellschaft. Das ist er.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das heißt, diese Landesregierung hat auch eine Verantwortung gegenüber den **Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern**. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass es in diesem Bereich Fehlentscheidungen gegeben hat, dass es in diesem Bereich nicht nur Nachbesserungen geben muss, sondern man sich auch überlegen muss, ob das, was man da erbaut hat, zukunftsfähig ist.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Gern.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, wir sind uns bis jetzt einig. Aber meinen Sie, dass der Hinweis auf die Schuldenbremse nicht dann angebracht ist, wenn man solch ein Feuerwerk neuer Forderungen hört, wie es Ralf Stegner vorgetragen hat?

- Lieber Kollege Kalinka, ich denke, der Kollege Stegner kann für sich antworten.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe seine Einlassungen aber so verstanden, dass er sagt: Wir müssen Prioritäten setzen, wir

(Anke Spoorendonk)

müssen auch Ressourcen umschichten, und wir müssen uns der Verantwortung stellen, die wir alle gemeinsam für die sozial Schwachen in dieser Gesellschaft haben. So habe ich ihn verstanden, und ich finde, das ist richtig.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal zu einem letzten Punkt, der vorhin auch anklang, weil wir auch immer wieder so von Hartz-IV-Empfängern reden. Sie, sehr geehrter Herr Kollege Kalinka, sprachen es auch an. Es wurde hier wieder einmal die Andeutung gemacht: Na ja, nicht alles komme dann auch bei den Kindern an, darum seien Sachleistungen gefragt. Ich finde, dass ist eine pauschale Bemerkung, die so nicht im Rahm stehen bleiben darf.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich werde jetzt zu meinem letzten Satz kommen, Herr Präsident.

Also noch einmal das Grundsätzliche: Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für diese Gesellschaft. Wenn wir uns einen Sozialstaat nennen, dann ist es da, wo wir ansetzen müssen, nicht bei einzelnen Verbesserungen oder Projekten, die dann etwa zu Sachleistungen führen; wir sollten uns nicht für Kleinkram hergeben. Das müsste die Richtung sein.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich unsere Gäste von der Abendvolkshochschule Leck sowie von der Jungen Union des Kreises Rendsburg-Eckernförde. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE - ebenfalls zu einem Dreiminutenbeitrag - hat Herr Kollege Ulrich Schippels.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Mein Damen und Herren! Lieber Herr Kalinka, auch ich war von der Rede des Abgeordneten Stegner beeindruckt - wie offensichtlich

auch Sie. Das hat mich tatsächlich an die 60er- und 70er-Jahre, Jochen Steffen, erinnert. Mein Herz ging ein wenig auf. Ich hätte mich nur gefreut, wenn eine solche Rede auch vor drei oder vier Jahren in diesem Hohen Haus von dem gleichen Menschen gehalten worden wäre. Leider saß er damals auf der Regierungsbank. Die Leute, die heute draußen stehen und demonstrieren - zu Recht, wie ich finde -, die haben damals gegen die **Sozialdemokratie** in der **Regierungsverantwortung** hier demonstriert.

Ich bin sehr froh, dass es heute anders ist, dass die SPD auf unserer Seite ist.

(Zurufe von CDU und FDP)

Ich hoffe auch, dass das so bleibt. Wir werden nach der Neuwahl, die ja bald kommt, dafür sorgen - wir werden zumindest alles, was in unserer Macht steht, dafür tun -, dass das so bleibt. Wir hoffen, dass diese Worte nicht nur Worte bleiben, sondern wenn die SPD an der Regierung ist, auch zu Taten werden. Allerdings - das habe ich eben gerade festgestellt - gab es offensichtlich schon das erste Koalitionsgespräch mit dem DGB-Vorsitzenden, Herrn von Boetticher und Herrn Stegner. Wir waren nicht zu dem Gespräch geladen, das ist an dieser Stelle auch gut so.

Ich möchte noch ganz kurz zu der Position, die hier auch von CDU und FDP formuliert worden ist, etwas sagen. Sie haben die SPD und die Grünen dafür kritisiert, dass Hartz IV ein schlechtes Gesetz sei. Es wird aber dadurch nicht besser, dass Sie quasi dort weitermachen, wo die Sozialdemokratie und die Grünen aufgehört haben. Deshalb brauchen wir ein **Sanktionsmoratorium**.

Als Letztes möchte ich sagen: Wir haben tatsächlich auch eine Alternative, denn wir wollen eine repressionsfreie **Grundsicherung**, die ein menschenwürdiges Leben für alle, die in diesem Land leben, ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der einen Seite sagen Sie, Hartz IV sei das Existenzminimum. Auf der anderen Seite wissen Sie, dass es Sanktionen gibt, die dazu führen können, dass schon dieses Existenzminimum noch einmal gekürzt wird. So geht das nicht. Deshalb hoffen wir, dass Sie unserem Sanktionsmoratorium zustimmen. Bei den Grünen wissen wir das schon, die sind ja für jedes Moratorium.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Lars Harms von der Fraktion des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gerade eben mit meinem Kollegen Andresen ein kleines Frage-Antwort-Spiel zu meiner nicht ganz so freundlichen Frage gehabt. Trotzdem möchte ich noch etwas zu diesem Thema erklären. Ich möchte nicht, dass ich mit meiner Fragestellung missverstanden werde. Ich hatte ihn ja gefragt, wie das mit den **Sanktionen** so ist und ob er es wirklich so meint, dass man, wenn es nur eine ganz kleine Gruppe gibt, die gegen bestimmte Regeln verstößt, das lieber so laufen lassen sollte.

Ich habe das deshalb gefragt, weil es für mich wirklich eine ganz entscheidende Frage unseres Rechtsstaates ist. Wenn ich Regeln aufstelle - ich bin auch erziehender Vater und habe sechs Kinder -, dann muss ich die damit verbundenen Sanktionen auch einhalten. Dann kann ich nicht einfach willkürlich Sanktionen für eine ganz bestimmte Gruppe aussetzen, egal, ob sie reich ist, ob sie arm ist, ob sie groß oder klein ist, ob es hiesige Menschen oder Menschen aus dem Ausland sind - das ist völlig egal -, sondern wenn wir Gesetze und Regeln haben, dann müssen diese auch eingehalten werden. Wenn jemand diese Regel nicht einhält, dann muss er auch eine entsprechende Sanktion zu spüren bekommen.

(Beifall bei SSW, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das ist zumindest meine persönliche Haltung.

Das bedeutet nicht, dass auch Sanktionen ausgesprochen werden könnten, die ungerecht sind oder als ungerecht empfunden werden. Gegen die kann man dann Widerspruch einlegen. Ich sage dann auch, die Leute sollten Widerspruch einlegen. Das muss ein Rechtsstaat aushalten, dass jemand, der Widerspruch einlegt, auch Recht bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Damit habe ich keine Schwierigkeiten. Das hat also inhaltlich nichts mit Hartz IV zu tun. Auch ich habe da meine Kritikpunkte, genauso wie meine anderen Kollegen vom SSW; da sind wir uns völlig einig.

Aber bei dieser Frage muss ich ganz ehrlich sagen, dass ist eine entscheidende Frage. Wenn der Staat das durchgehen lässt - für bestimmte Bereiche gibt

es zwar Sanktionen, aber jetzt, wo es mir gerade einmal passt, lasse ich das so laufen -, ist das nicht der richtige Weg. Das ist nicht mein Verständnis von einem Staat. Ein Staat muss Regeln setzen, und wenn er sie setzt, dann muss er sie auch mit den entsprechenden Sanktionen durchsetzen. Ansonsten wird mir der Staat zu schwach.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Günther Hildebrand von der FDP-Fraktion.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bis auf die Fraktion der Grünen haben sich seinerzeit alle Fraktionen dafür ausgesprochen, die **Schuldenbremse** in die Landesverfassung aufzunehmen.

(Zurufe: Die Linken!)

- Entschuldigung, ich meinte die Linken.

Es ist schon merkwürdig, wie einige Stellungnahmen abgegeben werden, und zwar nicht nur während dieser Tagung, sondern praktisch in sämtlichen Tagungen, seitdem wir die Schuldenbremse in der Verfassung verankert haben. Es ist auch sehr interessant zu beobachten, wie sich die einzelnen Fraktionen zu ganz bestimmten Sachverhalten verhalten. Ich musste einfach feststellen, dass ich beispielsweise von der SPD nicht einen einzigen Vorschlag hier im Landtag, im Plenum, dazu gehört habe, an welcher Stelle Geld eingespart werden könnte.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stegner, Sie haben hier vorhin eine lange Liste verlesen - das ist Ihr gutes Recht, und Sie verstehen offensichtlich Oppositionsarbeit auch so -; alles das, was Sie gefordert haben - ob drittes beitragsfreies Kindergartenjahr, ob das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“, ob die Schülerbeförderung -, ist wunderbar, aber leider auch kostenwirksam. Ich habe nicht einmal von Ihnen gehört, durch welche Kürzungen Sie dieses auch nur ansatzweise nachher kompensieren wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Günther Hildebrand)

Aber wir haben in diesem Jahr noch die Haushaltsberatungen, Kollege Stegner. Zumindest wir von den Regierungsfractionen sind unheimlich gespannt darauf, mit welchen Wahnsinnsvorschlägen Sie uns dann nachher überraschen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Ich denke, dass ist so einfach nicht hinnehmbar.

Wenn ich dann meine liebe Kollegin Anke Spoorendonk hier höre: Ich habe das mitgeschrieben. Sie hat gesagt: Es muss nicht alles gekürzt werden, und es muss nicht alles wehtun. Meine Frage, liebe Kollegin Spoorendonk, ist: Wenn nicht alles, dann ja vielleicht teilweise? Aber auch dazu habe ich von Ihnen leider nicht gehört, wie viel Sie möglicherweise kürzen wollen und in welchen Bereichen.

(Zuruf von der FDP)

Sie möchten uns nicht so wehtun, nicht uns, aber den Betroffenen. Ich möchte gern wissen, wo das anfängt oder in welchen Bereichen Sie dann für solche Dinge zum Teil eintreten, die vielleicht auch wehtun.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege, gestatten Sie noch zwei Zwischenfragen? - Zunächst kommt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Hildebrand, ist Ihnen gegenwärtig, dass erstens das Ja Ihrer Regierungskoalition im Bundesrat zu Steuererleichterungen für Hoteliers und reiche Erben

(Zurufe)

locker den Gegenwert des beitragsfreien Kita-Jahres ausmacht, das Sie gerade abgeschafft haben?

(Beifall bei SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Erinnern Sie sich zweitens noch daran, Herr Kollege Hildebrand, dass Sie gemeinsam mit anderen Fraktionen, als wir hier über die Schuldenbremse gesprochen haben, eine Resolution verabschiedet haben, worin stand, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, diese auch einzuhalten?

(Christopher Vogt [FDP]: Das war danach, Herr Stegner!)

Vielleicht können Sie das auch noch beantworten.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Kollege Stegner, Sie können von derartigen Fragen noch mehrere stellen.

Präsident Torsten Geerds:

Zu einer weiteren Zwischenfrage hat Frau Kollegin Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]: Lieber Herr Kollege Hildebrand, wir wollen jetzt keine Haushaltsdebatte führen. Aber geben Sie mir recht, wenn ich behaupte, dass Wehtun eher etwas mit Psychologie und wenig mit politischen Konzepten zu tun hat?

Günther Hildebrand [FDP]:

Okay, das macht - - Na ja, gut, ich lasse es.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, für die weitere Tagesplanung weise ich darauf hin, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt noch zwei Dreiminutenbeiträge haben. Dann wird die Landesregierung das Wort ergreifen. Das ist der jetzige Stand.

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Kollegen Dr. Stegner an einen Ausspruch des Bundespräsidenten Gustav Heinemann erinnern, der einmal gesagt hat: Wer mit einem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst. - Bei dieser Debatte, Herr Dr. Stegner, befinden wir uns genau an diesem Punkt. Sie mögen ja beklagen, dass die Koalition in Berlin die von Ihnen beklagten **Misstände bei Hartz IV** noch nicht ausreichend beseitigt hat. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Misstände bei Hartz IV, die wir jetzt beklagen, mit Regierungsbeteiligung der SPD geschaffen worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie haben bedauerlicherweise nicht selbstkritisch geredet. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie ein bisschen Demut zeigen und nicht dauernd erklären, in der Vergangenheit haben Sie die Fehler gemacht, die Sie nun von heute auf morgen von Schwarz-

(Wolfgang Kubicki)

Gelb beseitigt wissen wollen. So geht es bedauerlicherweise oder Gott sei Dank auch nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Kollege Vogt hat darauf hingewiesen, dass der Sanktionskatalog, der übrigens nicht im Bundesrat verhandelt worden ist, sondern im Ursprungsentwurf von Sozialdemokraten und Grünen zu Hartz IV steht, mit Sicherheit überprüft werden muss, weil auch mir nicht einleuchtet, warum man jemanden, der unverschuldet zu spät gekommen ist - unter 25 beispielsweise - für drei Monate den Bezug streicht. Das ist auch schwer zu erklären. Das konnte mir bisher auch kein Sozialdemokrat erklären. Das heißt aber nicht - -

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Frau Jansen, das Problem mit Ihnen ist, dass Sie erstens nicht zuhören und dass Sie es zweitens, wenn Sie zuhören, im Zweifel nicht begreifen. Das ist das Problem.

(Zuruf: Das ist wirklich der Hammer! - Weitere Zurufe)

Das heißt nicht - deshalb möchte ich auch auf den Kollegen Harms eingehen -, dass man auf einen **Sanktionskatalog** verzichten kann.

Das heißt schon gar nicht, Herr Kollege Andresen, dass man so tun darf, als gebe es unterschiedliche Möglichkeiten der Rechtswahrnehmung nur aufgrund der Frage, ob man arm oder reich ist. Der Kollege Harms hat zu Recht darauf hingewiesen: Wer anfängt, in dieser Weise zu differenzieren - Frau Erdmann, wir haben gerade oben mit jungen Leuten diskutiert, die künftig Pressearbeit betreiben wollen -, legt nicht nur die Axt an das rechtsstaatliche System, sondern kann nicht mehr erklären, warum wir beispielsweise nicht entschuldigen sollen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund andere verprügeln dürfen, während andere das nicht dürfen.

(Zurufe)

Das ist genau die gleiche Frage. Wenn Sie anfangen, das Sanktionssystem nach arm oder reich, sozialer Herkunft oder Geschlecht einzuteilen - -

(Zuruf: Was soll das denn?)

- Ich versuche dem Kollegen Andresen zu erklären, dass Recht nicht teilbar ist, dass Recht für jedermann in gleicher Weise gilt, oder es gilt überhaupt nicht und wird willkürlich.

(Thorsten Förter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das weiß der auch!)

Das, was wir nicht wollen können, ist eine willkürliche **Rechtsanwendung**.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Kollege Andresen, Sie haben zwar dafür einen Ordnungsruf bekommen, aber mir selbst ist bei Ihren Äußerungen, ich hätte mit Menschenwürde nichts am Hut, nur der Gedanke gekommen, dass Sie vielleicht noch einmal darüber nachdenken sollten, was Menschenwürde ist und ob Sie tatsächlich daran festhalten. Ich glaube, es war im Eifer des Gefechts, dass Sie das so ausgesprochen haben. Sollte es nicht der Fall sein, Herr Kollege Andresen, habe ich Probleme, mit Ihnen zukünftig weiter zu kommunizieren. Es ist schwierig, es ist schlicht und ergreifend schwierig, wenn wir uns wechselseitig im Hause anfangen zu unterstellen, wir würden die Menschenwürde selbst nicht ernst nehmen und nicht achten. Dann brauchen wir in der Tat keine weitere Kommunikation. Dann können wir nur noch abstimmen. Das ist das Ende von Diskurs, das ist das Ende des Sichunterhaltens und des Aufeinanderzugehens. Ich kann nicht glauben, dass Sie das ernst gemeint haben, insbesondere, weil die Grünen immer behaupten, sie seien eine Rechtsstaatspartei.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme auch noch einmal auf die Sache mit den **Sanktionen** zurück. Sie wissen, was Hintergrund dieser Sanktionen ist. Wir haben hier im Hause schon öfter über Hartz IV gesprochen. Hintergrund ist das Prinzip von Fördern und Fordern, das damit einhergeht. Es ist tatsächlich das Problem, das hat der Kollege Kubicki schon ausgeführt, dass bei diesen Sanktionen unklar ist, was gefördert worden ist, bevor man das fordern kann. Für mich liegt das Problem darin, dass ich - vielleicht ein bisschen im Gegensatz zu meinen Kollegen - sage, so kann es auch nicht sein. Man muss vorsichtig mit diesen Sanktionen sein. Hintergrund war, als es eingeführt wurde - daran erinnere ich auch diejenigen, die es

(Silke Hinrichsen)

eingeführt haben -, dass bei Hartz IV eigentlich das Fördern im Vordergrund stehen sollte.

Heute habe ich das Gefühl, dass wir die Diskussion haben, dass Menschen grundsätzlich kein Grundeinkommen zusteht. Wenn sie dann nicht zu einem bestimmten Termin erscheinen, kann das auch noch gekürzt werden. Das ist mein Problem. Ich kann im Moment nicht sehen, dass das **Fördern** der Menschen durch **Hartz IV** im Vordergrund steht.

Vor diesem Hintergrund werde ich mich bei diesem Antrag enthalten. Ich sehe den Zwiespalt dazwischen, weil ich finde, dass die Sanktionen in dieser Form häufig nicht gerechtfertigt sind und die Bearbeitungszeiten tatsächlich sehr fragwürdig sind, weil es drei oder vier Monate braucht, um die Auszahlung bestimmter Gelder wieder in Gang zu setzen, wenn eine Zahlung unrechtmäßig ausgesetzt wurde. Aber es kann nicht sein, dass man sich jetzt nur noch auf die Sanktionen versteift, aber vergisst, dass vorher noch das Fördern hätte stehen müssen. Das sehe ich nicht mehr. Wir haben alle die Kritik des Bundesrechnungshofs bezogen auf die Ein-Euro-Jobs und Ähnliches gesehen. So kann es auch nicht gehen. Wir sollten uns lieber dafür einsetzen, dass wir wirklich mehr fördern. Dann kann man auch fordern - und nicht umgekehrt.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über die größte Sozialreform seit vielen Jahrzehnten, die Anfang 2005 nicht von Union und FDP ins Werk gesetzt wurde, sondern von SPD und Grünen. Wir reden auch darüber, dass es bei dieser größten **Sozialreform** Probleme gab, und zwar massive Probleme, die sogar in zwei Bundesverfassungsgerichtsurteilen geendet sind. Zweimal hat das Bundesverfassungsgericht die rote Karte gezeigt und gesagt, dass das so nicht geht. Das Einzige, was der Sozialdemokratie heute hier dazu einfällt, ist, ein vernichtendes Urteil darüber zu fällen, wie die Sozial- und Gesellschaftspolitik in den letzten 20 Jahren unter ihrer Mitverantwortung hier in diesem Land gestaltet wurde. Ich finde das erbärmlich, Herr Kollege Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich wäre niemals so weit gegangen, Sie dafür zu kritisieren, dass bei einer solchen Reform, die wirklich beinahe eine Jahrhundertreform war, etwas schiefgehen kann, dass man Elemente hat, die nicht so funktionieren, wie sie funktionieren sollen. Kollegin Hinrichsen hat hier gerade die Philosophie **Fördern und Fordern** noch einmal durchdekliniert und zu Recht darauf hingewiesen, dass es mit dem Fördern immer wieder gehakt hat. Aber dass man sich hier so billig hinstellt und nichts anderes macht, als sich davon zu verabschieden, als hätte man damit nichts zu tun - - Herr Kollege Stegner, ich habe Ihren Hinweis auf die Kollegin Bohn sehr wohl verstanden.

(Zuruf)

- Ja, aber sie war die einzige, die selbstkritisch geredet hat. Sie waren alles andere als selbstkritisch, Sie waren hier pharisäerhaft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Weil nach wie vor die Philosophie, dass zwei steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammengeführt werden, dass Arbeit für Menschen geschaffen wird, dass Menschen wieder in Arbeit kommen, dass Arbeitslosigkeit nicht verwaltet wird, richtig ist, will ich mich jetzt darauf beschränken, zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Dann kann man vielleicht wieder zu einer sachlichen Debatte zurückkommen.

Ich glaube, ich weiß jetzt, was mit dem Begriff Fremdschämen gemeint ist, Herr Stegner. Jetzt habe ich das verstanden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich halte Ihnen zugute, dass Sie weniger mit uns diskutieren, sondern in die eigene Partei oder nach draußen ein Zeichen setzen wollten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Erstens. Liebe Kollegin Bohn, die **Forderung nach transparenter Neuberechnung** erübrigt sich, denn die Bundesregierung hat zum ersten Mal die Neuerung der Bedarfsätze in einer Art und Weise transparent gemacht, wie es vorher nie der Fall gewesen ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sind transparent, sie sind nachvollziehbar, aber sie mögen Ihnen nicht gefallen. Wenn sie Ihnen nicht gefallen, ist das in Ordnung, aber an der Stelle von Intransparenz zu sprechen, ist geradezu absurd.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Zweitens. Dass ausgerechnet die Sozialdemokratie hier im Landtag und überall sonst die zugrunde gelegte **Datenbasis** kritisiert, finde ich nicht redlich. Hier wird bewusst ein Maßstab angelegt, der überhaupt nicht erfüllbar ist. Sie wissen das in Wahrheit auch, jedenfalls Ihre Sozialpolitiker wissen das. Die Daten der statistischen Einkommens- und Verbraucherstichprobe aus dem Jahr 2008 sind die einzigen Daten, die man als Grundlage heranziehen kann. Sie müssen einmal sagen, welche repräsentativen Daten Sie ansonsten sinnvollerweise heranziehen wollen. Auf welcher verbindlichen Basis soll denn Ihrer Auffassung nach die Ermittlung erfolgen, zumal in der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Art und Weise?

Drittens. Die Kritik, dass die **Ableitung aus der statistischen Einkommens- und Verbraucherstichprobe** willkürlich sei, ist nichts anderes als stereotyp und substanzlos.

(Bernd Heinemann [SPD]: Sie sind Minister!)

Selbstverständlich ist es eine politische Frage, welche Ausgabeposten aus dem Warenkorb man als Bestandteil eines soziokulturellen Existenzminimums ansieht und welche nicht. - Herzlichen Dank für den Hinweis, dass ich Minister bin. Als Minister darf man durchaus politisch sein. Wenn ich an die Reden des Kollegen Stegner als Finanzminister denke, tut man gut daran, wenn man im Landtag nicht nur Harmoniesülze verbreitet, sondern solche Behauptungen, wie sie heute von dieser Seite zum Teil gekommen sind, genauso deutlich zurückweist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein, im Moment gestatte ich keine Zwischenfrage.

Selbstverständlich ist es eine politische Frage, welche Ausgabeposten aus dem Warenkorb man als Bestandteil eines soziokulturellen Existenzminimums ansieht und welche nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Selbstverständlich war es eine politische Entscheidung, anders als SPD und Grüne im Übrigen, erstmals internetbezogene Kosten mit in dieses **sozial-**

kulturelle Existenzminimum einzubeziehen. Das gilt im Übrigen auch für die sogenannte Praxisgebühr, solange sie noch erhoben wird. Ebenso ist es eine richtige politische Entscheidung, Ausgaben für Haushaltshilfen, Flugreisen, Schnittblumen, illegale Drogen, Tabak, Alkohol und Glücksspiel aus den Berechnungen der Regelsätze herauszunehmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Darüber kann man gern diskutieren und streiten. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Es war richtig, diese Entscheidung zu fällen. Es ging um die begründete Entscheidung - -

(Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

- Das mag Ihnen alles nicht gefallen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Ich habe viel Verständnis, dass Ihnen das alles nicht gefällt. Warum haben Sie das Märchenland, das Sie den Menschen in den vergangenen Monaten versprochen haben, denn in den letzten fünf Jahren nicht erfüllt? Das hätten Sie doch machen können!

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie hatten doch die Möglichkeit, Schulsozialarbeit und höhere Regelsätze einzuführen. Sie hatten wirklich lange genug Zeit, all die Forderungen, die Sie heute hier katalogmäßig aufführen, zu erfüllen.

(Bernd Heinemann [SPD]: Sagen Sie die Wahrheit!)

Sie haben es nicht getan. Sich heute als Opposition hier hinzustellen, ist zwar Ihr gutes Recht - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Augenblick. Zunächst einmal erteile ich Herrn Kollegen Heinemann für seinen Zwischenruf einen Ordnungsruf.

Dann frage ich Sie, ob Sie eine Zwischenfrage erlauben.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein!

Präsident Torsten Geerds:

Ich empfehle, grundsätzlich wieder ein wenig Ruhe einkehren zu lassen. Die Menschen, über die wir reden, sind es wert, dass wir die Debatte ruhig führen.

(Beifall)

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein, Herr Präsident, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

(Zurufe)

- Ich fürchte mich ganz gewiss nicht vor Zwischenfragen.

Meine Damen und Herren, es geht um die begründete Entscheidung - darüber kann man gern politisch streiten und diskutieren, aber man kommt an ihr nicht vorbei -, was man zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums für erforderlich hält und was nicht. Das ist mitnichten Willkür, das ist das Gegenteil von Willkür.

Viertens. Auch zur verschiedenen **Behandlung von Single- und Mehrpersonenhaushalten**, die Sie in Ihrem Antrag aufgegriffen haben, will ich gern etwas sagen, weil es möglicherweise der eine oder andere von Ihnen gar nicht zur Kenntnis nehmen will. Die Annahme, dass in einem Mehrpersonenhaushalt bestimmte Kosten nicht für jede Person voll anfallen, sollte nachvollziehbar sein. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: der Erwerb eines Kühlschranks. Wenn Sie alleine leben, brauchen Sie einen, wenn Sie zu zweit oder dritt leben, brauchen Sie ebenfalls einen und nicht zwei, drei oder vier.

Das hat die Bundessozialministerin mit Plausibilitätsberechnungen offengelegt. Auch hier sehe ich Transparenz und nicht Willkür. Wenn Sie hier von Willkür sprechen, machen Sie sich doch einfach einmal die Mühe, und gucken Sie sich die 100-seitigen **Plausibilitätsberechnungen** an, die veröffentlicht wurden! Herr Thoro, auch wenn Ihre Zwischenbemerkungen noch so witzig sind, ich wette mit Ihnen, dass Sie sich nicht eine einzige Plausibilitätsberechnung angeguckt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Fünftens. Wir kommen jetzt zum Kern dessen, was hier ständig gefordert wurde. Es war von Anfang an gefährlich - ich will mich da ganz vorsichtig ausdrücken -, aber ein bewusstes Spiel, und es war falsch zu behaupten, dass das Bundesverfassungsgericht **höhere Regelsätze** gefordert habe. Die Enttäuschungen, von denen Sie heute sprechen, die Sie

heute beklagen, haben Sie zu verantworten, nicht diejenigen, die das **Bundesverfassungsurteil** umgesetzt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es war unverantwortlich, diese Erwartungen zu schüren, statt sich ernsthaft zu fragen, welches die Kriterien zur Bestimmung eines Mindestbedarfs sind. Jetzt, keine zwei Monate - das wissen Sie doch, das wissen jedenfalls die Sozialpolitiker in allen Fraktionen -, bevor die Neuregelung in Kraft treten muss, weil das im Bundesverfassungsurteil so steht, die Einbindung von Experten zu verlangen, hilft niemandem, und - ich vermute einmal - es soll auch niemandem helfen, sondern es dient einzig und allein dazu, hier eine politische Clownshow zu veranstalten.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Sechstens. Mir geht es darum, die Ermöglichung von **Teilhabe für Kinder und Jugendliche** zu sichern. Mir geht es darum, dass die Leistungen, die für Kinder gedacht sind, auch wirklich bei den Kindern ankommen. Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Wir wollen und wir können es bei den jetzigen Schritten zum 1. Januar 2011 nicht belassen.

Das will im Übrigen auch die Bundesregierung nicht. Auch wenn es ein erstmaliger großer Schritt ist, dass kinderspezifische Bedarfe im Rahmen der Sonderauswertung der Einkommens- und Verbraucherstichprobe gesondert ermittelt wurden. Es wurde erstmals auf die prozentuale Ableitung verzichtet. Ich verzichte jetzt auf den Hinweis, wer sich mit der prozentualen Ableitung begnügt hat. Kinder sind eben keine kleinen Erwachsenen.

Siebtens. Richtig ist die Forderung, bei der Entscheidung über **Leistungen zur Bildungsteilhabe** auch Bildungs- und Beratungskompetenz in bestehenden Institutionen in den Kommunen zu nutzen. Natürlich wäre es völlig unsinnig, eine Parallelstruktur hochzuziehen. Das hat die Landesregierung von Anfang an gesagt, und genau das ist jetzt der Diskussionsstand der Bundesregierung.

Zum Thema Bildungsteilhabe zählt selbstverständlich auch das Anliegen, **Schulwegkosten** im Regelsatz zu berücksichtigen. Dazu gibt es übrigens einen mit Mehrheit angenommenen Bundesratsantrag. Es macht keinen Sinn, ein Kind aus einer ALG-II-Gemeinschaft vom Besuch eines Gymnasiums fernzuhalten, weil nach der 10. Klasse die Schulbuskosten nicht mehr übernommen werden. Es macht keinen Sinn, ein Bildungspaket zu schnü-

(Minister Dr. Heiner Garg)

ren und die Teilhabe an diesem Bildungspaket daran scheitern zu lassen, dass der Sportverein im nächsten Dorf nicht aufgesucht werden kann. Das wird jetzt im Bundesrat nachgebessert. Insofern bedarf es hier keiner besonderen Aufforderung. Ich empfinde das als Unterstützung der Position der Landesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, gänzlich anderer Meinung bin ich, was die Anträge der Fraktion DIE LINKE angeht, die **Sanktionsmöglichkeiten** nach § 31 SGB II auszusetzen. Es ist völlig unbestritten, und es ist auch richtig, dass es innerhalb des Sanktionssystems im SGB II Verbesserungsbedarf gibt. Wenn zum Beispiel eine Sanktion nicht unmittelbar aufgehoben werden kann, nachdem die gewollte Verhaltensänderung bewirkt wurde, dann fehlt es offenkundig an der Flexibilität einer Regelung. Auch bei den Regelungen für die unter 25-Jährigen sehe ich unbestritten Änderungsbedarf. Eine Kürzung der Leistung um 100 % inklusive des Wegfalls der Leistungen für Unterkunft und Heizung ist schlicht kontraproduktiv, denn sie führt zu Mietschulden und im schlimmsten Fall zu Wohnungslosigkeit. Nebenbei bemerkt, dadurch entstehen auch erhebliche Folgekosten für die ordnungsrechtliche Unterbringung von Wohnungslosen auf der Ebene der Kommunen. Viel sinnvoller wäre beispielsweise - statt einer Einstellung der Leistungen für Unterkunft und Heizung - die Direktüberweisung an den Empfangsberechtigten. Das wäre eine viel sinnvollere Maßnahme.

(Beifall bei der FDP)

Dadurch würde eine zweckentsprechende Verwendung sichergestellt. Mietschulden und Wohnungslosigkeit könnten so vermieden werden.

Meine Damen und Herren von den LINKEN, ich weiß, dass Sie versuchen, hier den Anschein zu erwecken, Sie seien ganz besonders sozial.

(Zurufe von der LINKEN)

- Ja, Sie wollen das vielleicht. Sie würden aber mit den Maßnahmen, die Sie vorschlagen, genau das Gegenteil von dem bewirken, was Sie möglicherweise haben wollen, ganz bestimmt. Mit Ihren Vorschlägen setzen Sie das Prinzip der Solidarität außer Kraft. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, warum das so ist. Das **Solidarprinzip** bedeutet: Wer Hilfe braucht, der soll und muss sie bekommen, und zwar ohne Wenn und Aber. Herr Stegner, das mögen Sie twittern oder es sein lassen. Das So-

lidarprinzip bedeutet auch, dass Gruppen nicht wechselseitig gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass Menschen, die hart arbeiten und mit ihrer Arbeit die Finanzierung von Transferleistungen sicherstellen, einen Anspruch darauf haben, dass sich Bezieher von Sozialleistungen natürlich so gut wie möglich bemühen, aus der Abhängigkeit von Sozialleistungen auch wieder herauszukommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist übrigens genau das, was die überragende Mehrzahl der Menschen, die auf solche Leistungen angewiesen ist, will. Sie möchten die Unterstützung der Gemeinschaft, damit sie sich selbst wieder aus einer Situation heraushelfen können, sodass sie so kurz wie möglich in dieser Situation verweilen. Das ist unsere Aufgabe. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier schöne Sonntagsreden zu halten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Insgesamt will ich Ihnen sagen, dass das, was die Bundesarbeits- und Sozialministerin an Regelungen vorgelegt hat, ein einmaliger Erfolg für Kinder und Jugendliche in Deutschland ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es ist schön, dass Sie sich über zusätzliche Leistungen in Höhe von 620 Millionen € lustig machen, Herr Dr. Stegner. Ich tue das nicht. Ich glaube, dass wir einen ersten richtigen und wichtigen Schritt getan haben, um die **Teilhabechancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen** zu verbessern. Wenn Sie das lächerlich finden, dann ist das Ihre Sache. Ich finde das nicht lächerlich. Unser Job ist es jetzt, dafür zu sorgen, dass das umgesetzt werden kann, damit es bei den Kindern und Jugendlichen ankommt.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um fünf Minuten überschritten. Wir haben im Moment noch fünf weitere Wortmeldungen. Sind Sie damit einverstanden, dass ich diese als Dreiminutenbeiträge aufrufe, oder wollen wir anfangen, alle Zeiten für die Fraktionen neu zuzuteilen? - Okay, wir verfahren so, aber ich wollte das geklärt haben.

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Wolfgang Baasch von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Minister Garg eben als alternativlos dargestellt hat, bedarf natürlich der Kommentierung und der Richtigstellung, weil es nicht alternativlos ist. Ich glaube auch nicht, dass jemand ernsthaft behaupten würde, dass Politik alternativlos sei. Wenn man sich ernsthaft anschaut, wie transparent die **Bemessung der Regelsätze** ist, dann sagen einem sogar Forscher beziehungsweise Wissenschaftler: Knapp gerechnet, der neue Hartz-IV-Satz beruht auf fragwürdigen Berechnungen. Das belegen sie.

Das sind keine Sozialdemokraten. Das sind Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, die so etwas herausfinden, das sind Vertreter von Gewerkschaften. Sie belegen das zum Beispiel damit, dass man einfach die Referenzgruppen verändert hat. Man nimmt nicht mehr die untersten 20 % derjenigen Alleinstehenden, um das durchschnittliche Einkommen zu berechnen, sondern nur noch die untersten 15 %. Die Folge davon ist natürlich, dass das Durchschnittseinkommen sinkt und dass damit natürlich auch die Regelsätze niedrig bleiben. Wenn man - wie früher - bei der Berechnung auf der Grundlage von 20 % geblieben wäre, hätte man andere Ergebnisse bekommen. Das ist ein Stück weit eine **willkürliche Entscheidung**. Man hätte auch anders reagieren können.

Ein zweiter Punkt: Wenn es darum geht, die zeitliche Folge zu dramatisieren, dann kann das in der **Umsetzung** schwierig werden, wenn das **Gesetz** der Bundesregierung im Bundesrat scheitert und wenn der Vermittlungsausschuss vielleicht erst im Januar oder Februar zu einem Ergebnis kommt. Dann wird man sich etwas einfallen lassen müssen. Ich frage nur: Wer hat die Zeit verdaddelt? Wer hat in der Zeit nichts getan? - Das war die Bundessozialministerin von der Leyen, die nichts getan hat. Sie hat uns den ganzen Sommer über Bildungschipkarten erklärt, statt die Gespräche mit den Kommunen über die Umsetzung zu suchen. Man hat keine Gespräche zur Umsetzung geführt. Das kommt jetzt alles. Warum hat sie sie nicht geführt? - Weil sie die Kommunen gar nicht beteiligen wollte. Sie hat einseitig und immer nur auf die Jobcenter gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Hier sage ich Ihnen ganz deutlich: Wer in Zukunft die Experten für Jugendhilfe in den **Jobcentern** sieht, der begeht einen großen Fehler. Es ist falsch. Es ist schön: **Kinder** sind keine kleinen Erwachsenen, wenn es darum geht, Regelsätze zu berechnen. Kinder sind aber auch keine kleinen Arbeitslosen,

die von den Arbeitsämtern verwaltet werden müssen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll in Zukunft der Mitarbeiter des Arbeitsamtes oder der ARGE entscheiden können, welchen Bedarf zum Beispiel eine Familie hat, wenn es Erziehungsschwierigkeiten oder plötzliche Probleme in der sozialen Struktur der Familie gibt? - Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Das ist also der völlig falsche Weg. Deshalb ist es richtig, dort Alternativen zu prüfen, Alternativen in Gang zu setzen und diese Aufgabe den Kommunen zu übertragen. Dort, in den **Jugendämtern**, sitzen die Fachleute, wenn es darum geht, die Rechte und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu beurteilen beziehungsweise zu begleiten.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Zurufe)

- Wunderbar ist es immer, wenn es heißt, dass die Finanzen schwierig sind. Wir haben das ausgerechnet. Jeder Schule einen Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen, ist eine Förderung der Infrastruktur, die allen Schulen und allen Kindern zugutekommt, und zwar überall gleich. Dieses Geld würde genau den Betrag ausmachen, den die sogenannte Herdprämie ausmacht, durch die man eine rein individuelle Förderung durchführt, die vielleicht auch Menschen hilft, die gar keine Unterstützung brauchen, dieses Geld aber gern mitnehmen. Nein, das ist unsozial. Deshalb ist es richtig, in **Infrastruktur** zu investieren und zum Beispiel eine **Schulsozialarbeit** auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Baasch, ich fand Ihren Beitrag angenehm sachlich, aber ich habe eine Frage, weil wir beide schon länger im Parlament sitzen. Können Sie sich daran erinnern, dass zu der Zeit, als die FDP noch in der Opposition war und die SPD in der Regierung saß, die FDP-Landtagsfraktion Anträge zur Einrichtung von Schulsozialarbeit mit 4 Millionen € stell-

(Wolfgang Baasch)

te, was von der damaligen Regierung unter SPD-Beteiligung abgelehnt worden ist?

- Im Detail müsste ich nachgucken, ob die Zahlen, die Sie behaupten, auch von mir nachvollzogen werden können. Ich will Ihnen das erst einmal so glauben, aber ich will Ihnen auch sagen: Politik ist ein dynamischer Prozess. Sie verändern sich Gott sei Dank auch ab und an einmal in Ihrer politischen Haltung. Das tun wir auch. Ich denke, es ist in der heutigen Diskussion, wenn es darum geht, Ganztagschulen auszubauen und die Lehrer nicht mit den Problemen alleinzulassen, eine notwendige Forderung, in Schulsozialarbeit zu investieren.

Insofern können Sie unserem Antrag gern zustimmen. Wir haben dies auch so formuliert.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Kollegin Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich habe vermisst, dass Sie darauf eingegangen sind, wie Sie als Sozialminister dazu stehen, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik statt der untersten 20 % die untersten 15 % zur Berechnung herangezogen worden sind. Wie ist Ihre Einschätzung dazu als Sozialminister? Stimmt nach Ihrer Einschätzung unsere Berechnung, dass alleine dieser Fehler dazu führt, dass der Regelsatz bei 384 € liegen müsste? Darauf sind Sie leider nicht eingegangen. Das erwarte ich aber von Ihnen als Sozialminister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, **Schülerbeförderungskosten** seien sowieso Schnee von gestern, dann ist das umso besser. Dann stimmen Sie doch einfach unserem Antrag zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen stehe ich nur deshalb hier, weil ich immer noch nicht fassen kann, was für eine Re-

de ein Minister halten kann. Ich verstehe das einfach nicht. Wenn ich dazu etwas kommentiert habe - möglicherweise muss ich diese Regeln erst verstehen -, dann bezieht sich das darauf, dass Sie gesagt haben - - Emotionen kamen hoch, als Sie sagten, man stelle sich hier billig hin. Das hat mich so langsam aufgebracht. Richtig verärgert war ich aber, als Sie versuchten, illegale Drogen in unsere Berechnungen einzubauen, die **Grundlage der Hartz-IV-Berechnungen** gewesen seien. Sie können im Protokoll nachlesen, dass Sie von illegalen Drogen und Schnittblumen gesprochen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich Sie dann auch noch frage, ob Sie die Wahrheit sagen, dann ist das ein Grund, weshalb man hier im Parlament schon einmal aus dem Häuschen geraten kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kann nicht immer so ruhig hier zugehen wie bei Diskussionen über die Zusammenarbeit mit China, bei der wir uns alle einig sind und zu der bedeutungsschwere Regierungserklärungen gehalten und von uns allen geteilt werden.

An zwei Punkten habe auch ich mich besonders geübt, und auf diese möchte ich kurz eingehen. Herr Kubicki, im Gegensatz zu Ihnen unterstelle ich übrigens niemandem in diesem Saal, der Debatte intellektuell nicht folgen zu können. Das war meines Erachtens eine nicht ganz passende Bemerkung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Frau Kollegin Sassen, niemand in diesem Saal verunglimpft Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Ich finde es auch durchaus in Ordnung, wenn es Familienmodelle gibt, die vorsehen, dass Mutti zu Hause bleibt und auf die Kinder aufpasst, oder Vati, oder beide abwechselnd oder der große Bruder. Das ist aber auch gar nicht der Punkt. Der Punkt ist die Frage, ob man nicht eine falsche **Steuerungswirkung** erzielt, wenn man Eltern dafür bezahlt, dass sie ihre Kinder zu Hause selbst betreuen. In diesem

(Martin Habersaat)

Zusammenhang halte ich den Begriff der Fernhalteprämie für durchaus geeignet, um das Thema politisch zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Dr. Garg, ich finde es gut, wenn Minister politisch argumentieren, wenn sie lebhaft sind und wenn sie sich offensichtlich für das Thema, das sie vertreten, interessieren. Wenn Sie sagen, das Ganze müsse mit einem Gestus empörter Entrüstung passieren, dann ist das Ihre Einstellung, und das ist von mir aus auch in Ordnung.

Wenn Sie aber den Sozialdemokraten und anderen unterstellen, in ihren Berechnungen der Sozialleistungen seien bisher **Beträge für illegale Drogen** enthalten, dann ist das falsch. Das Zulassen einer Zwischenfrage wäre die Chance gewesen, so etwas geradezurücken. Das hätte im Übrigen auch viel Aufregung erspart.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz einen Sachverhalt richtigstellen, von dem in der Diskussion immer wieder die Rede ist. Hierbei geht es um die **Gegenfinanzierung** sozialer Wünsche, indem wir dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht zugestimmt hätten. Deshalb möchte ich noch einmal die Dimension aufzeigen.

Herr Kollege Stegner, das rein rechnerische Ergebnis der Hotelsteuer, von der ich rein strukturell gar nichts halte - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber dafür gestimmt haben!)

- Das erkläre ich Ihnen gleich noch einmal.

Rechnerisch hätte das für Schleswig-Holstein ein Minus von 11,9 Millionen € ergeben. Damit hätten Sie die von Ihnen aufgezählten Sozialleistungen nicht finanzieren können. Das ist aber nur ein rechnerisches Ergebnis. Da durch die **Veränderung der Steuersätze** Investitionen ausgelöst worden sind, kann man nicht sagen, wie viel davon tatsächlich darauf zurückzuführen ist.

Dieses Gesetz hatte mehrere Bestandteile, unter anderem eine ganze Reihe von Unternehmensteuerrechtsänderungen, die erforderlich waren und die inzwischen auch ihre Wirkung entfaltet haben. So zeigt sich zum Beispiel ein schnelleres und größeres Wachstum. Das hängt übrigens auch mit dem Namen des Gesetzes zusammen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Hauptkomponente dieses Gesetzes, das insgesamt 8,2 Milliarden € umfasste, war mit 4,6 Milliarden € die **Erhöhung des Kindergeldes**. Davon dürften bei den schleswig-holsteinischen Familien etwa 160 Millionen € angekommen sein. Jetzt dürfen Sie selbst nachrechnen, welche soziale Leistung Sie davon bezahlen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will auf zwei Dinge kurz eingehen. Ich finde es sehr großzügig, dass Familien zugestanden wird, dass sie sich entscheiden können, ihre Kinder auch zu Hause aufzuziehen. Dabei würde ich aber noch einmal über die Sprachwahl nachdenken. Wenn Sie das Fernhalteprämie oder - noch abfälliger - Herdprämie nennen, dann bringen Sie damit ganz bewusst zum Ausdruck, was Sie davon halten. Offen gestanden finde ich das nicht in Ordnung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich nehme an, dass man solche Worte und solche Begriffe nicht ohne Bedacht wählt. Ich will das unkommentiert so stehenlassen.

Nun zur Frage der Kollegin Bohn nach dem untersten Quantil der Einkommensbezieher. Frau Kollegin Bohn, ich bin deswegen nicht darauf eingegangen, weil es eigentlich so einfach ist und weil ich Sie nicht hier darüber belehren wollte, wie es sich tatsächlich verhält. Wir hätten das auch unter vier Augen klären können.

Vom untersten Quantil sind 5 % als **Transferbezieher** abgezogen worden, weil dies notwendig war, um Zirkelschlüsse zu vermeiden. Somit werden nicht diejenigen, die ausschließlich von Transferleistungen leben, als **Referenzgruppe** für diejeni-

(Minister Dr. Heiner Garg)

gen genommen, die in Zukunft einen entsprechend abgeleiteten Satz bekommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Genau deswegen kommt man auf diese 15 %. Dass Sie zu einem höheren Regelsatz kommen, kann nur damit etwas zu tun haben, dass Sie möglicherweise die 5 % oben wieder hinzugerechnet haben. Ansonsten kann das nicht funktionieren. Außerdem hätte man dann auch nicht das unterste Quantil. Sie können also nicht genauso gerechnet haben. Diese Auskunft möchte ich Ihnen gern geben. Wir können aber gern noch einmal darüber reden.

Ich finde es richtig, dass man diejenigen aus der Gruppe herausgenommen hat, die ausschließlich von Transferleistungen leben. Diese sollten nicht als Referenzgruppe für zukünftige abgeleitete Regelsätze dienen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung und zwar jeweils in der Sache.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/911, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/911 gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden ist.

(Zuruf vom SSW)

- Dann gab es eine Gegenstimme vom SSW und drei Enthaltungen. Das ist dann das korrigierte Ergebnis.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Punkt b), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mobilitätskosten im Regelsatz berücksichtigen, Drucksache 17/984. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen dürfte es nicht geben. Dann stelle ich fest, dass der Antrag in der Drucksache 17/984 gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt worden ist.

Ich rufe dann den Punkt c) auf, Antrag der Fraktion der SPD, Teilhabe stärken, Regelsätze transparent gestalten - Neuregelung im SGB II und SGB XII, Drucksache 17/992, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1033. Ich schlage Ihnen vor, den vorliegenden Änderungsantrag in Drucksache 17/1033 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und alternativ abstimmen zu lassen. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP in Drucksache 17/1033 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Dann kommt die alternative Abstimmung: Wer dem Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/992 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Damit stelle ich fest, dass der Antrag in der Drucksache 17/1033 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen worden ist. Ich stelle weiter fest, dass der Antrag in der Drucksache 17/992 abgelehnt worden ist.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Punkt d), Antrag der Fraktion DIE LINKE, Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums bei der Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze umsetzen, Drucksache 17/1001. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag 17/1001 gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden ist.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet und erledigt.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 28 und 40 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erhalt der Frauenfacheinrichtungen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/983 (neu)

b) Mädchentreffs in Schleswig-Holstein erhalten und ausbauen

(Präsident Torsten Geerds)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/999 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Solange es Menschen gibt, gibt es Gewalt. Moralisch und rechtlich geächtet und doch allgegenwärtig in unserer Gesellschaft, auch in Schleswig-Holstein. Der Bedarf an Hilfe und **Unterstützung für die Opfer von Gewalt** ist unbestritten. Jede fünfte Frau wird in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Körperliche und seelische Gewalt hinterlässt dauerhafte Spuren. Albträume, gesundheitliche Probleme und schwere seelische Krankheiten sind oft die Folgen. Diese wiederum führen zu krankheitsbedingten Fehlzeiten, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Auf Therapieplätze warten die Opfer oft monatelang. Und ausgerechnet bei den Opfern von Gewalt wollen CDU und FDP sparen. Das ist weder christlich noch sozial, das ist einfach nur unfassbar!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Für meine Fraktion sage ich Ihnen ganz klar: Wir sind gegen Kürzungen bei **Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Mädchentreffs**. Wir haben kein Verständnis für das von Herrn Minister Schmalfuß vorgelegte Sparkonzept für Frauenhäuser, Notrufe und Frauenberatungseinrichtungen. Die Schließung von Frauenhäusern, der Abbau von Plätzen und die massive Einschränkung von **Beratungsinfrastruktur**, die über Jahre, oft Jahrzehnte gewachsen ist, ist Sparen am falschen Ende.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Nach Berechnungen der Frauenhäuser wäre - wenn das so umgesetzt wird - für 300 Frauen und Kinder kein Platz mehr.

Liebe Landesregierung, wie stellen Sie sich das in der Praxis vor? Sollen die Mitarbeiterinnen eine Ausweiskontrolle machen und die Frauen und Kinder aus anderen Bundesländern wegschicken? Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, welche Pläne in anderen Bundesländern bestehen? Hat die von der Bundesregierung geforderte **Koordinierung** stattgefunden?

Wir Grüne sehen das so: Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser kümmern sich um die Frauen und Kinder, und die Politik sollte sich um die Finanzierung kümmern. Das ist die Aufgabenverteilung, nicht anders herum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie können nicht heute Frauenhausplätze streichen und am 25. November Brötchentüten verteilen, um auf den Tag der Gewalt gegen Frauen hinzuweisen. Das passt nicht zusammen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ohne Unterstützung und Brücken aus der Not heraus entstehen noch mehr menschliches Leid und **volkswirtschaftliche Kosten**, die um ein Vielfaches höher sind als die eingesparten Fördergelder. Ihr Konzept ist Sparen an der falschen Stelle!

Nicht nur nach Gewalterfahrung, auch in anderen Bereichen ist eine gezielte Beratung und Förderung von Frauen sinnvoll und erforderlich. Auch im Jahr 2010, Jahrzehnte nach Einführung von Frauenförderungen und Gender-Mainstreaming, ist die reale Gleichstellung der Geschlechter nicht erreicht, nicht in der Familie, nicht auf dem Arbeitsmarkt und schon gar nicht in Wirtschaft und Politik. Deshalb brauchen wir auch weiterhin **frauenspezifische Beratungseinrichtungen**, kommunale Gleichstellungsbeauftragte und Mädchentreffs.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Ich appelliere an die Landesregierung: Sparen Sie nicht an der falschen Stelle! Setzen Sie sich mit den beteiligten Einrichtungen zusammen, und suchen Sie nach Alternativen. Ich bin sicher, es gibt sie.

Wir machen auch gern ein paar Vorschläge: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Hotelsteuer wieder auf die ursprüngliche Höhe gesetzt wird. Das sind laut Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Kollegin Poersch 11,9 Millionen € pro Jahr. Damit wäre die fehlende Summe rein rechnerisch für mehr als 20 Jahre finanziert. Oder noch besser: Machen Sie den Weg für Neuwahlen schon 2011 frei. Das spart knapp 2,5 Millionen € ein. Oder sparen Sie die 500.000 € bei der einzelbetrieblichen Förderung. Wir wissen alle, dass das möglich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

(Dr. Marret Bohn)

Es gibt Möglichkeiten für eine solide, nachhaltige Finanzierung der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Mädchentreffs.

Liebe Landesregierung, den Medizinstudiengang in Lübeck wollten Sie schließen. Diesen Fehler haben Sie gerade noch rechtzeitig bemerkt. Bei den Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Mädchentreffs sind Sie genauso auf dem Holzweg. Kehren Sie um, noch ist es nicht zu spät. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition aus CDU und FDP weiß, wie wichtig Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, der LFSH und der Frauennotruf, die sogenannte Helpline, für viele **von Gewalt bedrohte Frauen und Kinder** in unserem Land sind. Es ist deutlich, dass hier wichtige Arbeit geleistet wird. Deshalb erhalten diese Einrichtungen auch eine nicht unerhebliche Förderung durch das Land Schleswig-Holstein. Es besteht überhaupt kein Zweifel an der Notwendigkeit vor allem von **Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern** hier bei uns in unserem Land. Wir werden auch zukünftig eine flächendeckende und auch qualitativ hochwertige Versorgung von Frauen, die aus gewaltbelasteten Beziehungen flüchten, in Schleswig-Holstein erhalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jedoch müssen wir bei allem, was wir gern erhalten möchten, auch die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes berücksichtigen. Wir können nicht auf der einen Seite ein **Neuverschuldungsverbot** ab 2020 beschließen und auf der anderen Seite so tun, als würde uns dies in unserem Handeln nicht berühren.

Die Ziele aus den Vorgaben der von uns eingesetzten **Haushaltsstrukturkommission** wurden klar definiert. Die daraus folgenden Einsparerfordernisse betreffen jedes Haushaltsressort. Die verabredeten **Einsparziele** im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen wurden auf 500.000 € festgesetzt. Dazu - diesem Ziel entsprechend - liegt ein Vorschlag des Ministeriums für Justiz, Gleichstel-

lung und Integration vor. Diese Planung sieht im Bereich der Frauenhausfinanzierung vor, zwei Frauenhäuser zu schließen. Es betrifft das dritte Frauenhaus im Kreis Pinneberg und das zweite Frauenhaus in der Hansestadt Lübeck. Dadurch verringert sich die Anzahl der vom Land Schleswig-Holstein geförderten Frauenhausplätze von aktuell 335 auf 287. Bezogen auf den Bundesdurchschnitt liegt Schleswig-Holstein mit einem Frauenhausplatz auf 9.871 Einwohnerinnen und Einwohner noch immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt mit einer Relation von einem Platz auf 12.291.

In den vermeintlich reichen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und so weiter ist die Quote sogar deutlich schlechter.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Warum wohl? - Zuruf von der SPD)

Diese strukturell schlechte **Ausstattung mit Frauenhausplätzen** in anderen Teilen der Bundesrepublik führt dazu, dass in Schleswig-Holstein weit mehr Frauen aus anderen Bundesländern aufgenommen werden, als es sonst üblich ist. Auffällig ist auch der hohe Anteil Hamburger Frauen in schleswig-holsteinischen Frauenhäusern. Im Frauenhaus Wedel liegt der Anteil der Frauen aus der Hansestadt Hamburg bei 47 %.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist unglaublich!)

Aktuell gibt es dafür noch keinen gerechten Ausgleich zwischen den Ländern. Das monieren auch wir.

Festzustellen ist ebenfalls, dass die jeweilige **Verweildauer im Frauenhaus** regional sehr unterschiedlich ist. Wir müssen gemeinsame Konzepte mit den Kommunen vor Ort entwickeln, um die Frauen und deren Kinder zu stärken und ihnen nach Bewältigung der Notphase zu einem selbständigen und selbstbestimmten Weiterleben zu verhelfen. Dabei sollten die vielfältigen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um lange Aufenthalte in Frauenhäusern zu verhindern. Erste Ansätze und Ideen sind bereits entwickelt. Ich bedaure, dass wir darüber bisher noch nicht ausreichend gesprochen haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist wichtig!)

In Bezug auf die Empfehlungen des Europarates für eine sehr niedrige Quote von **Frauenhausplätzen pro Einwohner** sollte man bedenken, dass in Schleswig-Holstein die Frauenhäuser nicht die einzigen **Anlaufstellen** für gewaltbedrohte Frauen sind. Wir haben in Schleswig-Holstein ein Netz von ambulanten, niedrigschwelligen Angeboten, die die

(Katja Rathje-Hoffmann)

Leistungen der Frauenhäuser ergänzen und viele Frauen bereits vor ihrem Umzug in ein Frauenhaus auffangen können.

Seitens des Ministeriums ist zum Beispiel geplant, die Erreichbarkeit der landesweiten Helpline zu erweitern und den gemeinsamen Landesverband zu stärken. Dieser stärkt gerade die **Akutversorgung** der von Gewalt betroffenen Frauen. Im Bereich der vom Ministerium vorgestellten **Umverteilungsmaßnahmen** bei den Frauenberatungsstellen sehen wir von der CDU-Fraktion zurzeit noch Gesprächsbedarf. Ich persönlich sehe die besondere Aufgabe der einwohnerstärksten Städte des Landes - Lübeck, Kiel und Norderstedt - nicht ausreichend berücksichtigt.

Hier reicht die dargestellte, scheinbar gerechtere Arithmetik des Umschichtungsentwurfs des Ministeriums nicht aus, um die gewachsenen Strukturen im ganzen Land auch weiterhin zu gewährleisten.

Zudem werden wir klären, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, auch künftig den **Landesfrauenrat** und die Beratungsstelle „mixed pickles“ in Lübeck finanziell zu unterstützen. Hier suchen wir intensiv nach Lösungsvorschlägen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu den **Mädchentreffs**: Die Opposition fordert, die vier vom Land Schleswig-Holstein finanziell unterstützten Mädchentreffs weiterhin zu fördern und die finanzielle Unterstützung auch weiterhin zu gewährleisten. Eine objektive Betrachtung der bisherigen **Förderkulisse der Mädchentreffs** in unserem Land zeigt jedoch ganz klar auf, dass dies eine originäre Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe und keineswegs eine Landesaufgabe ist.

In unserer finanziellen Situation und bei einer kritischen Überprüfung der Haushaltslage zeigt sich deutlich, dass wir uns bei aller Wertschätzung der Arbeit der lokalen Mädchentreffs diese finanzielle Unterstützung nicht mehr leisten können.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Schämen Sie sich!)

Es werden dringend andere **Finanzierungspartner vor Ort** benötigt. Uns ist klar, dass dies äußerst schwierig sein wird. Wir sind trotz der geplanten Einsparungen überzeugt, dass auch künftig jede Frau in Schleswig-Holstein, die akut von häuslicher Gewalt bedroht ist, auch die entsprechende und notwendige sofortige Hilfe erhalten wird.

(Beifall bei der CDU - Sandra Redmann [SPD]: Da bin ich mir nicht sicher!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Siegrid Tenor-Alschausky das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frauenfachberatungseinrichtungen, Frauennotrufe und Frauenhäuser sind für unser Land ebenso unverzichtbar wie Mädchentreffs.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Nicht zuletzt deshalb freue ich mich, dass Vertreterinnen dieser Einrichtung heute hier sind, um der Debatte zu folgen.

Die Landesregierung schlägt in ihrem Haushaltsentwurf vor, die Förderung der Mädchentreffs völlig einzustellen und 500.000 € bei der Förderung der **Frauenberatungsstellen** und den Frauenhäusern zu kürzen. Das bedeutet das Aus für das AWO-Frauenhaus in Lübeck und das Wedeler Frauenhaus, die Zusammenlegung von Beratungsstellen, weil man schematisch nur noch eine Stelle pro Kreis fördern will. So bekommt auch der Kreis Steinburg erstmalig in den Genuss einer Frauenberatungsstelle.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Gut für die Frauen dort, aber um welchen Preis erkauf?

Diese Pläne zeugen davon, dass man sich entweder nicht mit der Funktion und Aufgabe der Einrichtungen auseinandergesetzt hat oder aber die Kürzung um 500.000 € um jeden Preis umsetzen will. Es mutet fast schon zynisch an, wenn im sogenannten Handout des Gleichstellungsministeriums zu lesen ist, das Finanzierungskonzept verhilft darüber hinaus den Trägern zu einem „Höchstmaß an Planungssicherheit“.

(Lachen der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Sicher ist für die Mitarbeiterinnen der betroffenen Frauenhäuser, für die Bewohnerinnen und ihre Kinder, dass sie vor dem Nichts stehen. Sicher ist, dass Fachwissen der Mitarbeiterinnen, dass die **Vernetzung im Hilfesystem** vor Ort von einem Tag auf den anderen verlorengeht. Sicher ist auch, dass das

(Siegrid Tenor-Alschausky)

ehrenamtliche Engagement der Frauen in den Vorständen und Fördervereinen von dieser Landesregierung so gering geschätzt wird, dass es nicht einmal der Erwähnung wert zu sein scheint.

Die LAG der Autonomen Frauenhäuser hat uns allen dargelegt, dass das Gleichstellungsministerium nicht mit korrekten Zahlen argumentiert. So wird behauptet, im Jahr 2009 hätten 2.101 Frauen und Kinder die Frauenhäuser aufgesucht, die tatsächliche Anzahl betrug ausweislich der eigenen Qualitätsberichte aber 2.193. Tatsache ist jedenfalls, dass sich weder **Belegung** noch **Verweildauer** in den letzten sieben Jahren signifikant verlängert haben.

Tatsache ist ebenfalls, dass die Argumentation, dass zum Beispiel im Wedeler Frauenhaus nur wenige Frauen und Kinder aus Wedel leben oder lebten und dieses Haus deshalb überflüssig sei, auch davon zeugt, dass wenig Sachkenntnis der Arbeit der Frauenhäuser vorhanden zu sein scheint.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Eine Frau, die mit ihren Kindern in einer relativ kleinen Stadt vor ihrem gewalttätigen Partner flüchtet, wird in dieser Stadt wahrscheinlich nicht unbehelligt vor diesem Partner oder auch dessen Familie leben können. Die Folge: Sie muss in ein Frauenhaus, das weiter entfernt liegt. Auch ein **Austausch zwischen den Bundesländern** ist fachlich zum Schutz der Frauen und der Kinder häufig genug geboten.

(Beifall beim SSW)

Vor wenigen Wochen haben uns hier vor dem Landeshaus Vertreterinnen und Bewohnerinnen von Frauenhäusern drastisch vor Augen geführt, dass für viele ihre Situation lebensbedrohend ist. Ich frage mich, ob die Abgeordneten, die diesem vorgelegten Kürzungskonzept zustimmen wollen, wirklich die Verantwortung für derartige Vorfälle übernehmen wollen und können.

Auch **Frauenberatungsstellen** sind darauf angewiesen, dass sie vor Ort Vertrauen genießen, als kompetente Partnerinnen zum Beispiel auch der Polizistinnen und Polizisten, die zu einem Einsatz wegen häuslicher Gewalt gerufen werden, bekannt und anerkannt sind.

Auf die wichtige Tätigkeit in den KIK-Runden, bei der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes, der Präventionsarbeit in Kitas und Schulen kann ich ihm Rahmen der Redezeit überhaupt nicht eingehen.

Und das Aus für die „Flotten Lotten“ und die „Zimtziehen“ und die anderen Mädchentreffs? Das bedeutet nämlich die **Streichung des Landeszuschusses**. Das Ende der konkreten Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, für die Jugendhäuser keine Alternative darstellen, weil sie zum Beispiel aus Familien stammen, die ihnen den Besuch eines solchen Hauses einfach verbieten. Das Ende der Entwicklung landesweiter Konzepte zum Schutz gefährdeter junger Mädchen vor Gewalt und Unterdrückung, zur Stärkung gerade von Mädchen und jungen Frauen, deren Familien dies nicht leisten können oder wollen.

Unser Fazit: Die Landesregierung zerstört mit den geplanten Kürzungen wichtige Strukturen der Hilfe, Beratung und Prävention für Mädchen und Frauen, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind oder sich in anderen Notlagen befinden. Diese Pläne sind ein weiterer Beleg dafür, dass diese Landesregierung Gleichstellungspolitik nur gering achtet

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

und ihren Kürzungsplänen Vorrang gegenüber dem Schutz derjenigen gibt, die qualifizierte Hilfe dringend brauchen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Opposition fordert in ihren beiden Anträgen geschlossen den Erhalt von Einrichtungen und Strukturen in Schleswig-Holstein, die sich auf dem Gebiet der Mädchen- und Frauenberatung und der Begleitung von Frauen, denen Gewalt angetan wurde, einen Namen gemacht haben.

Auf den ersten Blick, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sind wir in unserem Bemühen und Bestreben nah beieinander. Wer sagt denn bitte schön, dass die Landesregierung oder die Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen in Schleswig-Holstein keine **Frauenhäuser**, keine **Frauenberatungsstellen** und keine **Mädchenförderung** in unserem Land haben möchten? Und wer sagt denn, dass genau das mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2011/2012 so gewollt ist? Wer

(Kirstin Funke)

das behauptet oder durch Unterstellungen impliziert, der verkennt ganz bewusst die Tatsache, dass gerade der Erhalt dieser Strukturen für die Zukunft im neuen Haushalt in Angriff genommen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, Sie fordern in Ihrem Antrag zum Erhalt der Frauenfacheinrichtungen ein **Mindestmaß** an personeller, materieller und finanzieller **Ausstattung** und eine angemessene Unterstützung. Da muss ich Sie doch fragen: Wo beginnt bei Ihnen das „Mindestmaß“? Und: Was bedeutet für Sie „angemessene Unterstützung“? War in der Vergangenheit für Sie die Nichtvornahme der Dynamisierung der FAG-Mittel für die Frauenhäuser angemessen, was letztlich eine Kürzung durch steigende Personalkosten bedeutete? Übertrifft das Konzept des Ministeriums - bei geplanten Schließungen von zwei Frauenhäusern und der Überführung der Finanzierung der Frauenberatungsstellen in das FAG - nicht sogar das von Ihnen so genannte Mindestmaß in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht?

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Sicht der FDP-Fraktion ist das Konzept definitiv mehr als ein Mindestmaß an Unterstützung.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, wenn es um Gewalt gegen Frauen und speziell um häusliche Gewalt geht, gibt es in Schleswig-Holstein **drei tragende Säulen**: Das ist zum einen KIK als erste tragende Säule, die zweite sind die Frauenberatungsstellen, und als dritte Säule gelten die Frauenhäuser.

Schleswig-Holstein als kleines und armes Bundesland hat über Jahre Strukturen aufgebaut, die in ihrer Arbeit positiv ineinandergreifen und sich wunderbar ergänzen. Eine dieser Säulen herauszunehmen, bedeutet den Totalschaden für das ganze Gebäude. So können Sie denn auch dem Haushaltsvorschlag entnehmen, dass eine Kürzung in der sogenannten ersten Säule - beim **Kooperations- und Interventionskonzept** - nicht vorgesehen ist.

Es gilt beim Verabschieden des Haushalts, diese drei Säulen aufrechtzuerhalten, so dass auch in Zukunft Leistungen und politisches Handeln möglich sind. Das bedeutet: Die **finanzielle Grundlage** muss auf solide Beine gestellt werden, damit alle Beteiligten Planungssicherheit in ihrer Arbeit haben und auch zukünftige Haushalte keinen leichten Zugriff auf die Finanzierung der unterschiedlichsten Formen der Frauenberatungsstellen in Schleswig-Holstein haben. Genau das ist im Konzept des Gleichstellungsministers vorgesehen. Denn solange

es sich bei der Förderung von Frauenberatungsstellen um freiwillige Leistungen handelt, ist der Eingriff in die Förderung ein Leichtes. Allen Beteiligten muss klar sein: Das Land Schleswig-Holstein geht noch einen langen Weg, um das strukturelle Defizit abzubauen. Mit dem Haushalt 2011/2012 stehen wir erst am Anfang.

Liebe Kollegen und Kolleginnen! So komme ich nun zu Ihrer weiteren Forderung, die vier vom Land geförderten **Mädchentreffs** in Schleswig, Preetz, Ostenfeld und Husum in vollem Umfang weiterhin zu finanzieren. Vielleicht sollten sich die Antragsteller die Mühe machen und recherchieren, wie viele Mädchentreffs über die vier genannten hinaus es in Schleswig-Holstein gibt. Sie tun fast so, als ob es in Schleswig-Holstein nur diese vier gäbe. Das entspricht nicht der Realität.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls zu?

Kirstin Funke [FDP]:

Nein, jetzt nicht. - An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die sich im Mädchen- und Frauenbereich ehrenamtlich engagieren, und ihnen meine Anerkennung aussprechen. Sie leisten einen großen Einsatz zum Wohl der Gemeinschaft und im Speziellen für viele Mädchen und Frauen. Für diese Arbeit haben Sie meinen höchsten Respekt!

Wir, die FDP-Fraktion, wissen: Um fachmännische Unterstützung leisten zu können, braucht es auch hauptamtliche und speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen. Das bleibt unbenommen. Wir sind als Abgeordnete aber auch aufgefordert und verpflichtet, mit dem Blick auf die Haushaltslage finanzielle Leistungen zu überprüfen. Dazu gehört auch zu schauen, welche Ebene für solch eine Förderung von Mädchentreffs **zuständig** ist. Und hier sehe ich bei den Mädchentreffs nicht das Land in der Pflicht, sondern gemäß § 10 Jugendförderungsgesetz die **Kommunen**. Wenn die Kommunen wenigstens zu einem Teil ihrer Verpflichtung nachkommen, ist der Weg der Schließung eines Mädchentreffs nicht zwingend.

Ich beantrage abschließend Ausschussüberweisung, um unter Umständen noch einmal näher auf bestimmte Einzelheiten eingehen zu können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Ranka Prante das Wort.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Fraktion DIE LINKE, fordern die sofortige Rücknahme der 100-prozentigen Streichung der Landesmittel für die **selbstorganisierten Mädchentreffs**.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippell [DIE LINKE])

Die Streichung der Landesmittel ohne das Aufzeigen von Alternativen - was mir in den Ausführungen meiner Vorrednerin auch wieder gefehlt hat - bedeutet das völlige, totale Aus für die Mädchentreffs, und zwar mit dem Jahreswechsel von 2010 auf 2011. Dies erfolgt quasi grundlos. Es gibt keinerlei Kritik an der Arbeit der **vier** in Schleswig-Holstein **landesweit tätigen Einrichtungen**; diese hat hohe Qualität. Das Budget ist und war von je her schmal. Seit Bestehen der Mädchentreffs beträgt die Höhe der Landesmittel circa 145.000 € jährlich - Peanuts im Vergleich dazu, dass die Landesregierung 1 Million € für Berater bezahlt, die sich ausschließlich damit beschäftigen, die Privatisierung des UKSH zu prüfen;

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Peanuts, wenn man die **Qualität der Arbeit** in den Mädchentreffs und die positiven sozialen Auswirkungen dazu ins Verhältnis setzt; denn in den Mädchentreffs wird mit nur geringen finanziellen Mitteln durch den Einsatz aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen - trotz der geringen finanziellen Mittel - seit 20 Jahren hocheffektive, nachhaltige, geschlechterspezifische Jugendarbeit geleistet. Sie haben damit nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe der Mädchen und jungen Frauen gefördert, sondern unmittelbar uns allen - auch über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinweg - geholfen. Die Einsparung geringer Beträge und von Einrichtungen, deren Arbeit allen in Schleswig-Holstein zugutekommt, ist der absolut falsche Weg.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippell [DIE LINKE])

Ich werde jetzt kurz aus den Arbeitsschwerpunkten des **Mädchentreffs Husum** - Trägerin: pro familia - zitieren: offene Mädchenarbeit, Mädchengruppen - sonntags und freitags -, sexualpädagogische Veranstaltungen wie „Elternschaft lernen - Eltern auf

Probe“, AGs an den Schulen, Medienarbeit, „girls on radio“, Gesundheit und Bewegung, Beratung und Unterstützung, Selbstbehauptung, WenDo-Kurse.

Auch noch Mädchentreff Husum: Vernetzung und Zusammenarbeit mit dem Frauenforum der Stadt Husum, den Gleichstellungsbeauftragten von Kreis und Stadt; Kooperation mit dem Arbeitskreis Mädchen, dem Theodor-Schäfer-Bildungswerk und so weiter.

Ich nenne ferner den **Mädchentreff Ostenfeld „Die flotten Lotten“**: Gruppenarbeit, „Babybedenkenzeit“, Zeltlager, Nachwuchsarbeit für ehrenamtliche Teamerinnen - das Ehrenamt wird doch hier immer so gelobt -, Mittagsbetreuung, Jugendfreizeiten, Beteiligungsprojekte. Die Vernetzung ist auch anderswo sehr hoch, zum Beispiel zwischen AktivRegion Südliches Nordfriesland und ETS, Kreisjugendring Nordfriesland, Arbeitskreis Alkoholprävention, Paritätischem Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein, Gemeinde Ostenfeld, Jugendamt und den Trägern der Sozialräume Nord, Insel, Mitte, Husum, Süd. Und so weiter.

Mädchentreff „Trine“ - Arbeitsschwerpunkte: offene Treffarbeit mit verschiedenen Angeboten, zum Beispiel Kochen, Bewegung, Kreativität, Outdoor; themenbezogene Angebote, zum Beispiel Mobbing, Leben mit Behinderung, Freundschaft und so weiter, Beratung, Hausaufgabenhilfe, Internetcafé; Projektarbeit, zum Beispiel Sucht, Prävention von Essstörungen; Angebote an Schulen, zum Beispiel Girls' Day, Eltern auf Probe, Angebote im Rahmen von offenen Ganztagschulen, Ferienangebote. Auch hier gibt es eine enorme Vernetzung im Kreis.

Mädchenverein „Zimtzicke“ e.V. - Arbeitsschwerpunkte: gesunde Ernährung, gesundes Körperbild, Selbstbehauptungstraining und Selbstverteidigung, sozialpädagogische Angebote und Lebensplanung. Auch hier gibt es eine enorme Vernetzung im Kreis.

All dies zerstören Sie mit einem Streich. Ich hoffe immer noch, dass dies nicht geschieht. Sie, liebe Abgeordnete von CDU und FDP, dürfen diese langjährig aufgebauten, funktionierenden Strukturen der mädchenspezifischen Jugendarbeit in Schleswig-Holstein nicht zerschlagen. Sie müssen die beabsichtigten Streichungen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zurücknehmen.

(Ranka Prante)

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt auch für die Frauenfacheinrichtungen in Schleswig-Holstein. Wie können Sie allen Ernstes auch bei den **Frauenberatungseinrichtungen** und **Frauenhäusern** kürzen, streichen und zusammenlegen? Das ist mir unverständlich. Sollen die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder wirklich für Einsparungen herhalten? Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen, gehört zur Aufgabe dieser Gesellschaft. In diesem Land gibt es leider immer noch einen großen Bedarf an Schutz und Hilfe für Frauen. Dann auch noch fehlerhafte Angaben und suggestive Darstellungen zur Begründung dieser Vorgehensweise zu verwenden, lässt nur deutlich werden, dass Ihnen jegliche sachliche Argumente für diese Streichungen und Kürzungen fehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls zu?

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Ja.

Birte Pauls [SPD]: Frau Prante, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der Schleswiger Mädchentreff „Zimtzieke“ am 24. November 2010 eine Abschiedsparty feiern und schließen wird und dass es damit eine Arbeitslose mehr gibt, weil der dort zurzeit noch in Vollzeit angestellten Mitarbeiterin jetzt gekündigt wird, um Verträge fristgerecht einzuhalten? Um Arbeitsverträge und Mietverträge einzuhalten, ist dieser Mädchentreff jetzt schon gezwungen, dies alles in die Wege zu leiten. Ist Ihnen das bekannt?

- Ja, das ist mir bekannt.

(Birte Pauls [SPD]: Gut! Hoffentlich auch der FDP!)

Ich kann dazu nur sagen: Genau aus diesem Grund ist uns dieser Antrag so wichtig, und es ist uns wichtig, dass er von allen hier unterstützt wird; denn genau das ist der Punkt - ich habe es in meiner Rede schon angedeutet -: Diese Mädchentreffs bereiten jetzt alle ihre Schließung vor.

Sowohl die Streichung der Finanzmittel für die Mädchentreffs als auch Kürzungen, Streichungen und abenteuerliche Pläne von Zusammenschlüssen

bei den Frauenhäusern gehen doch total an der Realität vorbei und bewirken einzig und allein die **Zerschlagung langjährig bewährter Strukturen**, die Hilfsangebote für Mädchen und Frauen dieses Landes betreffen. Es geht hier also um mehr. Besonders die Frauen sind Opfer weiterer Kürzungen und Streichungspläne der Landesregierung, und zwar in allen Bereichen. Dies kann nur als Angriff auf die Weiblichkeit im Gesamten gesehen werden.

Deshalb möchte ich mit einem Zitat von Simone de Beauvoir schließen:

„Niemand ist den Frauen gegenüber aggressiver oder herablassender als ein Mann, der seiner Männlichkeit nicht ganz sicher ist.“

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe, Frauenhäuser und Mädchentreffs bieten Frauen und Mädchen in verschiedenen Lebenssituationen unterschiedliche Angebote, damit sie ihr Leben in Würde leben können.

Mit den Kürzungen bei diesen Frauen- und Mädcheneinrichtungen wird deutlich, dass die **Gleichstellungspolitik der Landesregierung** von Beliebigkeit geprägt und völlig ohne Konzept ist. - Die Kollegin von der FDP sprach schon von sogenannten freiwilligen Leistungen. Da war ich doch etwas überrascht. - Mit der Besetzung der Ministerposten fing es an. Mit den Fraueneinrichtungen und den Mädchentreffs geht es weiter. Die Zuschüsse für die Mädchentreffs sollen komplett gestrichen werden, zwei Frauenhäuser sollen geschlossen, weitere sollen zusammengelegt werden, und andere Fraueneinrichtungen sollen ihre Angebote reduzieren. Die Landesregierung kommt mit einer weiteren Sonntagsrede zum Schutz und zur Förderung von Frauen und tut doch genau das Gegenteil.

Sie kürzt nämlich bei den **Frauen**, die auf **Schutz und Unterstützung angewiesen** sind, weil sie Stalking, Vergewaltigung und Missbrauch ausgesetzt sind, also insbesondere bei den Frauen, die von ihren Männern grün und blau geschlagen werden und Hilfe brauchen, um ein für uns normales Leben zu führen - ohne Schläge, Tritte und Verletzungen -, und bei den Frauen, die auf einem häufig männlich

(Silke Hinrichsen)

dominierten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Weiterhin kürzt die Landesregierung bei den **Mädchen**, die einen eigenen Raum brauchen, um Selbstbewusstsein zu erlangen, um ihr Leben als wertvolle, beachtete und geachtete Frau in unserer Gesellschaft gestalten zu können.

Aus Sicht des SSW gibt es gute Gründe, warum es in diesem Land Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe, Frauenhäuser und auch Mädchentreffs gibt; denn viele Frauen gehören häufig noch zu den Schwächsten in dieser Gesellschaft. Die Landesregierung hat sich mit den **Kürzungen** bei den **Frauen- und Mädcheneinrichtungen** daher eine Zielgruppe ausgesucht, bei der sie möglicherweise mit nicht so viel Protest gerechnet hat. Denn Frauen, die Schutz vor ihrem Mann suchen oder Opfer von Missbrauch oder Vergewaltigung sind, gehen nicht häufig vor dem Landeshaus demonstrieren. Sowohl diese Frauen als auch die Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen, die zu einem großen Teil ehrenamtliche Arbeit leisten, haben nämlich wirklich andere Probleme, als der Landesregierung klarzumachen, warum es nicht nur finanziell, sondern vor allem unter einem menschlichen Gesichtspunkt notwendig ist, in den Schutz und die Förderung von Frauen zu investieren.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Kürzungen bei den Fraueneinrichtungen und den Mädchentreffs im Land zeugen nicht nur von einem egoistischen Zynismus einer männerdominierten Landesregierung. Sie zeugen auch von einem Realitätsverlust; denn Frauen sind auch weiterhin psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.

(Beifall der Abgeordneten Birte Pauls [SPD])

Dabei sind es aus meiner persönlichen Erfahrung vor allem die individuellen Schicksale, die einen wachrütteln. Es ist die Bekannte, deren Mann sie beim Streit auf den Boden schlägt, deren Kniescheibe dabei gebrochen wird, sodass sie nicht mehr arbeiten gehen kann, und die doch bei ihrem Mann bleibt.

Trotz Wegweisungen sind es gerade die Frauenhäuser und Notrufe, die Unterstützung bei Problemen geben und einen **Ausweg aus der Gewaltspirale** bieten. Diese vielfältige Unterstützung aus Beratung, medizinischer Untersuchung und Unterstützung, Therapie und Notunterkünften ist aus Sicht des SSW in dieser Gesellschaft leider auch weiterhin erforderlich, da häufig eine jahrelange Unterdrückungssituation besteht und für viele Frauen ein Ausweg nicht erkennbar ist.

Seit 2003 hat sich die Belegung der **Frauenhäuser** nicht wesentlich verändert, weder in der Anzahl der Frauen noch in ihrer Verweildauer. 100 % Auslastung zu fordern, so wie dies der Landesrechnungshof tut, spricht daher weder für wirtschaftliches noch für menschliches Denken. Dies ist einfach nur Ausdruck der Nichtkenntnis mancher Menschen, die die Augen vor den Problemen in dieser Gesellschaft verschließen und die Politik aus ihrer Verantwortung nehmen.

Ich weise darauf hin, dass wir im Landtag vor nicht langer Zeit über die Workplace Policy gesprochen haben. Hierbei wird von den Unternehmen, auch von der öffentlichen Verwaltung, verlangt, darauf hinzuweisen, dass es Unterstützung gibt. Ich finde, dass müssen wir hier auch.

Wir tragen Verantwortung dafür, dass die Schwächsten in dieser Gesellschaft Schutz und Unterstützung erhalten, wenn sie nicht mehr weiterwissen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky [SPD])

Ein **Leben ohne Gewalt** ist nach unserer Ansicht eben kein Privileg, sondern ein Menschenrecht für alle, vor allem auch für Frauen und Kinder.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun muss ich mich doch einmal zu meinem ersten Dreiminutenbeitrag hier im Landtag aufschwingen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde, das Thema ist sehr wichtig, und ich möchte speziell zu den **Frauenhäusern** noch etwas sagen.

Frau Tenor-Alschausky, ich finde es schade, dass Sie das mit der **Gleichstellung** und der Gleichstellungsbeauftragten vermischen. Das Thema gebietet ein wenig mehr Ernst. Es geht um Frauen, die am Ende eines langen Weges, auf dem ihnen Gewalt angetan wurde, ganz schnell Hilfe brauchen, um Schutz und das zu finden, was sie benötigen. Das ist mit „Gleichstellung“ und ähnlichen Begriffen

(Barbara Ostmeier)

meiner Meinung nach ein wenig zu flach ausgedrückt.

Die Wortbeiträge, die wir bisher gehört haben, machen aber deutlich, dass es hier noch die eine oder andere Frage zu klären gibt. Es gibt immer noch **unterschiedliche Zahlen**, die hier von den Betroffenen auf der einen Seite und vom Ministerium auf der anderen Seite angeführt werden. Gleichzeitig wird immer wieder gesagt, dass in den Frauenhäusern überdurchschnittlich viele Frauen aus anderen Bundesländern aufgenommen werden. Das ist gerade typisch für das System der Frauenhäuser.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist sozusagen systemimmanent. Ich glaube, das wird niemand von der Hand weisen können. Die Frauen versuchen, möglichst weit von ihrem häuslichen Bereich wegzukommen. An den Rändern der Bundesländer ist der Wechsel von einem zum anderen Bundesland natürlich deutlicher. Deshalb geht es, bevor wir bestehende Strukturen zerstören, auch darum, die Frage zu klären, wie wir hier zu einem **Ausgleich der Bundesländer** untereinander kommen können. Das ist bisher nicht angesprochen worden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vielleicht habe ich das auch so deutlich einfach noch nicht gehört. Ich möchte es noch einmal unterstreichen, dass wir uns hier anstrengen müssen, diese Frage zu klären, die schon länger im Raum steht.

Für mich ist es besonders wichtig, dass wir hier bestehende und gewachsene Strukturen bei den Frauenhäusern nicht endgültig zerstören, bevor wir uns nicht bemüht haben, diese Frage zu klären und in Angriff zu nehmen. Ich weiß, in meiner Fraktion sind dort Initiativen ergriffen worden. Ich bitte deshalb darum, dass wir zuerst diese Frage noch klären, um dann eine Entscheidung auf der Basis fundierter Kriterien treffen zu können.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr das Wort.

Mark-Oliver Potzahr [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vielleicht etwas schwierig als einziger Mann in so einer Debatte. Ich muss nachher noch einmal über das Zitat von Simone de Beauvoir nachdenken.

(Heiterkeit)

Frau Kollegin Prante, man kann durchaus und auch strittig darüber diskutieren, ob und inwieweit geschlechtsspezifische Jugendarbeit nötig ist. Ich komme zu dem Ergebnis, dass in den Mädchentreffs gute Jugendarbeit geleistet wird, mit viel Engagement und Herzblut und ohne verbissene Männerfeindlichkeit. Man kann leider nicht darüber diskutieren, dass die **Finanzierung von Jugendtreffs**, ob für Jungen, Mädchen oder beide zusammen, eine klare und eindeutige Aufgabe der **örtlichen Jugendhilfe** ist. Der Katalog an Tätigkeiten, den Sie, Frau Kollegin Prante, vorgelesen haben, stellt die klassische und gute Jugendarbeit dar.

Niemand verbietet dem Land, Modellprojekte zu entwickeln, Anschubfinanzierungen zu geben, eventuell auch längerfristig zu fördern. Aber wenn unser Land kein Geld mehr hat, ist es auch logisch, dass man sich von Aufgaben trennt, für die andere originär zuständig sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man könnte auch sagen: Frühere Landesregierungen hätten vielleicht schon damit beginnen sollen, diese Treffs langfristig und langsam in kommunale Trägerschaft zu überführen.

Es wird nun schwierig, den Einrichtungen ausreichend Zeit zu geben, sich neue Finanzierungsmodelle zu erarbeiten, zumal es sich bei den Standorten ja nicht gerade um die strukturstärksten Kreise in Schleswig-Holstein handelt. Ob es Möglichkeiten gibt, werden wir im Sozialausschuss in den Haushaltsberatungen sehen. Ich bin gespannt, welche Einsparvorschläge die Opposition zugunsten der Mädchentreffs dort vorlegen wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich jetzt die Landesregierung um ihren Beitrag bitte, möchte ich Sie darüber informieren, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer auf das weitere Verfahren mit Blick auf die schon fortgeschrittene Zeit wie folgt geeinigt haben: Wir werden den Tagesordnungspunkt 21 verbunden mit dem Tagesordnungs-

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

punkt 22 sowie auch den Tagesordnungspunkt 23 morgen früh in dieser Reihenfolge aufrufen, und werden dann danach in der bisherigen Tagesordnung mit Tagesordnungspunkt 59 fortfahren. Am Ende dieses Tagesordnungspunktes rufe ich noch den Tagesordnungspunkt 12, Ersatzwahl eines ständigen richterlichen Mitgliedes des Richterwahlausschusses, auf. Dieser Tagesordnungspunkt ist ohne Aussprache geplant, bedarf aber - das war mir wichtig, Ihnen zu vermitteln - bei der Abstimmung einer Zweidrittelmehrheit. Ich glaube, es wäre klug, wenn diese dann auch gewährleistet wäre.

Ich erteile jetzt für die Landesregierung dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Emil Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und DIE LINKE deckt sich in weiten Teilen mit den Vorhaben der Landesregierung. Ja, kann ich nur sagen, die Landesregierung hält die **Arbeit der Frauenberatungseinrichtungen, Frauennotrufe und Frauenhäuser** in Schleswig-Holstein für notwendig und unverzichtbar. Ja, die Landesregierung ist der festen Überzeugung, dass diese Einrichtungen ein Mindestmaß an personeller, sächlicher und finanzieller Ausstattung benötigen, um Frauen in spezifischen Lebenssituationen und bei Notlagen landesweit angemessen unterstützen zu können. Und die Landesregierung bekräftigt, dass es auch in der öffentlichen Verantwortung liegt, dass entsprechende Angebote für Frauen landesweit vorhanden sind und neben Eigen- und Drittmitteln von Land und Kommunen Fördermittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Als langjähriger Vorsitzender von Strafkammern in Verfahren, bei denen es darum ging, dass Gewalt gegen Frauen ausgeübt wurde, weiß ich in besondere Weise um die Notwendigkeit von entsprechenden Angeboten für Frauen.

Doch die **Konsolidierung des Landeshaushalts** wird auch die künftige Förderung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen nicht unberührt lassen können. Das Kabinett hat im August beschlossen, die Landesförderung der Frauenberatungsstellen mit der Förderung der Frauenhäuser zusammenzufassen und den so entstehenden Gesamtansatz um 550.000 € zu kürzen. Zugleich soll neben der För-

derung der Frauenhäuser auch die Landesförderung der Beratungsstellen als Vorwegabzug im Finanzausgleichsgesetz verankert werden.

Die **Bündelung der Förderung** der Frauenhäuser und der Frauenberatungsstellen im FAG vollzieht auf finanzieller Ebene nach, was in der fachlichen Arbeit seit Langem Realität ist. Frauenhäuser und -beratungsstellen sind gleichermaßen Anlaufstellen für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt. Vor 25 Jahren boten allein die Frauenhäuser bei häuslicher Gewalt Unterstützung für Frauen. Heute profitieren betroffene Frauen neben den Leistungen der Frauenhäuser auch von ambulanten Angeboten und einer Reihe von zwischenzeitlich entwickelter staatlicher Maßnahmen. Das sind vor allem gewaltpräventive Instrumente wie die polizeiliche Wegweisung sowie die Möglichkeit, zivilen Rechtschutz nach dem Gewaltschutzgesetz zu erhalten.

Die Zahl der Frauen, die allein wegen häuslicher Gewalt in den Frauenberatungsstellen Hilfe fand, ist seither kontinuierlich gestiegen. Allein 400 Frauen kommen jährlich nach einer polizeilichen Wegweisung in die Beratungsstellen. Aber auch bei den Frauenhäusern haben in den letzten Jahren zunehmend mehr Frauen um Beratung gebeten, ohne einen Aufenthalt dort in Erwägung zu ziehen. Parallel dazu sank die Zahl der Frauen und Kinder, die jährlich ein Frauenhaus in Schleswig-Holstein aufsuchten, von 2.765 im Jahr 2001 auf 2.100 im letzten Jahr. Meine Damen und Herren, diese Zahlen stimmen. Darauf werde ich gleich im Einzelnen noch eingehen.

(Beifall bei der FDP)

Dennoch bleiben **Frauenhäuser** trotz ihrer Hochschwelligkeit - das heißt, regelmäßig muss die eigene Wohnung aufgegeben werden, die Kinder müssen einen Schul- oder Kita-Wechsel in Kauf nehmen - auch künftig unverzichtbar. Insbesondere Migrantinnen können durch **ambulante Angebote** nicht ausreichend geschützt werden. Dies unterstreicht der hohe Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund in den Frauenhäusern des Landes. Er betrug im Jahr 2009 40 %, aber nur 6 % der in Schleswig-Holstein lebenden Frauen haben einen Migrationshintergrund.

Um die **Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen** zu sichern, müssen Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser Kostensteigerungen in den kommenden Jahren auffangen können. Dafür soll bei den Frauenhäusern der Platzkostensatz von 10.500 € um 300 € auf 10.800 € und die Mindestgröße pro Einrichtung von 12 auf 15 Plätze angehoben werden.

(Minister Emil Schmalfuß)

Kleine Beratungsstellen sollen fusionieren. Die Aufgaben des Landesverbandes sollen ausgeweitet werden und neben der Koordinierung der Beratungsstellen auch die der Frauenhäuser umfassen. Zugleich - das ist heute schon gesagt worden - soll die Zahl der Frauenhäuser um zwei Einrichtungen verringert werden.

Vorgesehen ist, das Frauenhaus in Wedel und das Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt in Lübeck zu schließen. In Wedel kamen im letzten Jahr 75 % der Bewohnerinnen aus anderen Bundesländern, allein 47 % aus Hamburg. Im Frauenhaus der AWO in Lübeck lag die Auslastung in den vergangenen acht Jahren nur bei durchschnittlich 61,2 %, obwohl die Aufenthaltsdauer der dort lebenden Frauen und Kinder erheblich länger als in anderen Häusern war. In Schleswig-Holstein kommt derzeit auf 8.456 Einwohnerinnen und Einwohner ein Frauenhausplatz. Nach einer Reduzierung um 48 Plätze ist Schleswig-Holstein beim Verhältnis von Frauenhausplätzen zur Einwohnerzahl immer noch bundesweit führend aufgestellt.

Zurzeit kommen etwa 30 % der Frauen in **Frauenhäusern** in Schleswig-Holstein aus anderen Bundesländern. Bundesweit kommen circa 10 % der Frauen aus anderen Bundesländern. Wir wissen selbstverständlich, dass der Austausch zwischen den Bundesländern in dieser Frage oftmals notwendig ist, um eine ausreichende Entfernung zum Ort der Gefährdung zu schaffen. Diese Zahlen kann sich Schleswig-Holstein dennoch nicht leisten. Bei einem Anteil von circa 10 %, wie er bundesweit üblich ist, würden weitere 420 Frauen und Kinder in den Frauenhäusern Platz finden.

(Zuruf von der SPD)

Diese Zahl muss man sich einmal vorstellen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines betonen, was ich schon gesagt habe: Alle aus meinem Haus dazu vorgelegten Zahlen sind richtig.

(Beifall bei der FDP)

Wenn einzelne Betroffene aus vordergründigen Motiven das Gegenteil glauben machen wollen, dann verweise ich auf mein gestriges Schreiben an den Sozialausschuss, das auch allen Abgeordneten zugeleitet worden ist. Die Richtigkeit dieser Angaben gilt auch für andere Bereiche meines Hauses. Ich will zu diesen untauglichen Versuchen nur sagen: Es ist eine Sache, wenn man in einem Punkt unterschiedlicher Meinung ist, es ist aber eine andere Sache, wenn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter großem persönlichen Einsatz und

enormen Zeitdruck politische Einsparvorgaben in tragfähige Handlungskonzepte umsetzen müssen, dabei mitunter angefeindet werden und man uns vorwirft, weil politisch opportun, falsche Zahlen zu liefern. Das lasse ich nicht zu, und ich weise es mit Nachdruck zurück.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Prante zu?

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ja, die lasse ich zu.

Ranka Prante [DIE LINKE]: Mir kommt eine Frage in den Sinn, die folgendermaßen lautet: Heißt das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wenn jetzt Frauen aus dem Randgebiet von Hamburg nach Schleswig-Holstein kommen - ich überspitze das einmal: grün und blau geschlagen -, dass die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein sagen sollen: „Nein, wir nehmen keine weiteren auf“? Oder wie stellen Sie sich das vor? Die Frauenhausplätze sind dann ja nicht mehr vorhanden.

- Es ist hier schon gesagt worden, dass der Austausch bundesweit reguliert werden muss. Es kann nicht sein, dass Schleswig-Holstein als einziges Land in so hoher Zahl Frauen aus anderen Bundesländern aufnimmt und die Quote in anderen Bundesländern nur bei 10 % liegt.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Nachfrage zu?

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ja, bitte.

Ranka Prante [DIE LINKE]: Heißt das jetzt, dass sie sie abweisen sollen oder nicht? Ja oder nein?

- Wir gehen davon aus, dass eine Abweisung bei dem Konzept, das wir vorgelegt haben, nicht erfolgen wird.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn zu?

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ja, gern.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie, so wie die Bundesregierung es angeregt hat, Gespräche mit anderen Bundesländern darüber geführt, und teilen Sie meine Einschätzung, dass allen Fachfrauen bekannt ist, dass das Frauenhaus in Hamburg viel zu klein ist und gar nicht die Kapazitäten haben wird, um die von Ihnen statistisch signifikant berechneten Umleitungen durchzuführen?

- Ich glaube, dass es nicht nur eine Sache von Hamburg ist. Man muss auch die anderen Bundesländer in dieser Frage in Anspruch nehmen.

(Zuruf)

- Nein, das habe ich noch nicht gemacht.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Aber erst einmal Frauenhäuser dichtmachen! - Kirstin Funke [FDP]: Was hat Hamburg denn gemacht? - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Es hat jetzt Herr Minister Schmalfuß das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Meine Damen und Herren, stellvertretend für den Herrn Sozialminister Dr. Garg darf ich nunmehr zur Situation der Mädchentreffs im Lande berichten. Die Finanzierung der vier aktuell von Kürzungen betroffenen **Mädchentreffs** wurde als Anschubfinanzierung begonnen, um modellhaft nach § 85 SGB zur Entwicklung der Mädchenarbeit in der Jugendhilfe beizutragen. Es ist schon gesagt worden: Eigentlich ist die Förderung solcher Angebote eine genuin kommunale Aufgabe. Anzumerken ist, dass Mädchentreffs primär auf ihr regionales Einzugsgebiet ausgerichtet sind und nur zu einem geringen Anteil überregionale Angebote machen. Das soll ihre Arbeit aber nicht abwerten. Nur waren gerade solch übergreifenden Angebote der Grund, warum das Land diese Treffs über die Modellphase hinaus weiter finanziert und unterstützt hat, obwohl

die Förderung der eigentlichen Treff-Arbeit eine kommunale Aufgabe ist.

Im Rahmen der **Haushaltskonsolidierung** soll daher ab 2011 die Förderung der Mädchentreffs eingestellt werden. Es geht dabei um 144.500 €. So bedauerlich das ist: Das Land muss sich auf die Kernaufgaben als überregionaler Träger der Jugendhilfe konzentrieren und sich daher von diesen Leistungen verabschieden. Es ist aber keineswegs so, dass geschlechterbezogene Jugendarbeit in Schleswig-Holstein jetzt vor dem Nichts stünde. Um die Proportionen klarzustellen: Es gibt im Lande 250 Jugendtreffs, und in zahlreichen davon gibt es Angebote zur Mädchenarbeit.

Das zuständige Jugendministerium geht schätzungsweise davon aus, dass in etwa der Hälfte der Treffs regelmäßig Angebote zur **Mädchenarbeit** gemacht werden - sei es als reiner Mädchentreff an einem Wochentag oder in anderer Weise. Darüber hinaus existieren reine Mädchentreffs unabhängig von der Landesförderung wie zum Beispiel in Kiel der Mädchentreff Gaarden.

Aus den genannten Gründen ist der Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und SPD aus Sicht der Landesregierung abzulehnen. Mädchenarbeit ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil von geschlechtergerechter Jugendarbeit und wird durch die Landesregierung auch zukünftig unterstützt werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist interessant, die Märchen zu hören, alle Hamburger Frauen gingen nach Schleswig-Holstein. Dem ist nicht ganz so. Tatsächlich werden in den Frauenhäusern in Schleswig-Holstein Frauen aus anderen Bundesländern aufgenommen. Hintergrund ist, dass sie Schutz suchen, und zwar Schutz in unterschiedlichster Form. Das Land Schleswig-Holstein muss dann auch tatsächlich zahlen. Ich habe aber bis heute - wie Sie gesagt haben - nicht gehört, dass zum Beispiel in der sogenannten Enquetekommission, die über norddeutsche Kooperation beraten soll, zwischenzeitlich irgendein Antrag vorlag, sich genau mit diesem Problem einmal auseinanderzusetzen. Um etwas darüber zu erfahren, was zum Gast-

(Silke Hinrichsen)

schulabkommen verhandelt wird, schlage ich die Zeitung auf, aber ich habe bis heute nicht gehört oder gesehen, dass irgendjemand, der sich hier für die Kürzungspläne einsetzt, sagt, man müsse dringend mit Hamburg, Niedersachsen oder Bayern reden, um eine andere Finanzierung der Frauenhäuser zu bekommen. Das vermisste ich wirklich.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich finde es fatal, dass vor diesem Hintergrund auch die Frauenberatungsstellen und die Frauennotrufe, die als sehr wichtig angesehen werden, gekürzt werden und auch schon in der Vergangenheit gekürzt wurden, dafür aber die Frauenhelpline weiterhin gestärkt wird, indem sie zu den gleichen Zeiten ihre Telefonzeiten hat, wie die Beratungsstellen, Frauennotrufe und Frauenhäuser zur Verfügung stehen. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde das fatal. Ich finde es auch schwierig, wenn das Frauenhaus zugemacht wird und man der Frau sagt, sie könne dafür bei der Helpline anrufen. Was soll die Helpline dann machen?

Die **Frauenberatungsstellen**, die **Frauenhäuser** und **Frauennotrufe** sind vor Ort, wo sie vernetzte Arbeit leisten, unter anderem sehr gute Kontakte nicht nur zur Polizei haben - die Polizei ist froh, dass es diese Häuser gibt, weil sie die Frauen dort hinbringen kann -, sondern vor allem auch zu Wohnungsbaugesellschaften und zu Arbeitgebern.

All diese Arbeit wird einfach kaputt gemacht. Ich kann das so nicht einfach stehen lassen. Ich sehe überhaupt nicht, dass sich die Haushaltsstrukturkommission oder die Landesregierung darum bemüht hat, irgendwie mit den anderen Bundesländern - und zwar mit allen - darüber zu sprechen, wie man diese Probleme löst. Nein, wir bekommen zu wissen, dass es kaputt gemacht und -gespart wird. Und hinterher stehen wir vor dem Problem, dass wir Frauen haben, die diesen Schutz nicht mehr finden.

In den Frauenhäusern sind häufig auch Frauen aus anderen Bundesländern deshalb, weil sie so von Gewalt verfolgt werden, dass sie dort nicht nur Schutz, sondern auch Zeugenschutz suchen müssen. Nichts anderes ist es. Ich finde es ganz fatal, dass ihnen das jetzt vorgehalten wird, dass sie denjenigen Schutz geben, die diesen brauchen. Ich finde es wirklich schwierig, vor allem wenn ich höre, das müsse man alles noch klären. Bitte tun Sie das vorher und nicht nachher. Nachher sind die Strukturen kaputt. Dann kann man diesen Frauen den Schutz

nicht mehr bieten. Dann kann man auch nicht mehr mit den anderen Bundesländern verhandeln.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 17/983 (neu) und 17/999 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen Abstimmung in der Sache!)

- Wir stimmen zunächst über die Ausschussüberweisung ab. Wer der Überweisung an den Sozialausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der SPD: Zählen!)

- Das hat 37 Stimmen ergeben. - Ich bitte jetzt um Handzeichen, wer dagegen stimmt, und bitte auszuzählen. - Das hat 36 Stimmen ergeben. Dann ist mit 37 zu 36 Stimmen die Überweisung an den Sozialausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW beschlossen worden.

(Zurufe)

Damit schließe ich die Tagesordnungspunkte 28 und 40 und rufe Tagesordnungspunkt 12 auf

(Anhaltende Unruhe)

- ich bitte, Gespräche zu unterlassen oder gegebenenfalls draußen zu führen -:

Gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ersatzwahl eines ständigen richterlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses

Drucksache 17/990

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. Höre ich Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren. Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 17/990 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit ist Herr Andrej Marc Gabler als ständiges richterliches Mitglied des Richterwahlausschusses gewählt.

(Vereinzelter Beifall)

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 23 ohne Aussprache zu behandeln und an den Ausschuss zu überweisen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Bundratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/968

Es ist - wie gesagt - Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt, ohne Aussprache. Wer den Antrag Drucksache 17/968 an den Wirtschaftsausschuss überweisen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Ich unterbreche die Tagung bis morgen um 10 Uhr, schließe die heutige Sitzung und wünsche allen einen fröhlichen Abend.

Schluss: 18:16 Uhr